

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **6./7. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 2. Juli 2018

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 6. Sitzung:
6./7. Sitzung: SRin Y. Beutler, D. Berger (AL), F. Landolt (SP), R. Keller (SP), Ch. Leupi (SVP), R. Lüchinger (CVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2.	18.43	Wahl von vier Mitgliedern in die Kunstkommission für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.	18.44	Wahl von vier Mitgliedern in die Theaterkommission für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
4.	18.45	Wahl von drei Delegierten in den Zweckverband RWU für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
5.	18.46	Wahl von zehn Mitgliedern in die Sozialhilfebehörde für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
6.	18.47	Wahl von vier Mitgliedern in die Kommission Profil. für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
7.	18.48	Wahl von vier Mitgliedern in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
8.	18.49	Wahl eines Mitgliedes in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle des zurückgetretenen St. Feer (FDP)	S. Stierli
9.	18.52	Neubestellung des Wahlbüros für die Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli

10.	18.17 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts 2017	F. Helg
11.	18.50	Tätigkeitsbericht 2017 der Finanzkontrolle	I. Kuster
12.	18.41	Jahresbericht 2017 der Ombudsstelle	U. Glättli
13.*	18.42	Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten	U. Glättli
14.	18.19 (DB)	Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bauwesen	R. Heuberger
15.	18.23 (DB)	Kredit von Fr. 2'830'000 für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes Neuhegi-Grüze, im Bereich Seenerstrasse zur Erhöhung der Fahrplanstabilität von Stadtbussen	H.R. Hofer
16.	18.38 (DB)	Kredit von Fr. 375'000.-- für das Projekt Erschliessung «Im Link», Sulzerallee bis Seenerstr., Radweg (Investitionsbeitrag), Projekt-Nr. 11446	H.R. Hofer
17.	15.10 (DSS)	Antrag und Bericht zum Postulat S. Gygax-Matter (GLP/PP), K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL) und S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen	
18.	17.101 (DB)	Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP), F. Künzler (SP), S. Gygax (GLP), R. Diener (Grüne/AL) und B. Huizinga (EVP/BDP) betr. sicheres Nebeneinander im Sulzerareal	
19.	17.102 (DFI)	Begründung der Motion F. Künzler (SP), L. Banholzer (EVP/BDP), D. Berger (Grüne/AL) und Z. Dähler (EDU) betr. Schaffung einer Fachstelle Cyber-Security	
20.	17.144 (DKD)	Begründung des Postulats A. Steiner (GLP/PP), M. Gross (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Einfordern einer BVK-Offerte für die Eingliederung der PK Winterthur	
21.*	17.145 (DB)	Begründung des Postulats B. Zäch (SP), Ch. Meier (SP), R. Diener (Grüne), Ch. Magnusson (FDP), L. Banholzer (EVP/BDP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung	
22.*	17.146 (DTB)	Begründung des Postulats Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), M. Bänninger (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht	
23.*	17.147 (DB)	Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), Ch. Meier (SP) und M. Bänninger (EVP) betr. ergänzende Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen	
24.*	17.148 (DB)	Begründung der Motion R. Dürr (Grüne/AL), B. Helbling (SP), S. Müller (EVP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Sanierung Unfallsschwerpunkt Kreis Seener-/Grüzefeld-/ Etzbergstrasse	
25.*	17.160 (DB)	Begründung des Postulats Ch. Baumann (SP), S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse	

- | | | |
|------|----------------|--|
| 26.* | 17.161
(DB) | Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Baumann (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse |
| 27.* | 18.8
(DSS) | Begründung der Motion G. Stritt (SP), K. Gander (AL/Grüne), B. Huizinga (EVP), K. Cometta (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter |
| 28.* | 18.14
(DKD) | Begründung des Postulats M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Diener (Grüne/AL) betr. Grundregeln zur Verwendung von öffentlichen Geldern an Organisationen |
| 29.* | 16.87
(DKD) | Beantwortung der Interpellation M. Zeuglin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse Sie herzlich zur 6. und 7. Sitzung vom Amtsjahr 2018/2019:

Entschuldigt für die heutigen Sitzungen haben sich Stadträtin Yvonne Beutler (Weiterbildung), David Berger (AL) wegen einer Studienreise, Felix Landolt (SP) wegen Spitalaufenthalt, Regula Keller (SP) wegen Ferien, Chantal Leupi (SVP) wegen Unfall und Renata Lüchinger (CVP) aus beruflichen Gründen.

Verspätet eintreffen wird David Schneider.

Wir haben eine Verabschiedung heute: Christoph Baumann, der 11 Jahre im Gemeinderat war. Wir danken Christoph vielmals für seine Tätigkeit im Gemeinderat in dieser langen Zeit. Er war Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur von 2007 – 2012; von April 2013 – August 2013 Mitglied der Spezialkommission der Finanzkontrolle; von September 2015 – Februar 2018 Mitglied der Spezialkommission Verselbständigung Stadtwerke.

Ich bedanke mich im Namen des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates ganz herzlich für Deine Arbeit und wünsche Dir bei Deinem neuen Amt – Du bist ja politisch in dem Sinne nicht zurückgetreten, sondern nimmst ein neues Amt an – als Schulpflegepräsident alles Gute. *(Applaus)*

Ch. Baumann (SP): Ich wünsche Euch auch viel weitere Befriedigung in diesem Amt, viele sachliche Diskussionen. Haltet es doch wie beim Fussball-Match: Fant für die eigene Mannschaft, für die eigenen Argumente – und nicht gegen die andere Mannschaft. Ich wünsche Euch viel Vergnügen.

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Jürg Bachmann hat im Gemeinderatsversand nochmals die Terminliste vom laufenden Amtsjahr verschickt. Ich bin nicht sicher, ob es alle gleich genau gelesen haben, deshalb kommuniziere ich es zur Sicherheit nochmals mündlich. Wir haben eine Kommissionssitzung, diejenige vom 6. Mai 2019, auf den 7. Mai 2019 verschoben. Der Grund ist: Wir Winterthurerinnen und Winterthurer werden den Kantonsratspräsidenten stellen, Dieter Kläy wird am 6. Mai gewählt und wir fanden, es wäre sinnvoll, wenn dann keine Kommissionssitzungen stattfinden. Wer sich dann die Kommissionssitzung eingetragen hat im Kalender, verschiebt das bitte auf den 7. Mai.

Persönliche Erklärung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu einer persönlichen Erklärung, Renate Dürr.

R. Dürr (Grüne/AL): Es geht um die Motion 2017.148 betr. Sanierung Unfallschwerpunkt Kreisel Seener-/Grüzefeld-/Etzbergstrasse. In Absprache mit den Mitunterzeichnenden haben wir heute beschlossen, dass wir die Motion in ein Postulat umwandeln, da die Wahrscheinlichkeit besteht, dass so, wie es dasteht, das Geschäft nicht motionsfähig ist.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank, wir kommen dann auf dieses Traktandum zurück.

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir fahren fort mit der Traktandenliste. Wir haben letztes Mal ein Geschäft verschoben, entsprechend behandeln wir jetzt das Traktandum 13.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2018.42: Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten

Ratspräsidentin A. Steiner: Tätigkeitsbericht 2017 des Datenschutzbeauftragten. Philip Glass ist bei uns im Saal, darf ich Dich nach vorne bitten?
Das Wort hat der Referent Urs Glättli.

U. Glättli (AK): Als Referent der AK für die städtische Datenschutzstelle stelle ich Euch das betreffende Geschäft vor. Soweit erlaubt, folgt anschliessend gleich die Erklärung unserer Fraktion zu diesem Geschäft.

Es geht um den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017 der städtischen Datenschutzstelle an das Parlament. Der Bericht beruht auf einem kantonalgesetzlichen Auftrag vom IDG (Informations- und Datenschutzgesetz des Kantons Zürich), soweit eine Stadt wie Winterthur einen eigenen Datenschutzbeauftragten kennt wie Philip Glass. Der Bericht enthält einen kurzen Überblick vom Geschäftsjahr 2017 mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Geschäfte. Besonders zu erwähnende Geschäfte sind die folgenden:

- Übertrittsformulare in die Sekundarschule (da fragt man sich, was für persönliche Daten von einzelnen Schülern, die diesen Übertritt machen, gehen an die nächste Stufe weiter?)
- Telefonverbindungsverbindungsauswertungen von Angestellten (eine besonders neckische Sache für Vorgesetzte in der direkten Linie, Telefonauswertungen zu machen, und auch dort ist natürlich Persönlichkeitsschutz ein Thema)
- Nutzung von Stromverbrauchsdaten durch die Polizei (auch diese Daten können für die Polizei interessant sein, aber ebenso finden die privaten Dritten es nicht so lustig, wenn man ihre Stromabrechnungen überprüft, wenn sie allenfalls auffallend hohe Stromverbrauchszahlen aufweisen würden)

Ein besonderes Geschäft, das den Datenschützer beschäftigt hat, sind Ausnahmen der Gebührenklausel von der Polizeiverordnung. Das ganze Polizeiwesen ist natürlich ein sensibler Bereich, der den Datenschutzbeauftragten immer wieder beschäftigen wird.

Dem 2017 neu eingetretenen Kader konnte der Datenschützer in kürzester Kürze von 20 Minuten die Aufgaben vom Datenschutzbeauftragten erklären. Damit konnte der Schulungsauftrag, der neu dazukommt, sehr rudimentär wahrgenommen werden.

Keine Zeit gefunden hat der Datenschutzbeauftragte für sogenannte Audits von der Verwaltung oder einzelner Verwaltungsstellen. Er konnte aber mehr Geschäfte erledigen als budgetiert waren, nämlich 71 erledigte Geschäfte. Jedoch lagen dann die pendenten Geschäfte Ende Jahr über Budget.

Alle diese Geschäfte sind geprägt durch die zunehmende Digitalisierung von Behörden und Verwaltung.

Erfreulich scheint mir der unkomplizierte und direkte Umgang mit der Verwaltung. In dieser wiederum stellt der Datenschutzbeauftragte ein gewisses Manko an Kenntnissen der Rechtsgrundlagen in ihrem Tätigkeitsbereich fest. Das scheint mir doch eher bedenklich. Es ist zwar eine Aufgabe, aber sicher nicht die Hauptaufgabe des Datenschutzbeauftragten, rechtsunkundigen Verwaltungsangestellten Nachhilfe in Staats- und Verwaltungsrecht zu erteilen. Da wären von mir aus gesehen doch eher die Departemente selber gefordert.

Das Berichtsjahr wird hinsichtlich Datenschutz in der städtischen Verwaltung vom Datenschutzbeauftragten erneut als «insgesamt erfreulich» bewertet. Dieser Bewertung schliessen wir uns gerne an, wenn auch eine vollständige Aufgabenerfüllung mit dem bestehenden 30%-Pensum nicht wirklich zu erwarten ist.

Die Aufsichtskommission beantragt einstimmig die Abnahme des Berichtes. Wir verdanken ausdrücklich die wertvolle Arbeit von Philip Glass in der Ausübung des Auftrages des Parlaments.

U. Glättli (GLP): Ich möchte die Fraktionsmeinung zum Geschäft gleich anschliessend wiedergeben. Die grünliberale Fraktion beantragt der AK folgend die Abnahme des Tätigkeitsberichts. Unseres Erachtens könnte auch geprüft werden, diesen Bericht nicht jährlich, sondern allenfalls alle 2 oder 4 Jahre herauszugeben. Vom kantonalen Recht vorgeschrieben ist nämlich bloss eine periodische Berichterstattung, was also nicht zwingend jährlich sein müsste, v.a. dann nicht, wenn die Ressourcen des Datenschützers knapp bemessen sind und er sich besser auf den Datenschutz als auf das Schreiben von jährlichen Berichten fokussieren könnte. Die Grünliberalen würden weniger Bürokratie und mehr Aufgabenerfüllung im Sinn vom Datenschutz durchaus begrüssen. Dafür nötig wäre eine Änderung der städtischen Datenschutzverordnung, die ohnehin nächstens traktandiert sein wird.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Datenschutzbeauftragten Philip Glass für den Bericht und für seine Tätigkeit. Die erwähnten Beispiele (Übertrittsformulare Sekundarschule oder die Idee, Telefonverbindungen von Mitarbeitenden auszuwerten, weil es sehr hohe Rechnungen gab) zeigen, dass Datenschutz ein wichtiges Thema ist. Die Grundsätze, was datenschutzrechtlich i.O. ist und was nicht, wären gerade in diesen beiden Fällen eigentlich vorhanden, man müsste aber nur noch wissen, wo es steht und die praktische Anwendung gibt manchmal auch ein bisschen Schwierigkeiten. Das zeigt, Datenschutz ist wichtig in der Stadt Winterthur.

Wie gesagt, wir danken für den Bericht und nehmen diesen selbstverständlich ab.

M. Sorgo (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Datenschützer für die weiterhin sehr gute Zusammenarbeit, für seine Arbeit, die er das ganze Jahr leistet, und die er ja, wie wiederholt schon diskutiert wurde, in einem relativ kleinen Pensum für die Stadt Winterthur erledigt. Der Datenschutz ist ein wichtiges Thema, ein Thema, das uns im Moment nicht nur in Winterthur beschäftigt, sondern europaweit, weltweit. Alle von uns wurden in letzter Zeit mehrmals daran erinnert, dass sich doch Datenschutzbestimmungen verändert haben. In Winterthur aber zeigt sich die Arbeit des Datenschutzbeauftragten dann wirklich auch auf lokaler Ebene, was all die verschiedenen Bestimmungen auch für konkrete Auswirkungen auf die Daten der Verwaltung haben. Wir glauben, es ist da sehr wichtig, dass wir eine Fachperson haben, die da auch das notwendige Fachwissen hat, denn (wie auch schon erwähnt wurde) das rechtliche Wissen ungefähr sicher vorhanden ist, oder jedenfalls grundsätzlich von den jeweiligen Fachleuten, aber wie es dann aussieht in einzelnen Fällen, dafür ist es wichtig, dass es auch eine neutrale Fachperson gibt, die das im Einzelfall immer wieder bewerten kann.

Was uns besonders freut, ist dass die Zusammenarbeit mit der Verwaltung anscheinend sehr einfach möglich ist und auch sehr gut funktioniert. Das zeigt auch, dass das Vertrauen auf beiden Seiten vorhanden ist.

Deshalb bleibt uns nur nochmals zu danken für die Arbeit, weiterhin alles Gute – und wir nehmen natürlich den Bericht positiv zur Kenntnis.

F. Helg (FDP): Ich danke im Namen der FDP-Fraktion dem Datenschutzbeauftragten Philip Glass für die grosse geleistete Arbeit und den instruktiven Tätigkeitsbericht, den wir erhalten haben. Mit der zunehmenden Digitalisierung rückt natürlich auch der Datenschutz vermehrt ins Zentrum, in den Fokus der Öffentlichkeit.

Ich möchte da einen Wert der Arbeit des Datenschutzbeauftragten hervorheben: Das ist die Sensibilisierung, die er auch vornimmt, sei es durch die Öffentlichkeitsarbeit, von der ein Teil ja dieser Tätigkeitsbericht ist, durch Kaderschulungen oder auch über Beratungen.

Ein 30%-Pensum lässt natürlich keinen grossen Spielraum zu und zwingt dann halt zu einer strikten Priorisierung der Arbeit. Die Diskussion zum Pensum ist sicher noch nicht abgeschlossen, wir haben in der Kommission davon gehört, und der Referent hat es heute auch gesagt, dass an sich grösser angelegte Überprüfungen, sogenannte Audits, angezeigt wären, aber dazu momentan halt die Zeit fehlt.

Nochmals besten Dank an Philip Glass.

I. Kuster (CVP/EDU): Der Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten der Stadt Winterthur liest sich gut in seiner bewährten schlanken und schlichten Form. Es freut die CVP/EDU-Fraktion, dass im Berichtsjahr mehr Fälle erledigt werden konnten. Wir sahen auch, dass trotzdem die Pendenzen gestiegen sind – also das Thema des Pensums.

Im Tätigkeitsbericht ist uns wie der SP ins Auge gestochen, dass die Qualität von Eingaben von Seiten der Verwaltung nochmals gestiegen ist. Das freut uns sehr und kann so auch einen Beitrag leisten zur Bewältigung der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten.

Die CVP/EDU-Fraktion dankt Philip Glass für seinen Einsatz und seine geleistete Arbeit und wir nehmen den Tätigkeitsbericht gerne ab.

P. Rütsche (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt Philip Glass herzlich für diesen Bericht. Es war sehr spannend, diesen durchzulesen. V.a. hinweisen möchte ich auf den sehr interessanten Punkt der Verwendung von Stromverkaufsdaten, das wird sicher in Zukunft je länger je mehr Thema sein, sobald dann auch die sogenannten Smartmeter kommen.

Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis, vielen Dank.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt keinen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme und entsprechend ist der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten abgenommen.

Wünscht Philip Glass noch das Wort?

Ph. Glass (Datenschutzbeauftragter): Vielen Dank für die positive Aufnahme des Berichtes. Es war auch dieses Jahr etwas, das ich unter Druck schreiben musste, umso mehr freut es mich, dass es trotzdem gelungen ist, einen interessanten Bericht zu schreiben, der zeigt, was ich das ganze Jahr über mache. Das ist nicht ganz unwichtig, weil es eine der wenigen Möglichkeiten ist, um ein bisschen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, was die Datenaufsichtsstelle in der Stadt Winterthur leistet, was ihre Aufgaben sind und wie es auch in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung funktioniert.

Ich freue mich auch auf das neue Jahr und möchte nochmals die danken für die positive Aufnahme des Berichtes.

21. Traktandum

GGR-Nr. 2017.145: Begründung des Postulats B. Zäch (SP), Ch. Meier (SP), R. Diener (Grüne), Ch. Magnusson (FDP), L. Banholzer (EVP/BDP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben in der letzten Sitzung beim Traktandum 20 aufgehört. Wir kommen nun zum Traktandum 21: Begründung des Postulats Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung.

B. Zäch (SP): Der Grosse Gemeinderat hat im Oktober 2011 einem wegweisenden städtischen Gesamtverkehrskonzept ohne Gegenstimmen zugestimmt. Darin sind die Leitlinien auch für die mittel- und langfristige Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung festgelegt. Mit den konkreten Umsetzungsmassnahmen hapert es aber bekanntlich seit längerem. Der Grosse Gemeinderat hat zwar im August 2017 ein erstes Massnahmenpaket zur Buspriorisierung beschlossen (einen Meilenstein); im April haben wir das Betriebs- und Gestaltungskonzept für ein nächstes Paket, die Sanierung der Technikumstrasse, beschlossen und vor einer Woche ein kleineres Projekt zur Buspriorisierung im Gebiet Grüze/Neuhegi. Das sind wichtige Schritte.

Verschiedene Projekte sind aber in den letzten Jahren verschoben oder ganz zurückgestellt worden; zum Teil ist nicht einmal klar, ob an gewissen Projekten, z.B. bei den Veloschnellrouten, überhaupt noch gearbeitet worden ist. Der kürzlich veröffentlichte Umweltbericht gibt (auf Seite 32) eine ungeschminkte Übersicht über den verzögerten Stand von Schlüsselprojekten im Rahmen des städtischen Gesamtverkehrskonzept; der Städtevergleich Mobilität 2015, der ebenfalls kürzlich vorgelegt worden ist, zeigt, dass wir auch bei der Verlagerung der prozentualen Anteile der Verkehrsträger, dem sogenannten Modalsplit, hinter den behördenverbindlichen Zielen nachhinken.

Der Rückstand ist klar und deutlich ausgewiesen: Die Stadt Winterthur ist heute, was wichtige Massnahmen zur Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung angeht, überhaupt nicht dort, wo wir gemäss städtischem Gesamtverkehrskonzept sein sollten. Darüber kann niemand glücklich sein.

Als Grund dafür werden immer wieder die knappen personellen Ressourcen im Baudepartement herangezogen, die in den beiden finanziellen Sanierungsprogrammen, wir wissen das, ausgedünnt worden sind. Das ist unbestritten so.

Ein weiterer Grund aber sind die organisatorischen Strukturen selbst. Die Verkehrsplanung war bis 2016 im Amt für Städtebau angesiedelt und ist 2017 innerhalb des Departements Bau ins Tiefbauamt verschoben worden – weg von der raumplanerischen Umgebung in ein Umfeld von ingenieurbasierten Realisierungen von Strassenbauprojekten. Das ist nachvollziehbar, obwohl raumplanerische Elemente damit eindeutig in den Hintergrund gerückt worden sind.

Die Verkehrssteuerung aber ist im Departement Sicherheit und Umwelt, und zwar bei der Polizei, angesiedelt. Das ist aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar. Schaut man sich nämlich um, wie die beiden Bereiche Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung in vergleichbar grossen Städten, zum Beispiel St. Gallen und Luzern, organisiert sind, so sieht man, dass wir uns in Winterthur einen unzeitgemässen Sonderfall leisten.

In St. Gallen sind Planung, Steuerung und Verkehrstechnik zusammen im Tiefbauamt des Departements «Bau und Planung» angesiedelt, in Luzern im Departement «Umwelt, Verkehr und Sicherheit», wo zusätzlich die Parkraumplanung und Parkraumbewirtschaftung der gleichen Dienststelle «Verkehr- und Infrastrukturprojekte» zugewiesen ist. Von einer solchen Gesamtsicht auf den Verkehr sind wir in Winterthur noch weit entfernt. In Basel existiert sogar ein «Amt für Mobilität», das alle diese Bereiche zusammenfasst. Das könnte auch für Winterthur ein Modell sein.

Die andere Organisationsform in den genannten Städten hat ganz offensichtlich Vorteile: Die Planung und Steuerung des Verkehrs liegt in der gleichen Hand; es ist sichergestellt, dass übergeordnete Fragestellungen von Anfang an am gleichen Ort ohne Schnittstellen und ohne aufwendigen Koordinationsaufwand geplant und umgesetzt werden können.

In Winterthur aber harzt die Verkehrsführung offensichtlich in mehr als einer Hinsicht: Dadurch, dass bei Projekten immer mindestens zwei Departemente mit Dienststellen von unterschiedlicher Ausrichtung und mit einer unterschiedlichen Betriebskultur involviert sind, dauern diese Projekte nicht nur länger, sondern Massnahmen werden, wie man immer wieder hört aus der Verwaltung, intern verzögert oder sogar blockiert.

Das ist zum Beispiel evident im Bereich der 19 Busproblemstellen auf dem Gebiet der Stadt Winterthur, wo sogar drei Departemente involviert sind, nämlich zusätzlich die Technischen Betriebe. Winterthur ist genau wegen diesen Busproblemstellen, wo sich bisher wenig tut, vom ZVV auch schon ausdrücklich gerügt worden.

Die Reibungsverluste zeigen sich gerade bei Umsetzungsprojekten des Gesamtverkehrskonzepts besonders gut. Es ist kein Zufall und eben nicht nur ein Ressourcenproblem, dass die Erarbeitung von Buspriorisierungsvorlagen beispielsweise ziemlich viel Zeit braucht.

Der Stadtrat ist sich dessen offenbar bewusst. Ich erinnere an die Beantwortung meiner Schriftlichen Anfrage 2016.52 betreffend Busproblemstellen, wo der Stadtrat ausführt, dass seit 2014 eine stadträtliche Kommission Verkehrsräume existiert; dort sind die Vorsteherinnen und Vorsteher der Departemente Bau, Sicherheit und Umwelt, Technische Betriebe und der Stadtpräsident vertreten. Man kann sich allerdings fragen, ob ein Gremium, das aus vier Stadtratsmitgliedern besteht, der geeignete Ort ist, um Themen der Verkehrsraumentwicklung zu behandeln, wenn bereits die Koordination auf Fachebene nicht richtig funktioniert. Immerhin hat der Stadtrat in der gleichen Antwort dargelegt, es sollen (Zitat): «insbesondere die organisatorischen Verbesserungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden» (Zitatende).

Genau diese Absicht möchten wir gerne mit diesem Postulat befördern, das im Rat eine erfreulich breite Unterstützung gefunden hat. Wir fordern den Stadtrat auf, darzulegen, wie er sich eine Neuorganisation der Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung unter einem Dach vorstellen kann. Es wäre so nicht nur möglich, die knappen Ressourcen zu bündeln, sondern es könnten auch Planungs- und Steuerungsinstrumente aus einer Hand entwickelt und auch angewendet werden. Vor allem bin ich überzeugt, dass die dringend notwendigen, weiteren Umsetzungsmassnahmen des städtischen Gesamtverkehrskonzepts ganz wesentlich beschleunigt würden.

Ich danke allen Ratsmitgliedern, die das Postulat mitunterschrieben haben, und ich hoffe, dass sie es auch bei der Überweisung weiterhin unterstützen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Seiten CVP/EDU, Zeno Dähler.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich danke Benedikt Zäch für seinen ausführlichen Einblick in diese Problematik, die wir so auch gar nicht bestreiten. Aber es ist so, dass der Stadtrat, wie ich das mitbekommen habe, dieses Anliegen bereits umsetzen wird. Deshalb bitte ich um einen entsprechenden Rückzug dieses Postulats.

Wir lehnen die Überweisung ab.

R. Diener (Grüne/AL): Benedikt Zäch hat den wichtigsten Teil gesagt von dem, was man zu diesem Postulat sagen muss. Ich möchte nur 2-3 kleine Sachen ergänzen, die mir wichtig scheinen.

Wir müssen uns klar sein: Wir sprechen eigentlich beim Verkehr, in der Planung, eben von einer Verkehrslenkung, d.h. wir müssen in der Stadt, mit den beschränkten Ressourcen, die wir haben, schauen, wie man den Verkehr, die verschiedensten Verkehrsarten, von verschiedenen Routen und Wegen, auf denen sich der Verkehr bewegt, am Effizientesten und am Sinnvollsten abwickeln können. Und deshalb brauchen wir eben auch mehr als nur ein Umsetzen von irgendwelchen operativen Konzepten, sondern wir brauchen wirklich ein Pla-

nungskonzept, ein Verkehrslenkungskonzept. Und das kann man eigentlich nur dann erreichen, wenn man die beiden Bereiche, die dazugehören (nämlich die Planung auf der einen Seite und die effektive Steuerung, nämlich die effektiven operativen Umsetzungen), unter einem Dach managen und handeln kann und eben auch dem gleichen Ziel unterordnen kann. Das scheint mir sehr wichtig zu sein und deshalb möchte ich sehr beliebt machen, dass wir tatsächlich das Postulat jetzt überweisen und damit dem Stadtrat den Auftrag auch noch ganz klar geben, auch wenn er gesagt hat, er wolle das machen. Dann ist es ja eigentlich kein Problem, dann kann er ja von sich aus zur Kenntnis nehmen, dass er das gerne entgegennehmen würde.

Ich finde es zweckmässig und sinnvoll, auch wenn man den zeitlichen Aspekt anschaut. Es geht nämlich bei diesen beiden Sachen von der Verkehrssteuerung und der Verkehrsplanung um einerseits die mittelfristigen und andererseits um die langfristigen Aspekte. Die Planung ist natürlich etwas Langfristiges, da geht es ja meistens um bauliche Massnahmen, da haben wir natürlich einen ziemlich langen Vorlauf, bis sich etwas verändert. Bei der Steuerung ist es so, dass wir heute immer mehr Möglichkeiten zur Steuerung haben, mit Hilfe von Lichtsignal-techniken oder auch mobilen Signalen kann man rascher und effizienter den Verkehr durch-aus auch noch beeinflussen, indem man ihn auch systematisch auf eine bestimmte Art führt. Z.B. ist jetzt auf der Technikumstrasse geplant, dass man dort die Abschnitte so organisiert mit der Lichtsignalsteuerung, dass der Bus effizienter durchkommt.

Und diese beiden Aspekte sollten auch wirklich aus dem gleichen Amt herauskommen, aus der gleichen Fachstelle kommen, damit man von daher gesehen auch nachhaltig an den entsprechenden Zielsetzungen dranbleiben kann, die wir uns vorgenommen haben.

Benedikt hat es erwähnt: Die Busvorlagen oder die Buspriorisierungsprojekte, die jetzt auf dem Tisch liegen (z.T. sind sie umgesetzt, z.T. sind sie geplant, z.T. kommen sie dem-nächst), zeigen eben genau an diesem Beispiel, wie wichtig das ist.

Und noch etwas – das versteht sich selbstverständlich ganz klar und eindeutig: Die kurzfristi-gen operativen Anpassungen in der Verkehrssteuerung aus polizeilichen Gründen, aus den Massnahmen von Unfallthemen oder von Überlastungsthemen, die kurzfristig auftauchen, die natürlich auch existieren, sind sicher sinnvollerweise weiterhin bei der Polizei angesiedelt, weil sie auch die entsprechenden Massnahmen dann anordnen kann.

Von daher nochmals vielen Dank für die Unterstützung.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats zu. Es ist tatsächlich davon auszugehen, dass mit einer Zusammenführung der Verkehrsplanung und der Ver-kehrslenkung Synergien erzielt werden können und die Koordination so auch vereinfacht wer-den kann.

Mit diesem Postulatsbericht haben wir dann eine Entscheidungsgrundlage, ohne dass man jetzt schon eine Weichenstellung machen muss. Wenn, wie wir es jetzt gehört haben, offen-bar der Stadtrat von sich aus bereit ist, diese Organisation zu überprüfen und selber anzu-passen, dann ist es so ja auch recht.

Kollege Benedikt Zäch hat, an sich entgegen dem Postulatstext, noch einen Zacken zugelegt und eine inhaltliche Debatte begonnen, obwohl es an sich in erster Linie nur um ein organisa-torisches Projekt geht. Ich denke, diese Kritik würde ich als ehemaliger BBK-Referent für den Tiefbau doch etwas relativieren. Während ca. 5.5 Jahren habe ich relativ viele Verkehrspro-jekte endbegleitet, und ich hatte in dieser Zeit eigentlich nie den Eindruck, dass diese Vorla-gen, wie wir sie erhalten haben in der Kommission, unzureichend koordiniert oder vorbereitet gewesen wären. Ich hatte immer das Gefühl, dass das hinter den Kulissen ziemlich gut zwi-schen den involvierten Departementen ausgearbeitet wurde.

Ich sah natürlich nicht ganz hinter die Kulissen und vielleicht gab es dort gewisse Schwierig-keiten, aber mit dem Postulatsanliegen können wir ganz nüchtern einfach die Organisation anschauen und der Stadtrat wird uns dann ja Bericht erstatten.

L. Banholzer (EVP): Auch wir mussten in den vergangenen Jahren immer wieder feststellen, dass die Aufgaben im Bereich Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung schlecht funktioniert haben. Und das hatte für die Stadt Winterthur negative Auswirkungen. Wenn diese beiden

Bereiche von vornherein in die gleiche Organisation eingebunden wären, sehen wir doch auch einige Vorteile. Eine neue Struktur, die den ganzen Bereich Mobilität umfassen würde, würde die Planung und Umsetzung der vielen Projekte im Verkehrsbereich, die anstehen, deutlich vereinfachen. Im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen bei der Koordination von Verkehrsprojekten ist eine Verbesserung der Strukturen in unseren Augen einfach zwingend.

Wir befürworten deshalb auch die Überweisung an den Stadtrat.

M. Nater (GLP): Meine Vorredner haben im Grossen und Ganzen schon alles gesagt, worum es bei der Zusammenlegung von Verkehrsplanung und Verkehrslenkung geht.

Ich spreche aus der Sicht als Leiter auch von einer Fachstelle. Es geht einfach nicht, wenn jahrelang zwei Fachstellen das Gleiche bearbeiten und das Gleiche machen. Was ich da wirklich schlecht finde, ist dass es jahrelang geht, bis endlich der Stadtrat einmal reagiert. Denn als Fachstelle muss man irgendwie eine fachliche Meinung abgeben. Die fachlichen Meinungen werden danach über die Politik und die Bevölkerung entsprechend beurteilt. Aber es kann nicht sein, dass zwei Fachstellen über Jahre das Gleiche machen und die politische Führung oder auch die Linienführung macht nichts, dass das irgendwie aufgelöst wird. Wieso geht es immer so lang, bis einmal etwas passiert oder bis ein Vorstoss aus dem Gemeinderat kommt? Und nachher sagt man, ok, dann machen wir jetzt etwas, und reagiert. Von daher erwarten wir von der GLP schon, dass da ein bisschen mehr geht in Zukunft, dass schneller und agiler agiert wird.

Das Zweite ist: Jetzt gibt es ja eine neue Fachstelle, wie wir von Zeno Dähler gehört haben. Wir erwarten, dass diese Fachstelle auch ein ganz klares Aufgabengebiet zugewiesen bekommt und dass sie weiss, was sie machen muss, und dass sie v.a. auch politisch unabhängig ist. Dass sie nachher wirklich zeigen kann, was sie kann. Sie kann ihre Empfehlungen abgeben und die Empfehlungen können danach wirklich gezeigt werden und beurteilt werden vom politischen Gremium. Und ich erwarte, dass da dann nachher auch das Pflichtenheft entsprechend vorhanden ist, was diese Fachstelle für Aufgaben und Pflichten hat.

Die GLP wird das Postulat überweisen.

H.R. Hofer (SVP): Die SVP unterstützt den Rückweisungsantrag von Zeno Dähler. Unsere Begründung ist folgende: Das Postulat ist überflüssig, denn der Stadtrat ist an einem Projektauftrag zu genau diesen Themen. Warten wir doch die Resultate ab und beurteilen wir diese. Das wäre effizienter, als mit diesem Postulat ein Beschäftigungsprogramm anzustossen. Schnittstellen zwischen Polizei und Bau wird es immer geben, sei das bei Baustellen, Signalisationen, Markierungen, Verkehrswegen, Bauausführungen und v.a. auch bei Lichtsignalanlagen. Warten wir die Antworten der betroffenen Departemente zu den Schnittstellen ab, wie sie die Schnittstellen selber sehen und wie sie induzieren für einen günstigen, flüssigen und sicheren Verkehr für alle Verkehrsteilnehmer.

B. Zäch (SP): Ganz kurz eine Replik: Zeno Dähler und Hans Ruedi Hofer, falls der Stadtrat die Einreichung des Postulats zum Anlass genommen haben sollte, selber Aufträge zu erteilen, wäre das ja äusserst erfreulich und mich würde das am meisten freuen.

Das macht aber das Postulat nicht überflüssig. Es ist umso mehr eine Einladung an den Stadtrat, in diese Richtung auch tätig zu werden und uns im besten Fall vielleicht sogar bereits mit der Postulatsantwort schon seine Lösung präsentieren zu können.

Und ganz kurz zu Felix Helg: Ich wäre mit Dir völlig einverstanden, die Vorlagen, die bei uns in der BBK als Resultat der stadtinternen Koordination gelandet sind, diese waren bereinigt und konsistent. Ich habe aber mehr als 1 x gehört, dass der Weg bis dorthin verwaltungsintern äusserst harzig gewesen ist.

Stadträtin Ch. Meier: Das Postulat verlangt eine Darlegung, wie Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung zukünftig zusammengelegt werden können. Im Auftrag vom DSU und vom Departement Bau gab es im Jahr 2016, also vor dem Postulat, eine Situationsanalyse in Be-

zug auf die Zusammenarbeit bei Verkehrsprojekten zwischen Verkehrsplanung und Verkehrssteuerung. Diese zeigte, dass es bei einzelnen Bauprojekten aufgrund einer schwierigen Koordination tatsächlich zu Erschwerungen und Verzögerungen im Ablauf gekommen ist.

Der Stadtrat hat daraufhin am 14. März dieses Jahres beschlossen, dass der Verkehr neu ganz im Departement Bau angesiedelt werden soll. Im Moment läuft eine entsprechende Organisationsentwicklung unter der Federführung des Tiefbauamtes. Die Ergebnisse dieser Organisationsentwicklung werden bis Ende Oktober dem Stadtrat vorgelegt und es ist vorgesehen, die organisatorische Zusammenlegung von Verkehrssteuerung und Verkehrsplanung auf den 1. Januar 2019 zu realisieren. Ab dann werden die Aufgaben und die Ressourcen, die jetzt zum Teil noch bei der Stadtpolizei sind, dem Tiefbauamt angehängt.

Selbstverständlich gibt es Schnittstellen zwischen dem Bau und der Polizei, auch in Zukunft, oder zwischen dem Bau und dem Departement Technische Betriebe. Deshalb ist es wichtig, dass die entsprechenden Departementsvorstehenden auch in dieser Verkehrsraumkommission dabei sind. Der Stadtrat hat aber im Konstituierungsbeschluss 2 bereits die Vertretung des Stadtrates von 4 auf 3 reduziert. Es sind also nur noch DSU, DTB und Bau in dieser Kommission vertreten.

An und für sich könnte man sagen, mit der Zusammenlegung, die jetzt aufgegleist ist, ist die Forderung dieses Postulats erfüllt. Wir erstatten aber natürlich sehr gerne Bericht, wie diese Zusammenlegung vonstatten geht und was man dabei berücksichtigen muss. Von daher nehmen wir das Postulat gerne entgegen. Sie werden hören, vielen Dank.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat «Zusammenführung der Verkehrsplanung und der Verkehrslenkung» überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist ein grosses Mehr, besten Dank.

22. Traktandum

GGR-Nr. 2017.146: Begründung des Postulats Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), M. Bänninger (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Postulat «Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht». Einer der beiden Erstpostulanten hat das Wort, Benedikt Zäch bitte.

B. Zäch (SP): Am 30. August 2017 hat der Stadtrat in einer Medienmitteilung mitgeteilt, dass das Projekt «Aquifer», das Wärmeverbundnetz im Neuwiesenquartier, ersatzlos eingestellt wird. 865'000 Franken Investitionskosten sind dabei mit einem Federstrich abgeschrieben worden. Alternativen hat der Stadtrat keine aufzeigen können. Bei der Begründung hat sich der Stadtrat darauf beschränkt, auf eine angeblich langfristig zu tiefe Rendite beim Projekt hinzuweisen.

Diese Argumentation ist, wenn man ein bisschen genauer hinschaut, etwas abenteuerlich: Innerhalb von nur zwei Jahren, nämlich zwischen 2014 und 2016, sollen sich die Rahmenbedingungen so sehr verschlechtert haben, dass die berechnete IRR (Internal Rate of Return) sich von über 5 % auf 2,2 % verringert habe; das ist eine Aussage, die notabene über einen Projektzeitraum von nicht weniger als sechzig Jahren gemacht wird. Über die nächsten 60 Jahre hinweg. Ausserdem werden zahlreiche Risikofaktoren aufgezählt, bei denen auffällt, dass nur – mögliche – negative Auswirkungen angeführt werden.

Das ist, gelinde gesagt, eine ziemlich einseitige Betrachtungsweise. Kürzlich hat der zuständige Stadtrat in der Sachkommission – völlig zu Recht, übrigens – darauf hingewiesen, dass z.B. Investitionen in Glasfasernetze oder auch im Energie-Contracting nicht in Abschreibungszyklen von 5–6 Jahren, sondern längerfristig gedacht werden müssen. Das kann ich

nur unterstützen. Aber die Frage ist: Für Wärmenetze wie Aquifer ist nur eine kurzfristige Betrachtungsweise angemessen? Wie will man das zusammenbringen?

Bei Aquifer handelt es sich ausserdem nicht um irgendein Projekt, sondern um das wichtigste städtische Vorhaben innerhalb der Umweltstrategie, um die Klimaziele gemäss Energiekonzept 2050 zu erreichen. Es ist mehrfach durch Volks- und Parlamentsentscheide bestätigt worden, also behördenverbindlich. Im neuesten Bericht zum Monitoring des Massnahmenplan Energiekonzept 2050 wird der aktuelle Stand der Massnahme B2 zum Thema Wärmenetze – wörtlich – als «harzig/blockiert» bezeichnet. Klarer kann man es nicht sagen. Wärmenetze wie Aquifer werden im Bericht andererseits als Massnahme mit dem «höchsten quantifizierbaren Reduktionspotenzial für Treibhausgasemissionen» angesehen.

Es ist offensichtlich: Im Nachgang der Sanierungsbemühungen bei Stadtwerk Winterthur und aus Angst, sich irgendeinem Risiko auszusetzen, sind Wärmenetzprojekte im Stadtrat in eine negative Betrachtungsschleife geraten und die Regierung findet da offenbar nicht mehr hinaus.

Diese Erstarrung vor der Herausforderung ist mehr als greifbar: Obwohl der Stadtrat bereits am 7. Oktober 2016 (also 1 Jahr vor dieser Mitteilung) mitgeteilt hat, dass er die laufenden Arbeiten am Projekt Aquifer sofort einstellen und die Wirtschaftlichkeit überprüfen möchte, haben wir bis heute, ganze 20 Monate danach, aus dem Stadtrat bisher nichts über konkrete Alternativen zu «Aquifer» gehört. Wir sind im Begriff, wertvolle Zeit im Fahrplan für das Energiekonzept 2050 zu verlieren.

Genau hier setzt das Postulat an, das vom Stadtrat gerne eine Auslegeordnung möchte und einen Plan zur Erreichung der Absenkpfade gemäss Energiekonzept 2050. Es entsteht zunehmend der Eindruck, dass die Klimaziele tendenziell aus finanziellen (primär finanziellen) Überlegungen auf die lange Bank geschoben werden. Wir möchten den Stadtrat auffordern, seine mittel- und langfristige Strategie zu drei Punkten darzulegen:

1. Wie will er die Absenkpfade aus dem Energiekonzept 2050 für den CO₂-Ausstoss und die Nutzung der fossilen Energien bis 2035 bzw. 2050 erreichen? Was ist der Beitrag des Energie-Contractings von Stadtwerk Winterthur und wie schätzt er das Potential der Grundwasser- bzw. Erdwärme ein?
2. Mit welchen konkreten Vorhaben will der Stadtrat die mehrfach bestätigten Ziele mittel- und langfristig erreichen; und
3. Welche zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten sieht der Stadtrat für langfristige Investitionsprojekte im Bereich der nachhaltigen Energie, wenn sie nicht nach rein kommerziellen und kurzfristigen Renditeüberlegungen geplant werden können?

Wir möchten gerne einen Fahrplan des Stadtrates, wie er mit neuen Massnahmen die wichtigen – unbestritten wichtigen - Klimaziele erreichen will. Vor allem möchten wir gerne darauf drängen, dass im Stadtrat das Thema wieder mit einem eher langfristigen und nicht nur mit einem renditeorientierten Blick angegangen wird.

Bei der Einreichung ist der Vorstoss recht breit unterstützt worden. Wir bitten Sie jetzt darum, mit gleicher Unterstützung den Vorstoss auch an den Stadtrat zu überweisen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Seiten der CVP/EDU-Fraktion, Zeno Dähler.

Z. Dähler (CVP/EDU): Die im Postulat aufgegriffenen Fragen sind berechtigt und sie sind auch nicht neu. Seitdem wir vom kommunizierten Verzicht auf Aquifer gehört haben, hat man das auch in der BBK schon das eine oder andere Mal diskutiert. Wobei ich Benedikt Zäch recht gebe, dass man noch nichts Konkretes gehört hat.

Ich möchte die Gelegenheit kurz nutzen um dem Stadtrat dafür zu danken, dass er auf Aquifer verzichtet hat. Wir von der CVP/EDU-Fraktion wollen eine Energiestrategie, die so umgesetzt wird, dass sie für Winterthurerinnen und Winterthurer tragbar ist – sozial, ökologisch und ökonomisch. Mit Aquifer hätte ein weiteres WFAG-Debakel gedroht und das wäre negativ gewesen für die langfristige Energiepolitik der Stadt Winterthur. Das Vertrauen der Bevölkerung hätte im schlimmsten Fall gelitten.

Wir finden es gut, dass sich der Stadtrat Zeit lässt, um ökologisch und ökonomisch gut durchdachte Alternativen aufzuzeigen. Und ich bin überzeugt davon, dass die entsprechenden Arbeiten bereits gemacht werden und auch weiterhin gemacht werden und wir bald entsprechende Projekte vorgestellt bekommen.

Ich bitte den Stadtrat deshalb, dass diese Projekte mit dem nötigen Sicherheitsfaktor gerechnet werden, wenn es auf 60 Jahre hinausgeht, und dass wenn man ein Projekt hat, das vielleicht nicht rentiert (das darf durchaus sein), dass in diesem Bereich das Ganze transparent und ehrlich aufgezeigt wird, so dass wir wissen, was wir subventionieren müssen. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat weiss, dass er einen entsprechenden Auftrag hat vom Volk, die Energiestrategie umzusetzen, und sind dafür, dass dieses Postulat nicht überwiesen wird. Wir stellen den Ablehnungsantrag.

R. Diener (Grüne/AL): Ich bin noch immer ein bisschen fassungslos über diesen Entscheid, der vom letzten Stadtrat – wir haben jetzt ja einen neuen – gefällt worden ist. Wir haben ja über diesen Entscheid intensiv diskutiert. Wir Grünen begannen auch sofort für eine Petition zu sammeln und brachten innert kürzester Zeit über 1'400 Unterschriften dagegen zusammen - unter anderen aus den betroffenen Quartieren. Daran zeigt sich, dass ein Druck da ist, dass wir etwas machen müssen, dass wir auf diesen Weg gehen müssen. Es wurde bereits gesagt: Wir hatten letztendlich eine Volksabstimmung, mehrere Volksabstimmungen; die letzte war eben diese, bei der es ganz konkret um den grossen Rahmenkredit ging, um diese Wärmeverbundprojekte voranbringen zu können. Und ich möchte gerne daran erinnern, dass man in der Abstimmungszeitung damals 2015, als wir über diese Vorlage abgestimmt haben, ganz klar drin hatten, dass wir damit eigentlich Aquifer umsetzen wollen. Und wenn wir jetzt einfach nichts mehr machen, verschaukeln wir bis zu einem gewissen Grad das Volk ein bisschen.

In Übereinstimmung mit diesen Zielen, die genannt wurden, müssen wir uns auf den Weg machen. Ich möchte auch nochmals daran erinnern: Wir haben Rahmenbedingungen, die ganz klar dafür sprechen, dass wir dringend etwas unternehmen müssen. Im Jahr 2015, lange nachdem wir uns hier in Winterthur die Energiekonzept-Ziele gegeben haben (z.T. auch mit Volksabstimmungen, z.T. mit Beschluss des Stadtrates), fand die Pariser Konferenz statt, die klar, deutsch und deutlich sagte: Es gibt eigentlich keinen Weg, der am fossilen Ausstieg vorbeigeht. Wir müssen bis Mitte des Jahrhunderts (das ist 2050 – da sind wir nicht mehr so weit weg) eigentlich auf Null CO₂-Ausstoss kommen, damit wir eine realistische Chance haben, das 2-Grad-Erwärmungsziel überhaupt noch irgendwie erreichen zu können. Und dafür brauchen wir genau diese Art von Projekten. Und wir müssen da eben ein bisschen langfristigen denken. Natürlich, 2050 ist nicht schon morgen, es ist übermorgen oder vielleicht überübermorgen. Aber das ist bereits die nächste Generation, die ganz klar und massiv davon betroffen ist, ob sich dort etwas bewegt oder nicht. Wir sind generationentauglich unterwegs, wenn wir etwas machen. Wenn wir nichts machen, dann haben wir die Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, wie wir mit der Lebensgrundlage, mit dieser Welt, umgehen, nicht wahrgenommen.

Und noch als Letztes: Es wurde immer wieder aufgeworfen, es rentiere nicht. Natürlich, wir wissen schon, dass es schwierig ist mit der Rendite, das streiten wir gar nicht ab. Wir haben generell mit den Rahmenbedingungen eine nicht ganz einfache Situation, um solche Projekte aufzugleisen. Aber, liebe Leute, wenn wir ein Schulhaus bauen oder ein Polizeigebäude, für die gleich grossen Beträge (und Schulhäuser bauen wir noch mehr als eines in dieser Zeit, diverse noch) – stellt da irgendjemand die Frage nach der Rendite? Irgendeiner hier drinnen? Die Rendite ergibt sich da nicht finanziell, sie ergibt sich aus den gesellschaftlichen Überlegungen zum Nutzen für uns alle, für die künftigen Generationen. Meine lieben Leute, wir müssen da auch auf den Weg gehen. Wir haben die Verantwortung, diese Welt in einem anständigen Modus zu hinterlassen. Wenn wir so weiterfahren, wie wir jetzt weiterfahren und einfach immer nur auf das Geld schauen, wie der Esel, der immer am Berg stehen bleibt, dann kommen wir nicht weiter.

Ich bitte Euch dringend, das Postulat zu unterstützen, damit wir da auch wieder ein bisschen ein Zeichen geben: Stadtrat, bring uns Projekte, zeig uns, wie das weitergehen kann.

M. Bänniger (EVP): Auch wir von der EVP wollen vom Stadtrat wissen, welche Alternativen er nach dem Aquifer-Verzicht aufzeigen und entwickeln wird. Wir sind überzeugt, dass bei Stadtwerk innovative Köpfe am Werk sind, die spannende, interessante und auch zukunftsorientierte Lösungen präsentieren können.
Wir sind für die Überweisung des Postulates.

M. Nater (GLP): Seit 8 Jahren haben wir eine Verschlechterung der CO₂-Emissionen in Winterthur. Im Umweltbericht 2017 wird zwar von einer Verbesserung geredet, nur ist der Wert 2008 auf einem alten Rechenmodell basierend, welches noch mit höheren Faktoren gerechnet hat.

Im Text des Umweltberichtes wird aber nicht mehr über diese Änderung der Faktoren gesprochen. Es wird nur noch von Massnahmen gesprochen. Leider ist dort die grösste Massnahme verloren gegangen, nämlich die Anpassung dieser Methodik. Also: Seit 8 Jahren verschlechtern wir uns beim CO₂-Verbrauch in der Stadt Winterthur.

Zu den schlechten Werten bei den Treibhausgasen hat der Stadtrat seit Jahren einen Standardspruch in der Medienmitteilung oder auch gegenüber dem Gemeinderat: «Das Problem bekannt, wir haben in der Vergangenheit schon Massnahme getroffen, wir kümmern uns darum und neue Massnahmen werden wir mit Hochdruck ausarbeiten.» Das ist so ein bisschen der Standardspruch, den wir dauernd vom Stadtrat hören.

Das einzige konkrete Grossprojekt war Aquifer, unter der Führung von Stefan Fritschi wurde es wegen wirtschaftlichen Gründen gestrichen. Was heisst für Stefan Fritschi nicht wirtschaftlich? Am 30. August 2017 hat Stefan Fritschi am Landboten mitgeteilt, 2.2% sei nicht wirtschaftlich. Er hat dies dem Landboten vor der BBK mitgeteilt. Und dass der Verlust und das Risiko zu gross ist.

Dass durch die Streichung von Aquifer das Risiko ins Unermessliche steigt, dass der Auftrag der Bevölkerung mit Winergie aus dem Jahr 2012 nicht mehr zu erfüllt werden kann, wird eigentlich zur Kenntnis genommen und nicht einmal in Frage gestellt.

Es kann nicht sein, dass zwar der Gewinn der Stadtwerke jedes Jahr im zweistelligen Millionenbereich ist (das ist eine Rendite von etwa 10%, welche v.a. auf gebundene Tarife zurückzuführen ist), aber gleichzeitig ist kein Geld für die ökologischen Massnahmen vorhanden, weil Angst vor dem Risiko da ist und scheinbar bei ökologischen Projekten noch immer eine Traumrendite gewünscht wird.

Und die bürgerlichen Parteien – da schau ich jetzt wirklich einmal nach rechts (bzw. links von mir, sorry) - behandeln die Umsetzung von Winergie 2050 als «nice to have» und auch die FDP sagt, wir machen das aus Freiwilligkeit. Nur passiert aber danach nichts.

Wir reden hier von einem Auftrag der Bevölkerung. Es ist an der Zeit, dass der gesamte Stadtrat endlich den Auftrag der Bevölkerung aus dem Jahr 2012 annimmt und Massnahmen präsentiert, wie die CO₂-Emissionen in Winterthur reduziert werden können.

Wir von der GLP werden dieses Postulat überweisen.

F. Helg (FDP): Aus unserer Sicht war der Verzicht auf Aquifer richtig, weil die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes fehlte. Die Vertreter von Links-Grün, die gesprochen haben, verdrehen nun Ursache und Wirkung. Es ist aus unserer Sicht nicht der böse bürgerliche Stadtrat gewesen, der das Aquifer-Vorhaben zu Fall gebracht hat. Wenn Reto Diener jetzt sagt, der Esel stehe am Berg (das glaube ich zwar nicht, aber er sagt das so), dann muss man das beim Namen nennen: Es war nämlich letztlich die Politik des ehemaligen grünen Stadtrates Matthias Gfeller, die darauf angelegt war, das Aquifer-Projekt ins Abseits zu führen. Es ist noch nicht so lange her – aber vielleicht doch zu lange her, als dass man sich noch genau daran erinnern mag. Im März 2016 hat der Stadtrat bzw. Matthias Gfeller als Departementschef eine Doppelvorlage in den Rat gebracht (sie wurde danach zurückgezogen), in der 60 Millionen für das Aquifer-Vorhaben vorgesehen waren, und - zweitens - eine Einlage von 4 Mio. Franken in die Betriebsreserven von Energie-Contracting. Mit einem solch waghalsigen, rechtlich fragwürdigen und politisch heiklen Vorgehen wollte man Mittel aus den Betriebsreserven von Gashandel und Gasnetz herausnehmen und in die Reserven von Energie-

Contracting transferieren und so auf Biegen und Brechen eine finanzielle Grundlage generieren. So ging es dann eben halt nicht. Der Stadtrat hat sich bereiterklärt, Nachfolgeberichte zu entwickeln, einfach halt kleinere, und so ist dann auch die Finanzierung besser möglich. Das braucht natürlich auch ein bisschen Zeit, aber die Aussage, die Benedikt Zäch in seinem Eingangsvotum machte, man habe Aquifer ersatzlos gestrichen, unter Bezugnahme auf die Medienmitteilung, ist wohl nicht richtig. Der Stadtrat hat dort ausdrücklich gesagt, er wolle Wärmeverbundprojekte planen, die machbar und tragbar sind. Im kürzlich erschienenen Bericht, er wurde schon erwähnt, «Monitoring und Controlling zum Energiemassnahmenplan Energiekonzept», Geschäfts-Nr. 2018.37, wurde der momentane Stand der Dinge ausführlich dokumentiert. Das reicht aus unserer Sicht, zusammen mit den auch öffentlich bekundeten Absichten und dem Willen des Stadtrates, in dieser Sache weiter zu gehen und halt eben den Weg der kleineren Schritte zu prüfen.

P. Rütsche (SVP): Die SVP unterstützt weiterhin den Entscheid, auf Aquifer zu verzichten. Es war richtig, das Projekt nochmals zu überprüfen und die richtigen Schritte einzuleiten. Das Vorgehen des Stadtrates erachtet die SVP nicht als mutlos, sondern als Rückkehr in die Realität. Als Rückschlag für die langfristigen Ziele der Energie- und Finanzpolitik der Stadt Winterthur sind z.B. Projekte wie Biorender und die ehemalige Wärme Frauenfeld AG anzusehen. Beim letztgenannten Projekt hat sogar zusätzlich ein Rettungspaket gesprochen werden müssen. Wir unterstützen auch keine neuen zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten, wie es unter Punkt c beschrieben wird. Das bedeutet für uns, dass zukünftige Projekte wie Biorender oder Wärme Frauenfeld AG ohne Rücksicht auf Verluste künstlich erhalten werden sollen. Bei den Energieprojekten gilt es nun, nicht gedankenlos weiterzumachen, sonst haben wir in Zukunft gar nichts erreicht ausser viel Geld in den Sand gesetzt. Wir sind überzeugt, dass Stadtwerk Winterthur auch in Zukunft Lösungen und Alternativen bei den Energiezielen von Stadt, Kanton und Bund schaffen kann. Diese Energieziele stehen auch nach diesem Entscheid fest. Stadtwerk hat aufgrund der Energiestrategie 2050 einige zusätzliche schwierige Aufgaben zu lösen und umzusetzen. Das bedeutet aber auch einige technische Herausforderungen. Neben der Umsetzung der Energiegesetze müssen auch alle Stromzähler, wie wir alle wissen, zu Smart Meter umgerüstet werden. Das bedeutet automatisch auch neue Kommunikationssysteme zwischen den verschiedenen Zählern. Und das kann ich Euch sagen: Einfach ist das nicht. Die neuen Möglichkeiten für Produzenten von PV-Anlagen für die Bildung von Eigenverbrauchsgemeinschaften, die neu seit 2018 gebildet werden können, und zusätzlich noch die Entwicklung von Smart Grid in allen Energiethemen. Es macht also durchaus Sinn, wenn z.B. ein Einfamilienhausbesitzer die PV-Anlage auf dem Dach oben hat, dass man möglichst viel Eigenverbrauch selber nutzen kann. Da gehört halt auch dazu, überflüssigen Strom wie die Wärmeenergie bei einer Wärmepumpe umzuleiten. Das ist zurzeit das aktuelle Thema, an dem man arbeiten wird. Und wenn man noch mehr Energie übrig hätte, dann kann man z.B. das Elektroauto aufladen. Neben all den Aufgaben, die Stadtwerk Winterthur bewältigen muss, ist das Energieprofitcenter Energie-Contracting von Stadtwerk Winterthur immer noch nicht so, wie es eigentlich laufen sollte. Zur zukünftigen und langfristigen Energieentwicklung gehört es, das Risiko richtig abzuschätzen und die Finanzmittel richtig einzusetzen. Die SVP unterstützt das Postulat nicht und fordert den Stadtrat auf, auch in Zukunft energiepolitische Entscheidungen mit Bedacht und realistischen Grundlagen zu treffen.

B. Zäch (FDP): Ganz kurz auf das Votum von Felix Helg: Ich habe den Eindruck, dass die FDP noch nicht in der neuen Legislatur angekommen ist, wenn immer wieder von Stadtwerk die Rede ist, der Name «Gfeller» fällt... Ich möchte einfach an den Zeitplan erinnern. Der Stadtrat hat im Oktober 2016 angekündigt, er werde Aquifer prüfen. Er hat es fast ein Jahr lang geprüft und im August 2017 Aquifer ersatzlos gestrichen, ohne eine Alternative vorzulegen. Das ist die Kritik des Postulats. Wir kritisieren nicht, dass Aquifer aufgrund einer - im Moment - schwierigen wirtschaftlichen Situation sistiert wurde. Wir kritisieren, dass der Stadtrat nach fast zwei Jahren noch nicht in der Lage ist, wenigstens kleine Ersatzprojekte als Alternative zu bieten. Das ist der Punkt und das ist die Zielrichtung des Postulats.

R. Diener (Grüne/AL): Ja, lieber Felix Helg, man kann natürlich immer wieder etwas hervorziehen und versuchen, Vergleiche zu machen. Er ist überhaupt nicht passend und trifft hinten und vorne nicht zu. Wenn Ihr jetzt wieder Biorender aufwerft, das wirklich ein Risikoprojekt war, das wissen wir alle hier drinnen... Was wir da haben mit Aquifer – da muss ich sogar Benedikt Zäch ein bisschen widersprechen - das ist ein absolut technologisch klar beherrschbares und umsetzbares Projekt. Da ist nichts von Hochrisikotechnologie. Nichts, nada, niente. Aber, da gebe ich Dir recht: Wir haben ein Finanzierungsproblem. Das wissen wir alle, das ist völlig richtig. Aber deswegen einfach nichts machen, weil wir letztendlich gar keinen Auftrag haben, etwas umzusetzen – das kann nicht die Lösung sein. Und da kritisiere ich auch, dass man so lange einfach nichts gehört hat (Zeno Dähler hat das auch gesagt). Wir wissen nicht, ob das etwas geht oder was geht. Das kritisiere ich auch sehr stark.

Wir haben die Aufgabe, da wirklich etwas zu unternehmen, und innovative Ideen zur Finanzierung sind eben genau gefragt. Felix Helg, die Matthias Gfeller hatte, war nicht grundsätzlich schief. Sie folgte dem Prinzip, dass man sagt, man fördert Projekte im Bereich der erneuerbaren Energie mit Energie, die nicht erneuerbar ist (mit Abgaben darauf) – das ist genau das, was man national und auch weltweit mit den verschiedenen Mechanismen und Werkzeugen macht, mit denen man Fördermittel beschafft, mit denen man Lenkungen produziert. Man macht nichts anderes als genau das. Man besteuert die Formen, die nicht so erwünscht sind, oder belegt sie mit einer Abgabe, und fördert damit das, was man gerne hätte. Das ist ganz einfach, da ist nichts falsch daran.

St. Feer (FDP): Ich möchte noch etwas sagen zur linken Seite: Es war eben schon eine eher schiefe Idee von Stadtrat Gfeller. Wenn man schaut: Die CO₂-Einsparungen, die mit diesem Projekt geschaffen werden wollten, entsprechen 2 Mio. Liter Heizöl, die man jährlich verbrennt. Das kann man nachrechnen mit einem offiziellen Schlüssel, das ist weiter keine Kunst. Das ist etwas das, was 700 Einfamilienhäuser im Jahr brauchen. Wir verbauen heute im Markt ca. 20'000 Wärmepumpen im Einfamilienhausbereich, und das entspricht 700 Einfamilienhäusern, die man mit Wärmepumpen ausrüsten müsste – und für dieses Volumen, für diese Wirkung, möchte die Stadt 66 Mio. Fr. ausgeben. Das ist einfach kein Verhältnis. Selbst wenn die Stadt jedem Bürger, der das in ihrer Stadt machen möchte, eine Wasserwärmepumpe finanzieren würde, die 50'000 Fr. kostet, wären das nur 35 Mio. Fr., die das kosten würde. Und wir kommen mit einem Projekt, mit dem man CO₂ einspart für 2 Mio. Liter Heizöl für 66 Mio. Das steht einfach in keinem Verhältnis mit dem, was man heute in der Privatwirtschaft macht. Zudem hat man den Vorteil, dass die Wärmepumpen alle 20 Jahre ersetzt werden müssen und von daher der technologische Fortschritt laufend eingebaut wird in diese Zeitachse, in der Aquifer hätte stattfinden sollen.

M. Nater (GLP): Es enttäuscht mich ein bisschen, dass die FDP sagt, sie warte auf öffentliche Bekundungen, die dann irgendwann einmal kommen. Wir wollen Massnahmen sehen. Jetzt habt Ihr auch wieder erklärt, weshalb es nicht möglich ist. Wir wollen Lösungen sehen, wir wollen nicht immer nur sehen, was nicht geht, und von Alternativen hören, die da sein müssten. Wir wollen Lösungen und Massnahmen, dass sie einmal etwas aufzeigen können. Von daher ist das Postulat nötig. Wir wollen Massnahmen sehen, die man auch umsetzen kann, und nicht irgendwie ein Traumgespinnst oder Ankündigungen, die seit Jahren in der Luft liegen.

M. Gross (SVP): Ich sage nur kurz etwas zu Reto Diener. Er hat gesagt und heranzelebriert, dass Aquifer eine wunderschöne Anlage geworden wäre. Er hat die Leute im Quartier erwähnt, die da angeschlossen würden. Die müsste man dann ja zwangsweise anschliessen, denn die meisten haben schon eine Heizung. Man müsste alle Strassen, die jetzt neu gebaut wurden, die frisch asphaltiert sind, wieder aufreissen. Ich würde dann die graue Energiebilanz dieses Projektes einmal sehen wollen. Ich glaube, das wäre ein riesiger Schuss ins Blaue geworden, weil sich ausser den Grünen (ich hoffe, wenigstens die Grünen hätten sich dem angeschlossen und dann die Energie bezogen, die wahrscheinlich doppelt so teuer wäre als

die, die man sonst beziehen kann) kaum jemand hätte anschliessen lassen. Also das Projekt war sicher nicht sinnvoll.

Wo ich ihm aber recht gebe: Man könnte sicher andere Kleinprojekte machen. Dieses Projekt war aber sicher nicht sinnvoll und wäre ein weiterer Schuss ins Bein gewesen.

Stadtrat St. Fritschi: Aquifer ist ein grosses Projekt, ein Grossprojekt. Und ich muss leider Reto Diener sagen: Es ist nicht risikofrei. Es ist nicht so simpel oder so einfach oder so ausgereift, dass es einfach eine Wiederholung wäre von etwas, das wir schon an 7 anderen Orten hätten. Sondern es wäre ein Projekt gewesen in der Umsetzung, das sehr viele Risiken gehabt hätte – nicht nur technischer Natur, sondern auch wirtschaftlicher Natur. Es wäre ein Vorzeigeprojekt gewesen, es ist ein Projekt, das es noch nicht an vielen Orten gibt. Und von daher kann man sicher nicht sagen, es wären keine Risiken hinter diesem Projekt Aquifer. Im Gegenteil, es ist ein anspruchsvolles Projekt. Der Stadtrat hat sich Zeit genommen, um die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit wirklich lange zu überprüfen. Wir haben uns fast ein Jahr Zeit genommen zwischen 2016 und 2017, weil wir es uns nicht leicht machten, wir wollten nicht einfach locker sagen, wie es um diese Wirtschaftlichkeit steht. Wir nahmen uns Zeit und während dieser Zeit konnte man noch nicht an Alternativprojekten arbeiten oder sie entwickeln, denn man hatte ja immer noch die Hoffnung, dass sich das realisieren lässt. Man hatte immer noch die Hoffnung, mit Aquifer könne man einen Teil dazu beitragen, dass wir die Energieziele der Stadt Winterthur und der Schweiz erreichen können. Wir haben uns dann nach reiflicher Überlegung, nach vielen Expertisen, nach verschiedenen technischen, fachlichen Meinungen, zum Entscheid durchgerungen - und der war nicht einfach - dass wir Aquifer stoppen.

Und von da an sagten wir, wir suchen Alternativen. Und um Alternativen zu suchen, sind 15 (auch 20 oder auch 30) Monate keine lange Zeit. Denn man hat dann noch nichts. Man hat dann erst ein Projekt, das man nicht mehr weiterziehen kann, und man muss wieder von vorne anfangen.

Und die Grünen haben ja selber nicht an Aquifer geglaubt. Wieso habt Ihr denn nur eine Petition gemacht? Wenn Ihr an Aquifer geglaubt hättet, hättet Ihr eine Initiative machen müssen, denn dann müssten wir jetzt Aquifer umsetzen. Aber auch die Grünen wussten es ja im Innersten, dass Aquifer ein ganz schwieriges Projekt ist, und deshalb habt Ihr nur eine Petition gemacht, die uns nämlich die Freiheit gibt, auch etwas anderes zu machen.

Es ist nämlich so, dass Aquifer ein ganz schwieriges Projekt ist. Und wir haben die Wirtschaftlichkeit nicht auf 6-7 Jahre gerechnet, sondern das haben wir auch lange Zeit (ich weiss jetzt nicht, ob 20 oder 25 Jahre) gerechnet, mindestens über 20 Jahre hinaus.

Und wir müssen uns, ob Ihr das gerne habt oder nicht, an das Gesetz halten. Wir können nicht einfach, wenn wir beim Gas einen guten Gewinn machen, dieses Geld hinüberziehen und damit das Produkt Energie-Contracting subventionieren. Das dürfen wir nicht. Und da wärt Ihr auch die ersten, die da ausrufen würden, wenn wir da hin- und herschieben würden. Wir können auch nicht, wenn wir einmal ein gutes Jahr im Strom haben, dann das Geld einfach nehmen und dort hineintun, wo wir das Geld bräuchten. Und ich sage es Euch ehrlich: Zurzeit laufen die beiden Einheiten Strom und Gas sehr gut und bei Energie-Contracting haben wir leider sehr viele Projekte, die nicht die Zahlen ausweisen, die wir brauchen würden. Und das ist auch eine schlechte Voraussetzung dafür, dass man neue Projekte dazu nimmt, die dann noch schlechtere Ausgangslagen haben, die noch schwieriger sind um Geld zu generieren. Das ist eine sehr schlechte Voraussetzung. Und ich kann mich noch genau erinnern, wie Ihr mich gerüffelt habt, als wir über den Wärmering gesprochen haben hier. Da sagten alle Parteien, Stadtwerk hätte einen Fehler gemacht. Und auch dort war es ein innovatives, ein ökologisch sehr sinnvolles Projekt mit der Wärme Frauenfeld. Aber wirtschaftlich verheerend für uns als Steuerzahler. Am Schluss mussten wir 1.5 Mio. abschreiben aus den Steuergeldern. Und das können wir uns nicht ein 2. oder 3. Mal leisten, denn bei Biorender war es ähnlich. Ein 3. Mal können wir uns das nicht mehr leisten, das kann der Stadtrat gegenüber dem Steuerzahler und gegenüber dem Gebührenzahler nicht verantworten. Auch Biorender war ein ökologisch sehr sinnvolles Projekt.

Mir ist es ein Anliegen, dass wir wirklich einen grossen Teil dieser Tonnen CO₂, die wir da einsparen können, mit alternativen Projekten schaffen. Aber das geht nicht so schnell. Diese Projekte sind nicht so einfach zu finden. Zurzeit sind diese Wärmeverbünde in einem schwierigen Rank, das wisst Ihr alle. Die Gaspreise, die Ölpreise, sind tief. Und ich sage Euch, ich freue mich, dass letzte Woche der Ölpreis wieder ein bisschen gestiegen ist. Ich freue mich, denn das hat zur Folge, dass die Wärmeverbünde wieder ein bisschen besser rentieren. Aber ich bin leider nicht der, der das beeinflusst. Da hat es noch andere Leute, die da viel, viel mehr Einfluss haben als ich. Aber ich freue mich wie ein Kleiner, denn das hat einen Einfluss auf unsere Rentabilität vom Energie-Contracting. Und am Schluss auch auf die Realisierung der CO₂-Reduktion.

Aber was mich ein bisschen enttäuscht hat: Dass heute Abend keiner und keine gesagt hat, dass wir in der Zwischenzeit, seit Januar 2018, die Gasprodukte ökologisiert haben. Das hat zur Folge, dass wir dieses Jahr 3'000 Tonnen CO₂ weniger haben in der Bilanz. 3'000 Tonnen CO₂. Das ist ein deutlicher Erfolg. Wir konnten das schaffen dank den attraktiven Gaspreisen. Wir konnten das Standardprodukt, das wir anbieten, verbessern, ohne dass der Konsument das merkt, denn wir konnten gleichzeitig den Gaspreis auch noch reduzieren, da die Einkaufsbedingungen derzeit so attraktiv sind für das Gas. 3'000 Tonnen CO₂, und das jährlich - das ist viel. Wir hätten im Gesamten, wenn Aquifer umgesetzt worden wäre, nur etwa das Doppelte an CO₂ einsparen können. Ich möchte das nicht gegeneinander ausspielen, aber ich bin ein bisschen enttäuscht, dass Ihr das nicht zuvorderst auf Euren Zungen habt, dass Ihr auch sagen könnt, dass die Stadtwerke (auch wenn Ihr Aquifer nachtrauert) in der gleichen Zeit die Hälfte schon realisiert hat mit einer Ökologisierung des Gasproduktes. Es ist mir ein Anliegen, dass das wirklich noch betont wird.

Ich glaube, wir wehren uns nicht gegen die Überweisung des Postulats, aber es mir einfach ein Anliegen, hier zu betonen, dass das Zeit braucht. Man beginnt nochmals von vorne, man muss wirklich auf dem harzigen Boden der Wärmeverbünde oder von alternativen Heiz- und Wärmeverbünde schauen, wie wir zu Kunden kommen, wo wir zu Kunden kommen, wie können wir die Leute dazu bringen, dass sie zu uns kommen. Da müssen wir uns an das Legale halten, wir dürfen nicht einfach quersubventionieren. Wir müssen wirtschaftlich bleiben, das ist der Auftrag, den Ihr und das Volk den Stadtwerken geben. Wir können uns nicht einfach irgendetwas erlauben, bei dem wir am Schluss den Steuerzahler zum Sanieren brauchen. Das habe ich noch genau in den Ohren, als wir über den Wärmering gesprochen haben hier drinnen. Ich finde es wichtig, wenn Ihr uns dann in Zukunft auch unterstützt bei all diesen Anstrengungen, die es braucht, um diese Energieziele zu erreichen (CO₂, 2000-Watt-Gesellschaft). Das wird noch schwierig werden, es ist nicht nur ein einfacher Sonntagsspaziergang, um dorthin zu kommen. Am Schluss werden es Einzelne in der Stadt beim Portemonnaie merken, es ist auch nicht gratis. Und dann erwarte ich aber auch Zustimmung – und nicht nur jetzt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat «Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach Aquifer-Verzicht» überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist klar überwiesen worden.

23. Traktandum

GGR-Nr. 2017.147: GGR-Nr. 17.148: Begründung der Motion R. Diener (Grüne/AL), Ch. Meier (SP) und M. Bänninger (EVP) betr. ergänzende Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen

Ratspräsidentin A. Steiner: Motion «Ergänzende Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen». Der Erstmotionär Reto Diener bitte.

R. Diener (Grüne/AL): Kurz zur Einordnung dieses Vorstosses: Es geht eigentlich um die Thematik der unter Druck kommenden Frei- und Grünräume, einerseits natürlich mit der Bevölkerung, die wächst, auf der anderen Seite eben auch mit der Verdichtung, die wir uns selber überlegt haben, von der wir sagten, es ist sinnvoll, in diesen Bereichen, die bereits gut und dicht besiedelt sind, allenfalls noch ein bisschen zuzulegen, um eben nicht irgendwo auf der grünen Wiese noch mehr Probleme zu produzieren und noch mehr Verkehr auch in die Welt hinaus zu produzieren.

Aber damit wir das verträglich abwickeln können, damit wir einen Ausgleich schaffen können, haben wir ja bereits schon vor einiger Zeit eine Motion überwiesen, die die Gartenstadtqualitäten der Stadt Winterthur fördern will und beantragt, dass diese Gartenstadt- und Wohnqualitäten befördert werden. Wir erhielten ja daraus auch eine Umsetzungsvorlage, die jetzt in Kraft ist, nämlich die kleine Revision der BZO, die in den sogenannten «Quartiererhaltungszonen» eben diesen Ausgleich mit den Frei- und den Grünräumen sichert.

Mit dieser Motion möchten wir jetzt aber eigentlich noch einen Schritt weitergehen und insbesondere alle die anderen Areale, in denen ja auch gewohnt wird in der Stadt Winterthur (und das ist der viel grössere Teil als diese Quartiererhaltungszonen), auch mit einer kleinen Änderung oder einer kleinen Ergänzung in der Bau- und Zonenordnung so aufwerten, dass insbesondere die Grünräume im Freiraum auch ein bisschen gepflegt und erhalten werden können und für die Zukunft gesichert werden können.

Es geht da um einen ganz wichtigen Aspekt, der uns gerade im Kontext der Klimaerwärmung immer mehr beschäftigen wird, nämlich die Thematik der Wärme- und Hitzeinseln, der man sich in der Stadt zunehmend stellen muss. Wir durften vor kurzem die Publikation zur Kenntnis nehmen, die der Kanton machte, in der man sah, was man bereits heute schon an Hitzetagen in der Stadt Winterthur hat und wie sich das insbesondere gegenüber dem umliegenden Gebiet, z.B. dem Wald, natürlich massiv unterschiedlich zeigt. In der Stadt haben wir eine grosse Hitze im Sommer. Wenn die Klimaerwärmung weiter fortschreitet, wie man sie jetzt im Prozess hat, werden das immer mehr solche Hitzetage sein. Ein bisschen weiter draussen haben wir noch den Ausgleich. Aber der Ausgleich, auch der geht zurück.

Wenn man die Karte anschaut, in der die Prognosen stehen, die heute sehr realistisch sind, die heute eigentlich alle Fachleute als realistische Prognose anschauen, dann werden wir sogar in den Waldgebieten in Zukunft z.T. sogenannte «Hitzetage» mit über 30 Grad haben. Es ist also nicht so, dass wir uns einfach darauf verlassen können, dass unsere grüne Lunge, die wir rund um die Stadt haben, uns mit Kühlung versorgen wird. Deshalb ist es wichtig, und das sagen auch alle Experten, das sagt auch der kantonale Bericht ganz klar und deutlich, dass wir die städtischen Räume auch begrünen – überall dort, wo es möglich ist. Und da ist natürlich ganz besonders wichtig, dass wir relativ grosse Bäume haben. Büsche und Bäume sind ein richtiger «Kältefaktor», sie können eine richtige Kühlung produzieren im städtischen Raum. Ein grosser Baum kann durchaus ein Dutzend Klimaanlage ersetzen.

Dazu kommt, dass wir in den Grünräumen natürlich auch die Biodiversität weiter fördern können. Wir können die Vernetzung der Natur im städtischen Raum behalten, aufrechterhalten, vielleicht sogar auch verbessern.

Auch diese Biodiversität steht unter grossem Druck. Sie steht mit der Klimaerwärmung unter Druck, sie steht aber auch unter Druck in der intensiven Landwirtschaft, bei der wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir in der Stadt fast mehr Biodiversität haben als auf den Monokulturen in der Landwirtschaft.

Letztlich ist es so, dass wenn man die Leute fragt, dann wird man eine Mehrheit finden, eine klare, überwiegende Mehrheit, die sagt, Grün ist in der Stadt ein wichtiger Ausgleich. Parkanlagen sind ganz entscheidende Ausgleichsfaktoren zu den verdichteten Räumen, in denen man wohnt, in denen wir z.T. heute schon ziemlich nah zusammengerückt sind und nicht mehr so viel Platz haben dazwischen.

Wir haben aber sehr viele Areale in Winterthur, wo man die Gartenstadt noch sieht, wo man sie noch erleben kann. Wir gingen letzten Samstag mit verschiedenen Spaziergängern durch diese Stadt, im Zusammenhang mit einem Anlass des Forum Architektur, und schauten uns diese Räume an. Und wir sahen, es ist ganz entscheidend und wichtig, dass wir diese Grünräume in den besiedelten Gebieten erhalten. Und deshalb möchte ich damit (und da sind sich

die Motionäre einig) erreichen, dass man einen Anteil, nur einen relativen Anteil, vom heutigen Freiraum, der neben der Bauziffer oder der Baumasse, die auf einem Grundstück entstehen kann, eigentlich gegeben ist, dass nur ein prozentualer Anteil von diesem Freiraum künftig als Grünraum ausgeschieden ist und eben auf diese Art auch gesichert werden kann.

Es geht also ganz explizit nicht um eine Ausdehnung dieses Freiraums, sondern es geht nur darum, in der gegenwärtigen Zonierung (oder in einer künftigen Zonierung) – wie auch immer diese festgelegt ist, wie auch immer die Baumasse festgelegt ist, wie auch immer die Verdichtung festgelegt ist – den Rest des Raumes, der frei bleibt, auch mit Grün, mit Pflanzen, möglichst mit Büschen (dort, wo das geht von der Grösse her auch mit Bäumen) zu beleben und zu schützen.

In diesem Sinne möchte ich Euch dringend bitten, diese Motion zu unterstützen und auf diese Art sozusagen diesem 2. Programm der ursprünglichen Motion auch ein bisschen Schub zu geben, damit wir da einen Schritt weiter kommen und unsere Gartenstadt weiter erhalten können.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Seiten CVP/EDU-Fraktion, Zeno Dähler bitte.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion lehnen die Überweisung dieser Motion ab, weil sie für uns zu sehr in das Selbstbestimmungsrecht der Hauseigentümer eindringt. Dieser zusätzliche Schritt, den die Motionäre machen wollen, geht für uns zu weit. Deshalb stellen wir den Ablehnungsantrag.

Wir gehen davon aus, dass den Hauseigentümern bewusst ist, dass es klimafördernd ist, wenn man am oder rund um das Haus möglichst viel Grün hat. Deshalb braucht es diese Motion aus unserer Sicht nicht.

L. Jacot (SP): Ich freue mich sehr, da für die SP-Fraktion zu sprechen. Reto Diener hat schon sehr vieles ausgeführt, das mir auch wichtig ist. Es geht darum: In der 2016 nachgeführten Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur ist die Freiflächenziffer pro Nutzungsart ohnehin schon vorgegeben, in der Regel 20%. Es stimmt, natürlich ist es ein gewisser Eingriff in das Privateigentum, ob man da noch Auflagen macht, wie das genau frei gehalten werden muss. Konkret geht es da um die Versickerung, also dass die Bodenfläche nicht versiegelt wird, und dass man eine gewisse Begrünung hat.

Eingriffe in das Privateigentum, da sind wir uns wohl alle einig, darf man nur machen, wenn es wirklich übergeordnete, wichtige Interessen hat. Ich kann Euch sagen, das ist hier in jedem Fall gegeben, und zwar aus mehreren Gründen:

- Das Label «Gartenstadt Winterthur» ist nicht nur ein Marketing-Gag. Gerade für uns junge Leute ist das sehr wichtig und es macht die Lebensqualität da in Winterthur aus, dass die sehr hoch ist. Es ist auch ein Anziehungspunkt, wirklich, und wir denken, dass es wichtig ist, dass wir das behalten.

- Auch nicht ganz unwichtig ist das mit der Biodiversität. Man konnte erst in der letzten Woche immer wieder lesen, dass das in Winterthur nicht ganz optimal ist. Man kann nicht immer nur den Bauern auf dem Land Vorschriften machen wegen irgendwelchen Ackerränder und diese müssen schauen wegen der Biodiversität. Gerade wir Städter müssen da mit einem sehr guten Beispiel vorangehen und da auch etwas machen.

- Das für mich Wichtigste ist: Lassen Sie sich das von mir als Fachfrau sagen, ich habe das studiert an der ETH. Das ist eine enorm günstige Massnahme, um doch immerhin die extremsten Hitzeevents im Sommer abzufedern. Es ist so, wie Reto Diener es gesagt hat. Es ist enorm, wie in den Städten Hitzeinseln entstehen und man hat den Kühlungseffekt dort, wo man Pärke und grosse Bäume hat. Ich kann es Euch aus eigener Erfahrung sagen: Ich habe in den letzten 6 Jahren jedes Jahr Verwandte verloren, jedes Mal in der 2. Hitzeperiode des Jahres. Es ist nicht lustig, wenn diese Leute (klar, es sind meistens kranke oder ältere Leute), aber es ist auch für Angehörige nicht lustig, wenn diese ein paar Monate früher sterben. Denken Sie sich ein paar Monate Menschenleben – man kann das sehen in der Statistik, die To-

deszahlen steigen jedes Mal. Während auf dem Land letztes Jahr ein paar wenige Tropennächte (also Nächte über 20 Grad) waren, war es in der Stadt wochenlang über 20 Grad heiss in der Nacht. Das ist für den Kreislauf von jedem Menschen eine wirkliche Belastung. Auch junge Menschen haben mehr Herzinfarkte usw.

Ich finde, das geht es um Menschenleben. Und das ist ein übergeordnetes Interesse, das einen wirklich kleinen Eingriff in das Privateigentum durchaus rechtfertigt.

Natürlich werden wir diese Motion unterstützen und ich bitte Sie, diese auch zu unterstützen. Es ist wirklich relativ günstig mit einem relativ grossen Effekt.

M. Bänninger (EVP): Welche Qualität haben Freiflächen, wenn sie asphaltiert sind? Klar, man kann besser Skaten, Autos parkieren und sie geben weniger zu tun im Unterhalt. Wo bleibt dann aber der Charakter der Gartenstadt? Wir haben es gehört. Wo bleibt die Biodiversität? Sind es nicht genau diese Grünflächen, die Winterthur über die Stadtgrenzen hinweg bekanntmachen?

Ein Qualitätsmerkmal, das auch dem Einzelnen Lebensqualität gibt.

Mit einem 1/4 Fläche bleibt sicher genügend Platz, um auch seinen versiegelten Vorplatz gewinnbringend anzulegen und 3/4 Grünfläche werdet sicher bald alle zu schätzen wissen.

Wir sind für die Überweisung der Motion.

St. Feer (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der CVP/EDU-Fraktion. Dieser Vorstoss ist wieder einmal ein klassischer Angriff von unseren Regulierungsfetischisten der linken Seite. In diesem Fall haben sie sich einmal mehr auf ihr Lieblingsfeindbild, nämlich die Grundstückbesitzerinnen und Grundstückbesitzer in dieser Stadt, eingeschossen. Von wegen kleiner Revision: Ja, es wird da von einer kleinen Revision gesprochen, das ist aber äusserst heuchlerisch, denn es ist einfach ein Salami-Scheibchen mehr in einer Politik rund um die schleichende Beschneidung der Rechte dieser Liegenschaftenbesitzerinnen und -besitzer unserer Stadt.

Die Motionäre gehen davon aus, dass diese Regulierung und der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, den Charakter unserer Gartenstadt erhalten kann. Sie sprechen somit allen Liegenschaftenbesitzerinnen und -besitzer die Mündigkeit ab, die Eigenverantwortung rund ums Thema Gartenstadt auch tragen zu können. Das ist äusserst befremdlich.

Sie gehen auch noch weiter. Der Liegenschaftenbesitzer wird indirekt – ich betone: indirekt – als Gartenzerstörer dargestellt, der mit Beton, Teer und weiterem Baumaterial seinen Garten in Zukunft lustvoll versiegeln wird.

Die FDP-Fraktion steht auch ein für eine Gartenstadt, ist aber überzeugt, dass diese auch ohne zunehmende Regulierung erhalten und weiterentwickelt werden kann.

Noch 2-3 Bemerkungen zu Äusserungen der linken Seite: Ich nehme an, Reto Diener, die schillernd-glitzernd-weiss-schwarzen Steingärten können mit diesem Vorstoss nicht verhindert werden. Dort wird es weiterhin Hitzeinseln geben. Das ist schade. Das wäre für mich persönlich ein Grund, um diesen Vorstoss zu unterstützen.

Und weiter: Lasst einmal in dieser Stadt einen Baum wachsen. Es braucht von mindestens zwei Nachbarn viel Toleranz, dass man einen Baum (und zwar einen einheimischen Baum, ein ausländischer Baum bringt ja der Biodiversität gar nichts) wachsen lassen kann, denn dieser braucht Platz. Und für den Platz, den dieser Baum braucht, braucht es mindestens 1-2 Nachbarn, die die gleiche Gesinnung haben, damit man den Baum in die Höhe wachsen lassen kann. Das einfach noch zur weiteren Einschränkung des Ganzen.

Noch zur Biodiversität: Wenn jemand einen grünen Garten hat und Thuja und Lorbeer pflanzt, dann nützt das der Biodiversität auch nicht besonders viel.

M. Nater (GLP): Manchmal freut einen der Umstand, dass man in der Mitte ist. Wenn die Linken von Schreckensszenarios und von Toten sprechen und die Rechten von Fetischisten, dann freut man sich wirklich, dass man einer Mitte-Partei angehört, bei der es um die Sache geht.

Die Grünliberalen stehen ein für die Stärkung der Umwelt und aus liberaler Sicht wollen wir die Mittel dort einsetzen, wo die Stärkung am Grössten ist.

Das Ziel der Motion ist es, dass der Charakter der Gartenstadt langfristig erhalten bleiben kann. Dieses Anliegen könnten wir unterstützen.

Durch das Gesetz soll ein besserer Schutz der Grünbereiche in dieser Stadt eingeführt werden. Leider konnten mir die Initianten bisher nicht aufzeigen, ob dann die geplanten gesetzlichen Vorgaben einen Quadratmeter mehr oder weniger Grünfläche bringen würden. Das ist im Moment nur eine gesetzliche Vorgabe, und der Nutzen ist mir bisher schleierhaft geblieben.

In der neuen BZO haben wir einen Schutz des Grünbereiches bereits eingebaut und was wir auch haben: Wir haben eine linke Stadtratsmehrheit. Und ich glaube, diese wird sicher dafür sorgen, dass das Grüne in der Stadt eine Stärkung bekommt und diese grünen Faktoren dort entsprechend umgesetzt und gestärkt werden. Wir haben daher auch ganz klar die Erwartung an den Stadtrat, dass er die Qualität der Gartenstadt erhält oder besser noch steigert. Und dass er diesen Freiraum nutzt, um das entsprechend umzusetzen.

Wir von den Grünliberalen sind ganz klar für die Unterstützung der Natur und vor allem für den Erhalt und der Ausbau der Gartenstadt. Nur sehen wir bei dieser Motion keinen messbaren Nutzen, sondern zusätzliche bürokratische Hürden.

Daher werden wir diese Motion nicht unterstützen und überweisen.

H.R. Hofer (SVP): Wir werden auch nicht unterstützen. Wir wollen ähnlich wie die FDP keine zusätzlichen Regulierungen. Wir haben Vertrauen in die Grundeigentümer, wir wollen diese nicht weiter bevormunden, sondern ich glaube, jedem Grundeigentümer ist es auch wichtig, dass er einen Garten hat, dass er vielleicht Bäume hat, dass er Bepflanzung hat.

Zu Reto Diener möchte ich noch sagen zur Biodiversität in der Landwirtschaft: Ich glaube, Du kennst meine Grundeinstellung da. Ich möchte mich gerne einmal mit Dir unterhalten, das muss aber nicht im Rat sein. Ich finde es aber nicht statthaft, wenn Du da einfach schnell solche Hüftschüsse produzierst wie den, den Du mit Deinen Monokulturen von Dir gegeben hast.

L. Jacot (SP): Ich möchte noch eine kleine Antwort geben zum Thema Schreckensszenario. Das erschreckt mich, denn das zeigt eigentlich, dass offensichtlich extrem viele in diesem Rat noch nicht gemerkt haben, was die Stunde geschlagen hat. Schauen Sie sich die Statistiken an oder macht es Euch einfacher: Geht ins nächste Altersheim und fragt dort, wann die Leute sterben. Das ist ganz eindeutig. Man kann von Schreckensszenario sprechen oder nicht, aber das sind Statistiken, die mit Zahlen belegt sind.

Das andere ist: Klar, der Nutzen, dass es gleich sofort mehr Grünfläche gibt, den hat man nicht. Aber es gibt immerhin nicht weniger. Das ist auch schon ein Nutzen.

Der mit den ausländischen Bäumen: Da seid Ihr 10 Jahre hinten nach. Es gibt praktisch keinen einheimischen Baum, den man in der Stadt noch zum Wachsen bringt, wegen der Klimaerwärmung wird er nicht mehr gross. Das heisst man wird ausländische Bäume nehmen müssen, das wird übrigens auch in den Wäldern so sein, das kann man gar nicht mehr ändern.

Für die Biodiversität macht das nicht wahnsinnig viel aus, denn es geht uns nicht nur um die Biodiversität der Bäume, sondern ein Baum ist ein Lebensraum. Da geht es um viel mehr, auch um Insekten und Vögel und Säugetiere usw. Ich würde die Biodiversität nicht nur auf die Bäume beschränken.

R. Diener (Grüne/AL): Steingärten, wieso sollen diese nicht davon betroffen sein? Diese Argumentation war etwas abstrus. Selbstverständlich wäre es auch an diese adressiert, denn das ist natürlich eines der Themen, die uns beschäftigt, bei dem wir durchaus mit Dir zusammen der Meinung sind, dass das keine gute Entwicklung ist.

Ich möchte aber trotzdem noch 2-3 Sachen zu den übergeordneten Aspekten sagen und nun auch noch Markus die Antwort geben: Links-grün würde das fördern – im Moment sieht das so aus, wie das in diesem Kontext ist. Ich möchte aber daran erinnern, dass der Regierungsrat in einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage (der Regierungsrat, also nicht ein links-grünes dominiertes städtisches Parlament) geschrieben hat – ganz klar, deutsch und deutlich, ich zitiere: «Von Bedeutung dazu [um eben diesen Hitzeinseln entgegenzutreten] ist eine

ausreichende Versorgung mit Grün- und Freiflächen, Beschattungs- sowie Wasserelementen im Siedlungsraum sowie ein möglichst niedriger Versiegelungsgrad.» Diese Zielsetzung hat also auch der Regierungsrat. Und auch die schweizerische Eidgenossenschaft, liebe Linke – äh, liebe Rechte - die Eidgenossenschaft hat im Raumplanungsgesetz dazu einen ganz klaren und eindeutigen Passus, der nicht wegzudiskutieren ist: «Siedlungen sind so zu gestalten, dass sie möglichst viele Grünflächen und Bäume enthalten.»

Mit dieser kleinen Revision setzen wir genau das um, nämlich ohne oder mit wenig Kostenfolgen einen wertvollen Beitrag leisten, damit genau diese Vorgaben erfüllt werden können.

D. Oswald (SVP): Ich hatte eigentlich nicht vor, zu diesem Thema zu sprechen, aber ich möchte nun doch noch ein paar Dinge entgegenen.

Ich bin schon erschüttert über die Angstmache, die da stattfindet. Ich glaube, wir wissen es alle: Es gibt Leute, die wetterfühliger sind (da streiten sich die Fachleute darüber, ob es stimmt oder eben nicht), aber es ist immer die Frage, weshalb jemand stirbt. Aber das so in dieser Absolutheit in Zusammenhang zu stellen, ist, glaube ich, wirklich verfehlt. Dann müsste man auch die Ausflüge in die Höhe verbieten, weil die Höhe wahrscheinlich auch eine Auswirkung auf den Kreislauf hat und bei Leuten, die schwach sind, auch das ein Grund sein könnte. Ich glaube, das ist wirklich fehl am Platz, was hier drinnen gesagt wurde, das kann man so nicht stehen lassen.

Zur Klimaerwärmung usw.: Ich gebe Euch in dem Sinne recht, dass wenn man alles geteert hat um das Haus herum, dass es dann viel wärmer ist im Haus. Ich lebte 3 Jahre lang in einer solchen Wohnung. Ja, da war es wirklich nicht unbedingt angenehm. Auf der anderen Seite müssen wir uns schon auch bewusst sein: Ich war einmal an einem Vortrag eines Glaziologen. Dieser sagte, bei dem, was man in der Klimadiskussion als «normales Klima» bezeichnet, habe es in den Schweizer Alpen kein Eis gehabt. Ich weiss nicht, ob der mir einen Unsinn erzählt hat, ich bin kein Spezialist. Aber es ist eine Aussage. Klar ist es heute im Schnitt vielleicht wärmer als vor 30 Jahren, aber diese Veränderungen gibt es wirklich nicht erst heute. Es gab sie schon immer. Ich gehe davon aus, dieser Mann hat mir keinen Unsinn erzählt, als er das sagte, dass die Alpen über weite Zeiten eisfrei waren. Die ideologische Sicht, mit der Ihr dem nachrennt, ist wirklich daneben. Ihr müsst einmal einen halben Gang zurückschalten und wieder einmal den gesunden Menschenverstand einschalten, dann würdet Ihr keine solche unnötigen Vorstösse bringen.

Stadträtin Ch. Meier: Wir stehen tatsächlich vor einer sehr grossen Herausforderung. Wir haben ein prognostiziertes Bevölkerungswachstum und werden gezwungen sein, massiv verdichteter zu bauen, als wir das bisher gemacht haben. Auf der anderen Seite möchten wir selbstverständlich die Qualität und die Identität der Gartenstadt Winterthur bewahren. Gerade im Hinblick auf das innerstädtische Klima haben die Freiräume, die grünen Freiräume, eine grosse Bedeutung – ob man das will oder nicht.

Die Motion, über die wir sprechen, kommt aber leider zu einem denkbar blöden Zeitpunkt. Gesamtschweizerisch ist man daran, die Baubegriffe zu harmonisieren. Auf kantonaler Ebene ist am 1. März 2017 das neue Planungs- und Baugesetz in Kraft getreten. Wir haben jetzt die spezielle Situation, dass für Winterthur aber noch die alte Fassung gilt, weil Winterthur ihre BZO (wie alle anderen Gemeinden im Kanton auch) noch nicht an diese harmonisierten Begriffe angepasst hat. Diese Anpassung muss bis spätestens Ende Februar 2025 erfolgen. Im neuen PBG werden die bisherigen Freiflächenziffern neu durch Grünflächenziffern abgelöst. Diese beiden Regelungen unterscheiden sich grundlegend: So werden bei den neuen Grünflächenziffern (im Gegensatz zu den Freiflächenziffern) unbebaute, versiegelte Flächen nicht angerechnet. In der neuen BZO müssen wir die bisherigen Freiflächenziffern also durch Grünflächenziffern ersetzen.

Der Vorschlag der Motion geht bereits in die Richtung dieser Grünflächenziffern. Es macht jetzt aber wenig Sinn, in der noch nicht harmonisierten städtischen BZO einen neuen Artikel aufzunehmen, der bereits Begriffe aus dem harmonisierten PBG verwendet. Es wäre deshalb wünschenswert, dass die harmonisierten Begriffe in einer BZO einheitlich formuliert werden

würden und dass die Revision in Sprache, Überbegriff und Begriffsdefinition kohärent erarbeitet werden könnte. Das ist ein gesetzgeberisch anspruchsvoller Vorgang und wir werden uns in den nächsten Jahren intensiv damit befassen.

Der Stadtrat bittet sie deshalb, aus den dargelegten Gründen die Motion im Moment nicht zu überweisen. Wir werden aber bei der Revision der BZO den Grünflächen selbstverständlich die nötige Bedeutung geben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Motion «Ergänzende Bestimmungen in der BZO zu Frei- und Grünflächen» überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer die Motion nicht überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Damit haben Sie die Motion mit 26:28 Stimmen nicht überwiesen.

24. Traktandum

GGR-Nr. 2017.148: Begründung der Motion R. Dürr (Grüne/AL), B. Helbling (SP), S. Müller (EVP) und A. Steiner (GLP/PP) betr. Sanierung Unfallschwerpunkt Kreisel Seener-/Grüzelfeld-/ Etzbergstrasse

Ratspräsidentin A. Steiner: Neu ist das ein Postulat, wie in einer persönlichen Erklärung angekündigt wurde. Das Postulat «Sanierung Unfallschwerpunkt Kreisel Seener-/Grüzelfeld-/ Etzbergstrasse», das Wort hat Renate Dürr als Erstunterzeichnerin.

R. Dürr (Grüne/AL): Seit Mitte 2015 ist die neue Schweizer Norm für die Lokalisierung von Unfallschwerpunkten in Kraft. Seither ist der Kreisel Seener-/Grüzelfeld-/Etzbergstrasse nach dieser Norm als Unfallschwerpunkt lokalisiert worden. Externe Fachleute identifizieren diesen Kreisel sowohl aus verkehrsplanerischer als auch aus verkehrstechnischer Sicht als einen solchen Unfallschwerpunkt. Das Tempo ist dort natürlich auf 50 limitiert, aber die breiten Zu- und Ausfahrten verlocken immer wieder dazu, dass die Autos mit bedeutend höheren Geschwindigkeit zu und durch diesen Kreisel fahren. Gerade in Bezug auf den Langsamverkehr ist das ein grosses Risiko. Es werden öfters wartende oder abbiegende Velofahrer von schnell fahrendem motorisierten Verkehr überholt. Die Breite der Kreiselfahrbahn in Kombination mit dem Innenring ist deutlich zu gross, was weiter zur Folge hat, dass die Ein- und Ausfahrtsradien entsprechend zu gross und zu breit sind.

Bei der Ausfahrt Seenerstrasse Süd führt der Schutzstreifen für Fussgängerinnen und Fussgänger über zwei Fahrstreifen in der gleichen Richtung. Das Gesetz schreibt vor, dass zwischen Fahrstreifen in der gleichen Richtung, unabhängig von der Fahrbahn und der Fahrzeugmenge, eine Schutzinsel für Fussgängerinnen und Fussgänger bestehen muss oder angebracht werden müsste.

Bei der Schutzinsel für Fussgängerinnen und Fussgänger auf der Seenerstrasse Nord fehlt der vertikale Ansatz und ist entsprechend nicht behindertengerecht.

Die zentrale Beleuchtung des Kreisels in der Mitte und bei den Schutzstreifen für Fussgänger ist nicht normkonform.

Die Bushaltstellen sind nicht behindertengerecht ausgestaltet. Es fehlen hohe Haltekanten. Letztes Jahr habe ich wegen diesem Kreisel eine Schriftliche Anfrage gemacht. Ich wollte u.a. wissen, wenn schon alles aufgerissen wird, weshalb man dann diesen 2015 als Unfallschwerpunkt definierten Kreisel nicht gleich korrigiert. Zum einen geht es dabei ja um die Sicherheit von allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern, und zum anderen hätte die Stadt dort eine Stange Geld sparen können, wenn man das kombiniert hätte mit dem Austausch der Gas- und Wasserleitungen. Man hätte dann die praktisch gleichen Arbeiten mit dem Aufreissen der Strassen nicht 2 x machen müssen.

Der damalige Departementsvorsteher Josef Lisibach meinte dazu, dass die Zeit nicht gereicht habe, um diesen Prozess auf politischer Ebene rechtzeitig abzuschliessen, damit es gereicht

hätte, den Austausch von Gas- und Wasserleitungen und die Planung und Umsetzung zur Behebung des Unfallschwerpunktes miteinander zu verknüpfen und fertig zu stellen. Damit die Beseitigung des Unfallschwerpunktes jetzt trotzdem zügig geplant und vorangetrieben werden kann, bitte ich darum, das Postulat zu überweisen. Die Sicherheit unserer Bevölkerung sollte uns das wert sein.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Seiten CVP/EDU, Zeno Dähler.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich glaube, ich reagiere in Zukunft nicht mehr so schnell. Auch da, das Anliegen an und für sich ist berechtigt. Der Unfallschwerpunkt muss behoben werden. Wir haben aber gehört, dass es nicht mehr im Rahmen des jetzigen Projektes stattfinden konnte (aus zeitlichen Gründen). Wir hörten in der BBK auch, dass die Problematik erkannt worden ist und dass erste Massnahmen jetzt auch bereits eingeleitet worden sind. Warten wir ab, was diese bringen. Und dann gehe ich schwer davon aus, dass die Stadtverwaltung das wieder aufgreift, wenn diese Massnahmen nichts bringen. Ich bitte deshalb darum, die Ablehnung zu unterstützen.

B. Helbling (SP): Die Mängel beim Kreisel Seenerstrasse/Grüzefeldstrasse/Etzbergstrasse sind seit längerem bekannt. Trotz der zurzeit stattfindenden Sanierung wurden diese nicht behoben. Renate hat es vorhin schon ausgeführt. Der Kreisel übersteigt den Grenzwert der Norm, was Unfallschwerpunkte angeht. Es geht da wirklich um die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, die zahlreich – wirklich zahlreich – jeden Tag diesen Knotenpunkt befahren. Wir haben es gehört: Wir haben es umgeändert in ein Postulat, damit man das jetzt prüfen kann. Wir danken deshalb wirklich sehr für die Überweisung dieses Postulats.

S. Müller (EVP): Ich fahre täglich (fast täglich) über diesen Kreisel mit dem Velo. Und ich muss schon sagen, die ganze Bauerei jetzt war unangenehm und ich habe bis zuletzt gehofft, dass wir das Postulat – oder die Motion, die es damals war – gar nicht überweisen müssen, weil es im letzten Moment doch noch einfließt. Aber dem ist nicht so. Geht nicht, ist enttäuschend. Bei mir löst das doch ein bisschen Kopfschütteln aus, ich komme nicht ganz nach bei diesen Abläufen.

Jetzt ist es so: Wenn ich in diesen Kreisel hineinfahre mit dem Velo, dann mache ich das ganz bewusst voll in der Mitte. Das hat man ja eigentlich auch so gelernt, das ist so. Dann musst Du aber sehr penetrant sein und in der Mitte fahren. Wenn ein solcher Autofahrer kommt, der will jede Lücke ausnützen. Du musst also penetrant in der Mitte fahren, schon beim Einfahren, durch den Kreisel durch und auch beim Ausfahren – das ist relativ mühsam. Wenn ich mich richtig erinnere, führt die Veloprüfung regelmässig dort hindurch. Es gibt Verkehrsteilnehmer, die nichts daran hindert, den Platzhirsch zu markieren. Das finde ich ein grosses Risiko. Ich möchte nicht wieder warten, bis jemand überfahren wird dort. Das sage ich ganz deutlich. Ich finde es seltsam, dass man da nochmals einen Zusatzaufwand leisten muss und das nicht gleich behoben wurde bei der Bauerei jetzt.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, da wir es vorhin gerade von den Eigentümern hatten, als kleiner Vergleich. Wenn Ihr die Fassade macht bei Eurem Haus und ein Gerüst aufstellt, dann macht man im Normalfall auch noch gleich das Dach. Das ist wirtschaftlich. Das haben wir jetzt bei diesem Kreisel verpasst. Aber jetzt möchte ich von den Eigenheimbesitzern wissen: Wenn Ihr die Fassade gemacht habt, das Gerüst abgeräumt habt, und ein paar Jahre später rinnt das Dach – dann stellt Ihr nicht wieder auf? Dann müsst Ihr das Gerüst doch wieder aufstellen, denn wenn das Dach zu lange rinnt, dann gibt es auch ein Risiko (oder die Mitbewohner ziehen vorher aus). Deshalb möchte ich wirklich bitten: Helft mit, das Postulat zu überweisen – dann müssen wir es halt 2 x machen.

M. Nater (GLP): Ich mache es kurz: Die Grünliberalen unterstützen das Postulat. Aber auch da wieder: Das Problem bei diesem Kreisel ist bekannt, der Stadtrat sagt, sie treffen Massnahmen, der Stadtrat, er kümmere sich darum, und der Stadtrat sagt, sie arbeiten mit Hochdruck daran.

Wir haben kein gesamtheitliches Konzept, das da wirklich umgesetzt wird. Es wird gebaut, es wird wieder aufgerissen, und es wird wieder etwas Neues gemacht. Wir hätten an den Stadtrat schon die Erwartung, ein bisschen nachhaltiger in die Zukunft zu gehen.

Von daher unterstützen wir das in dem Sinn, dass die Sicherheit steigt und wir danach wirklich eine nachhaltige Lösung haben, die auch wirtschaftlich Sinn macht. Wir von der GLP werden der Überweisung des Postulats zustimmen.

Th. Leemann (FDP): Die Umwandlung der Motion in ein Postulat nehmen wir zur Kenntnis. Das Postulat ist bereits in der Schriftlichen Anfrage von Renate, wie sie gesagt hat, auf 6 Seiten zusammengefasst und klar beantwortet worden.

Am Anfang wird der historische Hintergrund des Kreisels von 1990 bis heute aufgearbeitet.

Von der Lichtsignalanlage bis zum heutigen Baustellenkreisel hat man vieles versucht.

Der Stadtrat hat dann 1995 auch eine Kostenplanung für den Kreisel abgegeben, man sprach von 3 Mio. Franken. Der Gemeinderat fand das etwas zu teuer und beschloss, dass man für 1.75 Mio. so baut, wie es jetzt ist.

Zurzeit werden Gas- und Wasserleitungen erneuert, weil sie ihre Lebensdauer erreicht haben. Während der Bauarbeiten um den Kreisel ist ein externes Ingenieurbüro (Verkehrsbüro) für die Planung der Verkehrsleitung und Sicherheit zuständig.

Ich selber, als Bauführer, der ich im Strassenbau tätig bin und im Tiefbau, ich habe schon manche Lichtsignalanlage umgebaut, schon an manchem Kreisel gearbeitet. Und ich musste sagen: Wenn man mit den Verkehrsingenieuren zusammenarbeitet, dann ist die Kapo auf dem Platz, der Vertreter des Kantons wie auch ein Verkehrsplaner. Und man geht das minutiös durch. Denn man muss immer Angst haben wegen Regress, wenn ein Unfall passiert. Und das möchten wir eigentlich gar nicht. Und deshalb bin ich fest davon überzeugt: Auch jetzt, während der Bauphase, ist man dort die Sache richtig angegangen. Es ist klar signalisiert «Achtung Baustelle – Augen auf»! Das gilt für alle. Das fängt bei den Fussgängern an und hört bei den Lastwagenfahrern auf.

Seit 2015 haben wir ja eine Norm, die zum Zug gekommen ist. Deshalb ist dann auch der Kreisel in den Unfallschwerpunkt hineingerutscht. Der Kreisel hat auch breite Zu- und Ausfahren, das führt zu einer hohen Geschwindigkeit und es gibt Einbiege- und Abbiegeunfälle. Weil die politische Durchsetzbarkeit eines Umbauprojektes noch nicht gegeben ist, wird bei diesem Kreisel zugewartet. Leider, wie auch schon gesagt, hat man die Chance vergeben, während den Bauarbeiten den Kreisel zu sanieren.

Der Stadtrat will nach der Wiederinstandsetzung des Kreisels mittel- bis langfristig die Mängel mit einem Projekt beheben. Das ist so auch in Ordnung.

Dass die abgenutzten Markierungen ergänzt werden, das ist auch richtig. Durch eine Verengung des Kreisels – das ist meine Ansicht – würde die Unfallgefahr erhöht werden, was auch nicht gut ist.

Sämi hat es auch gesagt: Schon in der Schule lernt man, wie sich ein Velofahrer in einem Kreisel zu verhalten hat. Er fährt in den Kreisel ein und bleibt in der Mitte, bis er wieder ausfährt. Dazu gibt es auch eine VCS-Broschüre. Nach dem Motto «Ab durch die Mitte im Kreisel».

Die FDP-Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen.

F. Albanese (SVP): Das Postulat verwendet einen altbekannten Lockvogel. Nämlich einen Lockvogel, der gleichzeitig die hehre Absicht einer besseren Verkehrssicherheit missbraucht, um nichts anderes als eine unnötige Redimensionierung eines Kreisels aus grünideologischen Gründen zu erzwingen.

Es ist fast müssig zu betonen, dass es zudem ein überaus heuchlerischer Lockvogel ist, weil eben die wahren Absichten und die wahren Motive nicht auf die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer bedacht sind, sondern lediglich auf das Bestreben, den Verkehrsfluss des MIVs an einer weiteren Stelle zu drosseln und zu behindern.

Dass es den Postulanten wirklich nicht um die sicherheitstechnische Instandstellung des Kreisel geht, zeigt die partielle Ignorierung der stadträtlichen Beantwortung der Anfrage, welche die Erstunterzeichnerin der ursprünglichen Motion vorab im September 2017 eingereicht hatte.

Dort wurde nämlich bereits vorausgeschickt, dass die im Laufe des Frühjahrs 2017 begonnenen dritten Etappe der Werkleitungserneuerungen, auch der Kreisel Seenerstrasse/Grüzelfeldstrasse/Etzbergstrasse zuerst zurückgebaut und später auf den neusten technischen Stand gebracht und erneuert wird. Diese Arbeiten sind mittlerweile weit vorangeschritten und die alten mangelhaften Markierungen und Signalisationen werden bald behoben sein. Das macht das Postulat ebenfalls überflüssig.

Der Stadtrat hat ausserdem mit Hilfe eines Auszugs aus der Verkehrsunfallstatistik der letzten 10 Jahren, ohne die verzeichneten Verkehrsunfälle irgendwie kleinreden zu wollen, belegen können, dass der besagte Kreisel kein besonders neuralgischer Unfallschwerpunkt ist. Ich habe auch gerade aktuell vernommen von jemandem, der vor Ort festgestellt hat, dass bereits auch Verengungsvorkehrungen zu erkennen sind beim neuen Stand dieses Kreisels. Wenn diese Beobachtung tatsächlich zutrifft, dann zeigt das nochmals, dass es nicht nötig gewesen wäre, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln, sondern man hätte diesen Vorstoss gleich direkt entsorgen können.

Aus diesen Gründen stimmen wir natürlich der Ablehnung zu und lehnen dieses Postulat ab.

R. Dürr (Grüne/AL): Franco Albanese, ich wurde auch von zwei verschiedenen Personen darauf angesprochen. Der eine war Sämi Müller, das andere eine Privatperson. Sie haben den Eindruck, der Kreisel sei nun doch ein bisschen enger als vorher.

Ich habe das abgeklärt im Departement Bau. Ich würde die Antwort, die ich erhalten habe, gerne zitieren, wenn Dir das recht ist, Christa. «Die Aussage, der Kreisel würde in der Geometrie verändert, um Ein- bzw. Ausfahrten zu verengen, ist nicht richtig. Richtig ist: Wir haben uns mit den Ingenieuren, welche den Kreisel erstellt haben, ausgetauscht bezüglich der Möglichkeit, durch minimale Geometrieanpassungen allfällige Defizite zu eliminieren. Nach einer kurzen Analyse zeigte sich, dass dies nicht möglich ist, weil jede Veränderung an einer Stelle Anpassungen an anderen Orten auslösen würde. Es wurde der Auftrag erteilt, den Kreisel unverändert wiederherzustellen. Zusätzlich wurde dem ehemaligen Ersteller der Anlage ein Auftrag zur Überwachung dieser Vorgabe erteilt.»

Man hat eigentlich den Ersteller beauftragt, den gleichen Unsinn wiederherzustellen.

Stadträtin Ch. Meier: Renate Dürr, vielen Dank, dass Du das noch richtiggestellt hast. Es ist also tatsächlich so, dass es keine Verengung gibt.

Ich bin ein bisschen perplex, dass die MIV-Fixierung tatsächlich so weit geht, dass eine nachgewiesene überdurchschnittliche Unfallzahl scheinbar dafür missbraucht werden soll, heuchlerische Anliegen zu deponieren. Soviel einfach noch zur Wortmeldung von Franco Albanese.

Ich bin dankbar, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Das gibt uns die Möglichkeit, diese Situation jetzt wirklich genau zu analysieren und herauszufinden, an was es liegt, dass es eben wirklich ein Unfallschwerpunkt ist. Es ist selbstverständlich in unserem Interesse, diese Situation so zu verbessern, dass die Verkehrssicherheit an diesem Kreisel erhöht werden kann.

In dem Sinne bedanke ich mich für die wahrscheinliche Überweisung dieses Postulats. Wir werden sehen, was wir machen können.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dafür ist, dass das Postulat «Sanierung Unfallschwerpunkt Kreisel Seener-/Grüzelfeld-/Etzbergstrasse» überwiesen wird, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit. Damit ist dieses Postulat überwiesen.

25. Traktandum

GGR-Nr. 2017.160: Begründung des Postulats Ch. Baumann (SP), S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse

und

26. Traktandum

GGR-Nr. 2017.161: Begründung der Motion S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Baumann (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse

Ratspräsidentin A. Steiner: Zum Traktandum 25 und 26: Es geht bei beiden um die Stadthausstrasse. Es wurde beschlossen, dass man die beiden Traktanden zusammen berät. Selbstverständlich werden sie dann getrennt überwiesen. Es ist einerseits ein Postulat, andererseits eine Motion. Ich gebe das Wort dem Erstpostulanten und dann der Erstmotionärin.

Ch. Baumann (SP): Da es zwei Vorstösse sind, schlage ich vor, dass wir zum Postulat den Erstpostulanten sprechen lassen, dann zur Motion die Erstmotionärin und dann erst allfällige Änderungs- oder Rückweisungsanträge aus dem Parlament entgegennehmen würden. Das Postulat und die Motion fordern ja eigentlich eine Umsetzung von dem, wozu wir 2 x schon positiv durch eine Volksabstimmung ein Bekenntnis dazu erhielten. Das war vor 45 Jahren das 1. und vor 33 Jahren das 2. Mal. Ich glaube, es ist ein Anliegen, das nun lange genug gegärt hat, dass man es jetzt auch in die Umsetzung schicken kann. Wir wissen aber natürlich, dass genau diese Vorlagen immer in den gleichen Kreisen mit den gleichen Argumenten dann auch wieder in Frage gestellt werden würden. Deshalb waren für uns sowohl das Postulat als auch die Motion nötig.

Es wird immer wieder gesagt, es sei gewerbeschädigend. Das Gegenteil ist aber der Fall. Wir wissen, dass die verkehrsbefreiten Zonen (Marktgasse, Steinberggasse, Neumarkt oder Oberer Graben) - auch wenn da noch wichtige Schritte fehlen (muss man auch noch anmerken) - doch sehr attraktive und auch florierende Zentren geworden sind. Zum Verweilen, zum Flanieren, aber auch zum Einkaufen.

Zur Verbildlichung nur ein Vergleich, wenn man das gleich zusammen auflegen kann, da sehen wir den Kontrast. Man sieht auch, dass es sicher für das Gewerbe eine sehr gewinnbringende Umnutzung ist von einem Ort (Oberer Graben), der früher als Durchgangsverkehr genutzt wurde. Nachher konnte man, weil man ihn auch von der Parkierung befreit hat, wirklich einen florierenden, attraktiven Ort für Winterthur schaffen, der ein Anziehungspunkt ist und auch wirtschaftlich einen sehr wichtigen Bestandteil unserer Stadt ausmacht. Niemand will wohl zurück zu einem Regime, wie es oben gezeigt ist am Oberen Graben. Ich glaube, die Geschäfte würden sich da wehren.

Nur damit es auch klar ist für die Ängste, die sehr wahrscheinlich auch schon wieder vorhanden sind: Zu- und Weglieferung von Waren ist natürlich immer gestattet, auch bei verkehrsbefreiten Zonen, wir kennen das vom Oberen Graben, auch wenn das noch von anderen Leuten auch immer wieder mal ausgenützt wird.

Wenn es aber immer noch Leute gibt, die an der Attraktivität von solchen verkehrsbefreiten Zonen, wie wir sie unten sehen, zweifeln, dann bitte ich Sie: Gehen Sie einmal in sich und überlegen Sie sich, wo Sie im Ausland oder in anderen Städten gerne verweilen, wo Sie die Attraktivität der Städte wahrnehmen (z.B. St. Gallen, Schaffhausen, Thun, Colmar, Prag, Danzig, Warschau), wo halten Sie sich auf, wo unterstützen Sie das Gewerbe, wo sind Sie in den Restaurants, wo kaufen Sie ein. Auch in Zürich kann man sich überlegen, ob man sich

lieber am Rosengarten aufhält oder am Rosenhof. Dann ist wohl relativ klar, welches der attraktive Ort ist.

Die positive Entwicklung der verkehrsberuhigten Altstadt sollte jetzt auch auf der Stadthausstrasse weitergeführt werden. Und die SP ist wirklich froh, dass für dieses Anliegen jetzt nach so langer Zeit sich auch wirklich Mehrheiten abzeichnen. Eine verkehrsberuhigte Stadthausstrasse hat ein immenses Potential. Für die Attraktivität und auch für die Lebensqualität. Es gelingt dann dort auch, den Konnex zum Stadtpark erschliessen zu können und den grossen Platz, der vor dem Oskar-Reinhart-Museum vorhanden ist, wirklich aufzuwerten.

Wir erwarten vom Stadtrat mit dem Postulat ein Konzept für eine Gestaltung dieses attraktiven, grossen, gewonnenen Aufenthaltsraumes.

Für die, die sich das jetzt noch nicht richtig vorstellen können, habe ich ein Bild gefunden. Es ist aus Zürich (Zürich ist auch am Planen von Plätzen), aber als ich das Bild im Tagesanzeiger sah, fand ich: «Wow! Das sieht ja aus wie bei uns.» Ihr seht auf der rechten Seite eigentlich einen Stadtpark – es ist aber eine Abbildung aus dem Hochschulquartier – und auf der anderen Seite wirklich die Verbindung zu einer Stadthausstrasse. (Ich weiss, die Grünliberalen hätten jetzt grosse Freude am Tram, das haben wir auch schon behandelt hier drinnen. Ich glaube, das haben wir bezüglich des Strassenraumes und der Kosten diskutiert.)

Aber wir wünschen dem Departement jetzt natürlich auch, sich an diese Arbeit machen zu dürfen, einen mutigen, grossen städtebaulichen Entwurf zu machen, damit wir wirklich für Winterthur und seine Bevölkerung einen grossen Schritt vorwärts machen können, eine Aufenthaltsqualität produzieren können in dieser Strasse und sicher auch eine soziale und wirtschaftliche Aufwertung unseres Stadtzentrums in Angriff nehmen können.

Ich danke für die Überweisung des Postulats, aber auch der Motion, die jetzt meine Kollegin noch begründen wird.

S. Gygax (GLP): Ich spreche auch zuerst zur Motion, danach aber noch ein paar Worte zum Postulat, das haben wir vorher so besprochen.

Wir Grünliberalen sind seit ca. 2011 daran, das Thema Stadthausstrasse immer ein bisschen am Laufen zu behalten, sei das mit einem Vorstoss oder in einer Fragestunde, denn wir finden es wichtig. Das wurde schon 2 x an der Urne beschlossen, dass man eine Verkehrsberuhigung an der Stadthausstrasse durchführt. 1973 wurde das so beschlossen und wiederholt wurde das 1985. Diese Verkehrsberuhigung wurde aber bis heute nur stellenweise umgesetzt, sprich im untersten Bereich.

Der Durchgangsverkehr, der täglich immer noch durch diese Stadthausstrasse geht, der bringt weder dem Gewerbe noch den Museen noch den Anwohnenden irgendeinen Mehrwert. Da müssten Sie mir einmal sagen, was das genau sein könnte. Im Gegenteil, er belastet diese zentrale Strasse. Eine Verkehrsberuhigung könnte die Stadthausstrasse deshalb markant entlasten. Das schrieb sogar der damals noch bürgerliche Stadtrat in seiner Antwort auf eine Interpellation im Oktober 2017. Das würde natürlich auch diesen Raum im Herzen von Winterthur viel attraktiver machen.

Die Stadthausstrasse soll aber, und das hat Christoph auch schon gesagt, für Zubringerdienst, Bus, vielleicht irgendwann auch einmal Tram, Taxis und Velos befahrbar bleiben. Dadurch wird weder das Gewerbe noch der ÖV noch der Langsamverkehr beeinträchtigt. Wir wünschen aber, dass für die verbleibenden Verkehrsteilnehmer eine angemessene Geschwindigkeitsreduktion eingeführt wird.

Wir möchten deshalb den Stadtrat beauftragen, eine «Entwidmung», wie das juristisch heisst, der Stadthausstrasse zu prüfen oder auch ein allgemeines Fahrgebot zu prüfen. Für eine solche Entwidmung ist in Winterthur der Grosse Gemeinderat zuständig. Das ist nicht in jeder Gemeinde so, aber das wurde abgeklärt, hier ist der Grosse Gemeinderat dafür zuständig. Es ist nämlich an der Zeit, dass dieser Volksentscheid (oder die zwei Volksentscheide) endlich umgesetzt werden und die Stadthausstrasse ihre Verkehrsberuhigung bekommt. Damit tragen wir der Vergangenheit Rechnung, aber wir legen auch einen wichtigen Grundstein für die Gestaltung unserer Stadt für die Zukunft.

Wir bitten Sie deshalb, diese Motion zu überweisen.

Nach einer Verkehrsberuhigung braucht es ja auch noch gestalterische Massnahmen, deshalb ist die Verkehrsberuhigung nur der 1. Schritt, um den Stadtpark und die Altstadt besser zu verbinden. Wir brauchen deshalb eben auch noch ein Konzept für die Aufenthaltsqualität dieser verkehrsberuhigten Stadthausstrasse. Und das wäre nun eben das Postulat, bei dem die SP Ersteinreichende ist. Es braucht nämlich einen zusammenhängenden Raum zwischen Altstadt bis hin zur Museumstrasse. Das würde die angrenzenden Museen besser an die Altstadt anbinden, es wäre aber auch für die Gastrobetriebe in diesem Raum attraktiv. Die grosse freie Fläche in unmittelbarer Nähe zum HB und zur Altstadt ist attraktiv für den Tourismus, für die Kultur, für die Lebensqualität und sie wirkt eben auch entschleunigend auf Bewohnende und Besucherinnen und Besucher unserer Stadt.

Zürich hat das schon gemacht mit dem Limmatquai vor 10 Jahren. Dort wurde die Strasse für den Durchgangsverkehr gesperrt. Und man hat dort viel gewonnen. Man hat jetzt, 10 Jahre später, eine Befragung gemacht. Praktisch alle Gewerbetreibenden (natürlich mit den obligaten Ausnahmen) sind zufrieden mit dem Zustand jetzt und finden ihn besser als damals, als es dort noch Durchgangsverkehr gab.

Wir müssen hier die Möglichkeiten von Winterthur nützen. Wir haben keinen Fluss, wir haben keine Limmat, wir haben keinen See, wir haben auch kein wunderschönes Schloss in der Altstadt. Wir müssen deshalb mit städtebaulichen Massnahmen die Stadt gestalten, Schritt für Schritt. Und da müssen wir die vorhandenen Ressourcen optimal nutzen. Nur so können wir wirklich einen nachhaltigen Mehrwert für die Bevölkerung, aber auch für die lokale Wirtschaft, das Gewerbe, die Kultur und den Tourismus schaffen.

Darum bitten wir Euch, auch das Postulat 2017.160 mit zu überweisen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt Ablehnungsanträge. Ich wage es fast nicht zu sagen: Zeno Dähler.

Z. Dähler (CVP/EDU): Genau. Wir von der CVP/EDU-Fraktion lehnen sowohl das Postulat wie auch die Motion ab und stellen die Ablehnungsanträge für beides.

Beim Postulat möchte man die Erhöhung der Belebungs- und Aufenthaltsqualität erreichen. Die Aufenthaltsqualität ist extrem Ansichtssache. Wenn ich mich - gerade heute, an einem solch heissen Tag - durch die Stadthausstrasse bewegen möchte, dann am liebsten in einem klimatisierten Auto... Eine hohe Aufenthaltsqualität auf der Stadthausstrasse ist der MIV. Die Belebungsqualität ist etwas anderes. Die Belebungsqualität ist eine relative Konzentration von Einrichtung und Infrastruktur in Bezug auf die Einbindung in der Quartierplanung und bei der übergeordneten Stadtplanung. Das ist die einzige Begründung, die gefunden habe auf Google. Aber was heisst eine Konzentrierung in der Altstadt? Das ist Shopping und Freizeit, und Freizeit v.a. in der Nacht. Shopping führt zu Mehrverkehr und Partygänger in der Nacht zu Nachtruhestörungen. Entsprechend ist auch eine Erhöhung der Lebensqualität auch zwingend ein Nachteil für die Aufenthaltsqualität.

Wenn man die wenigen privaten Autos auf der Stadthausstrasse auch noch weghaben möchte, das ist wahrscheinlich ein kleiner Unterschied, dann kann man das mit einem Fahrverbot erreichen, aber sicher nicht mit Tempo 30. Tempo 30 hat aber ganz andere, gewaltige Nachteile für die Stadthausstrasse. Denn die Stadthausstrasse ist eine Busautobahn. Der Bus hätte 50% reine Fahrzeit länger, wenn man die Stadthausstrasse auf Tempo 30 reduziert. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit Millionen gesprochen - gerade z.B. um am Ende der Stadthausstrasse den Bus ein bisschen schneller aus der Stadthausstrasse fahren zu lassen - aber jetzt verlangsamt man ihn um zig Sekunden, und das im Idealfall. Denn bei Tempo 30 kann dann jeder Fussgänger hineinlaufen. D.h. der Bus fährt danach nicht 30, sondern er fährt noch Schritttempo und hat noch viel länger. Und nicht nur der Bus, auch die Velofahrer sind gegenüber den Fussgängern vortrittspflichtig. Es ist also nicht nur für den Bus ein riesiger Nachteil, sondern auch für die Velofahrer.

Die Situation ist aus unserer Sicht an der Stadthausstrasse gut, so wie sie jetzt ist. Man muss sie nicht viel weiter verbessern. Und deshalb lehnen wir die beiden Vorstösse ab.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir die Auslegeordnung vor dem Nachtessen noch geschafft. Wir unterbrechen die Diskussion an dieser Stelle.

Wer noch die Blickweise aus Sicht Touristin/Tourist haben möchte, kann die beiden Touristen hinten im Ratssaal fragen. Meine Schwester, die in Seattle wohnt, konnte leider nicht an meiner Wahlfeier teilnehmen, aber es freut mich, dass Du heute hier bist.

Ich wünsche allen Guten Appetit.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse zur Abendsitzung. Die Uhr im Rathaussaal geht tatsächlich ein bisschen vor, aber wenn es dann ums Heimgehen geht, schaut Ihr auch auf diese Uhr und deshalb fangen wir jetzt so an, wie es die Uhr anzeigt.

Ob wir heute früher heimgehen, entscheidet Ihr alle – und entsprechend legen wir gleich los. Wir kommen zur Diskussion von Postulat und Motion in Bezug auf die Stadthausstrasse.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich kann wirklich auf das Votum von Silvia Gygax und Christoph Baumann verweisen und kann es eigentlich in einem Satz zusammenfassen und dann noch eine kleine Ergänzung machen. Wir wollen wirklich, dass das Aufwertungspotential, das die Stadthausstrasse hat, jetzt wirklich ausgespielt wird. Punkt und basta. Und alles andere wurde gesagt.

Und bezugnehmend auf Zeno: Ich möchte schon darauf hinweisen, wenn ich auf der Stadthausstrasse bin, ich sehe keinen Bus, der mehr als 30 fährt. Meistens hat er z.B. ein Problem, weil er mich auf dem Velo nicht überholen kann, weil nämlich irgendwelche Autos parkiert sind, weil genau auf der anderen Seite ein Bus entgegenfährt und der Bus so breit ist, dass das dann wirklich nicht reicht. Er fährt nie und nimmer mehr als 30 und es wird kein Problem geben.

M. Bänninger (EVP): Geschätzter Christoph, ganz herzlichen Dank für Dein Bild, für die Inspiration von dazumal und heutzutage. Ich möchte nicht zurück und ich bin froh, hat Winterthur diesen Schritt gemacht mit der Entwicklung des Grabens und ich denke, das ist auch bei der Stadthausstrasse möglich.

Die Winterthurer Stimmbevölkerung sagte klar und deutlich Ja. Behalten wir doch diesen Stein am Rollen und geben noch einen zweiten und dritten Anstoss und entwickeln das Ganze weiter. Wir von der EVP erachten es als wichtig, dass wir eine Vorlage bekommen, bei der die Stadthausstrasse nicht nur vom Verkehr entlastet wird, sondern eine Vorlage, die die Stadthausstrasse für die Bevölkerung attraktiver macht.

Die Stadtplanung hat mit dem Konzept Rudolfstrasse im Projekt Rampe 21 eine gute Vorlage ausgearbeitet. Wir sind überzeugt, dass das auch für die Stadthausstrasse möglich ist.

Wir werden beidem zustimmen.

D. Oswald (SVP): Nur kurz etwas nebenbei bezüglich Effizienz, was bei der Konstituierung ein Thema war. Wenn man pünktlich hier wäre und weniger reden würde, könnte man die Begrüssung der Anwesenden gut einrechnen. Das wäre auch ein Beitrag zur Effizienz.

Aber jetzt zum Geschäft: Wir von der SVP unterstützen den Rückweisungsantrag dieser beiden Geschäfte bezüglich Stadthausstrasse. Ich möchte den Ball gleich beim Bus aufnehmen, bei dem gesagt wurde (da gebe ich Christian Griesser recht), es ist eine Tatsache, dass aktuell der Bus nicht mit mehr als 30 die Stadthausstrasse hinauf- und hinunterfährt. Das ist grundsätzlich nicht das Problem. Aber es zeigt auch, dass ja auf dieser Stadthausstrasse eigentlich schon sehr wenig Verkehr ist und dass man sich als Fussgänger oder als Nutzer des Langsamverkehrs sehr gut auf der Stadthausstrasse bewegen kann. Die Frage ist dann, was ist der zusätzliche Nutzen einer weiteren Beruhigung?

Ich möchte da kurz auf Zahlen kommen. Es wurde gesagt bei einem früheren Vorstoss, was das «erheblich» des Stadtrates bedeute. In der Antwort des Stadtrates ist das «erheblich»

dann auch ein bisschen quantifiziert. Man hat in der Hauptverkehrszeit, d.h. zwischen 17 – 18 Uhr abends einmal gezählt. Da sind 600 Velofahrer, 40 Motorräder und 280 Motorfahrzeuge inkl. Busse. Und wenn wir schauen im Fahrplan, wie viele Busse dort verkehren, wie viele Linien pro Stunde, mit der Gegenlinie noch, dann komme ich sicher auf ca. 100 – 120 Busse in dieser Stunde, die hinauf- und hinunterfahren. Dann sind wir also noch bei 160 Motorfahrzeugen. Dann schauen wir den Ziel- und Quellverkehr an, der dorthin geht. Bei den Autos, die dort durchfahren, die vielleicht nicht dort durchfahren müssten, sind wir massiv unter 100 meiner Meinung nach. Und das ist dann wohl glaube ich kaum mehr der Rede wert.

Wenn man das Potential vom Verweilen wirklich anschauen will, dann gibt es da auch verschiedene Blickwinkel, die man in Betracht ziehen muss. Erstens: Wenn man das Bild vom Oberen Graben Realität werden lassen möchte, dann heisst es ja, wir müssen auch den Bus und sämtlichen Verkehr wirklich wegbringen, sonst kann man das dort gar nicht so realisieren. Und dann hat es noch einige weitere Effekte: Dann fragt man sich, was ist dann mit der Museumstrasse, was ist mit der St.-Georgen-Strasse? Dann funktioniert dort der Verkehr nicht mehr so und dann haben wir ein wesentlich anderes Problem, wenn wir dort Busse durchführen müssen. Und dann sind wir bei einem weiteren Beschluss, den die Stimmbevölkerung von Winterthur, sogar vom ganzen Kanton, letztes Jahr gefasst hat. Sie hat nämlich den Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative der SVP angenommen, auch in der Stadt Winterthur. Das heisst, wenn wir also massive Veränderungen wahrnehmen würden, dann müssten wir dort Kapazitäten schaffen für die St.-Georgen- und Museumstrasse. Das kann man, wenn man das Portemonnaie dafür öffnen möchte, aber bisher ist mir nicht bekannt, dass die linke Ratschälfte für Verkehrsinfrastrukturprojekte, wenn sie nicht ausschliesslich dem ÖV dienen, das Portemonnaie öffnen will.

Das ist die eine Seite. Wir müssten, um das Verweilen realisieren zu können, wirklich komplett Bus und alles wegnehmen von dieser Stadthausstrasse. Das kann wohl nicht ganz das Ziel sein.

Ein weiterer Punkt ist: Verweilen – ja, wie viel Bedürfnis und Nachfrage gibt es nach diesem Verweilen? Wir haben die Steinberggasse, die (wenn nicht gerade Markt, Musikfestwochen oder Albanifest ist) ziemlich leer ist. Dort wäre noch Raum, den man sich für das Verweilen einrichten könnte. Da ist in dem Fall nicht eine wahnsinnige Nachfrage vorhanden. Ich glaube auch nicht, dass das Verweilen der Bevölkerung primär gesteuert ist durch die Angebote, die vorhanden sind, es sind schon genügend vorhanden. Es ist bei den meisten Leuten vielmehr eine Frage des Portemonnaies, ob sie sich das Verweilen überhaupt noch leisten können. Auch dort bin ich der Meinung, wir haben genügend Raum zum Verweilen. Ich persönlich kann es verstehen, es hat niemand Freude, wenn er viel Autolärm hat. Das sind wenige, das ist klar. Es ist jedem die Ruhe zu gönnen usw., aber da hat man in der Stadt Winterthur durchaus viele Möglichkeiten.

Dann möchte ich doch noch auf den Limmatquai in Zürich zurückkommen, der angesprochen wurde. Dort ist es einfach ein bisschen eine andere Situation. Man hat die Limmat nebendran oder auch das Gewerbe, das erwähnt wurde. Wenn man etwas verändert, verändern sich auch die Mieter und Gewerbetreibenden entsprechend. Die einen gehen vielleicht weg, weil sie auf einen funktionierenden Privatverkehr angewiesen sind. Andere kommen hin, weil sie das nicht so sind. Wenn ich dann nach 10 Jahren oder länger nach dieser Veränderung frage, ist es logisch, dass die, die noch dort sind, sagen, dass es ihnen passt. Denn die anderen, für die es nicht mehr passt, die sind sehr wahrscheinlich vorher schon gegangen oder die Geschäftsleitung sagte, sie müssten aufgeben. Von daher ist das nicht ganz stichhaltig. Wir von der SVP sind der Meinung, diese zwei Vorstösse braucht es nicht. V.a. wenn man wirklich das machen möchte, was die Postulanten und Motionäre fordern, dann ist es eine komplette Schliessung der Stadthausstrasse, der Bus und alles wegnimmt. Dann hat es aber weitere Kompetenzen, die da nicht aufgeführt sind in den Vorstössen.

Es ist auch noch ganz wichtig zu sagen: Bei den 280 Motorfahrzeugen sind auch die Taxis dabei. Es hat sehr viele Ärzte an der Stadthausstrasse. Wir dürfen auch nicht vergessen: Sehr viele ältere Leute werden privat betreut, da fährt ein Privater die Mutter oder Grossmutter zum Arzt und holt sie dann wieder ab. Da müssen wir uns auch fragen, ob das dann nachher noch gewährleistet ist oder nicht. Wenn wir wieder bei den 280 Motorfahrzeugen sind –

wenn wir sagen, dass das beruhigt sein soll, aber Taxis und Privatfahrten zum Arzt usw. doch noch möglich sein sollen, dann ist der Effekt der Beruhigung schlicht nirgends und dann hat es nichts genützt.

Von daher glaube ich, das ist mehr ein Sturm im Wasserglas. Lehnen Sie das ab. Das hat keine Wirkung im Ziel, wenn man nicht wirklich sagt, man schliesst es komplett. Und dann hat es aber Auswirkungen auf die Stadt Winterthur, die man noch genauer anschauen müsste, die nicht im Rahmen dieser zwei Vorstösse abgehandelt werden könnten.

Danke, wenn Sie den Ablehnungsantrag unterstützen.

R. Heuberger (FDP): Gleich nach dem Votum von Dani Oswald nehme ich die vielleicht ein bisschen überraschende Botschaft vorweg: Die FDP-Fraktion sieht in der Sperrung der Stadthausstrasse für den Durchgangsverkehr eine Chance zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im nördlichen Teil der Altstadt und zur Förderung des ÖV-Hochleistungskorridors in diesem Abschnitt. Deshalb wird sich die FDP-Fraktion heute nicht gegen die Schliessung der Stadthausstrasse äussern. Wir lehnen die Motion zur Verkehrsberuhigung der Stadthausstrasse trotzdem ab, das Postulat werden wir aber unterstützen.

Unsere Begründung: In der Altstadt von Winterthur liegt die grösste aneinanderhängende Fussgängerzone der Schweiz. Dass diese massgeblich zur Attraktivität von unserer Altstadt beiträgt, wissen wir alle – das ist unbestritten. Die Frage, wo sich heute jedoch stellt ist, ob mit der Schliessung der Stadthausstrasse für den Durchgangsverkehr als einzelne und losgelöste Massnahme auch im Bereich Altstadt Nord tatsächlich eine massgebliche Attraktivitätssteigerung erzielt werden kann. Und da muss ich schon sagen, Christoph, es ist eigentlich klar, dass der Graben nicht vergleichbar ist mit der Stadthausstrasse, denn der ÖV, wie Daniel es gesagt hat, wird bleiben. Wir haben sehr viele Busse, die dort fahren, und das wird bleiben, wie es heute ist.

Wenn wir heute tatsächlich dieser Motion über die Sperrung der Stadthausstrasse zustimmen würden, machen wir dies, ohne das tatsächliche Entwicklungspotential des Gebietes zwischen der Stadthausstrasse und der Museumstrasse zu kennen. Die FDP-Fraktion fordert deshalb eine Gesamtschau und eine Gesamtgestaltungs-idee für die Entwicklung des Gebiet Stadthausstrasse/Museumstrasse, bevor wir einzelnen möglichen Massnahmen wie die Sperrung von der Stadthausstrasse zustimmen würden.

Das Postulat «Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse» ermöglicht genau diese Gesamtschau. Zusammen mit dem Betriebs- und Gestaltungskonzept der Technikumstrasse, das sich ebenfalls in Planung befindet, ergibt sich allenfalls sogar eine erweiterte Gesamtbeurteilung über das innerstädtische Verkehrskonzept im Parameter Altstadt. Bei diesem Gesamtkonzept sollen einerseits die Bedürfnisse der urbanen Bevölkerung nach einer Verkehrsberuhigung im Stadtzentrum Eingang finden. Andererseits soll aber auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass sich die gleiche urbane Stadtbevölkerung attraktive Einkaufsmöglichkeiten in der Altstadt wünscht. Um einen vielfältigen Detailhandel zu erhalten, braucht es zwingend auch auswärtige Kunden und Zulieferer. Auch so kämpfen einige der zahlreichen Winterthurer Kleinunternehmer, die in der Altstadt angesiedelt sind, schon heute ums Überleben und ihren Fortbestand. Ich persönlich möchte keine Altstadt, die nur noch aus gemeinnützigem Wohnungsbau und 1-2 H&M's besteht. Deshalb muss in einer Gesamtbeurteilung über das Gebiet Stadthausstrasse/Museumstrasse auch darauf geachtet werden, dass die Läden in der Altstadt gut mit dem MIV - und zwar von allen Seiten - erreichbar bleiben.

Die FDP-Fraktion wird heute nicht Ja sagen zum Spatz in der Hand, sondern wir wollen massgeblich dazu beitragen, dass aus dem Gebiet Stadthausstrasse/Museumstrasse eine attraktive Taube wird. Weil wir für eine zukunftsorientierte urbane Verkehrspolitik nach freisinnigem Gusto den Freiraum brauchen, um für den Parameter Altstadt gemeinsam neue Ideen für die gesamte Verkehrsführung zu entwickeln, sagen wir heute Nein zur verbindlichen Motion, aber Ja zum Postulat.

Ch. Baumann (SP): Nur noch einmal kurz dieses Bild, Romana Heuberger. Das war nur eine Versinnbildlichung zu dem, was auch Dani Oswald erwähnt hat, dass es gewerbeschädlich

sein soll. Es ist ganz eindeutig, dass eine solche Umgestaltung, die dann zu einer Belebung führt, sicher für das Gewerbe florierend ist. Ich glaube, auch der oberen Folie wird das Gewerbe wenig Zugang gehabt haben. Auf dem Bild unten ist es wirklich eine florierende Geschichte.

Und nur noch zu dem, was Du gesagt hast: Ich gehe mit Dir einig, dass in der Altstadt das hiesige Gewerbe wirklich sehr grosse Mühe hat, ihre Läden erhalten zu können. Aber das liegt v.a. an den Bodenpreisen, die enorm steigen, und natürlich dann nur noch von den Ladenketten bezahlt werden können. Und zu Dani Oswald: Du hast fit einen schönen Doppelsalto gezogen. Du hast 2 x begründet, weshalb es fast keine Autos ausmacht, wenn wir die Stadthausstrasse sperren würden, dass fast kein motorisierter Individualverkehr reduziert werden könnte von diesen 280 Autos - aber gleichzeitig forderst Du dann eine riesige Entlastung und Ausbau der Museumstrasse, weil die paar wenigen Autos, die Du uns jetzt 2 x vorgerechnet hast... Das ist ein bisschen ein doppelter Salto, den Du da vollzogen hast. Und das Bedürfnis nach Verweilen in einer solchen Zone, zu der ich ja dann dieses Bild hier aufgelegt habe: Wer sitzt denn gerne hinter einer Kolonne parkierter Autos in einem Beizli? Das ist nicht gerade eine wahnsinnige Aussicht. Ich glaube, mit einer verkehrsbefreiten Stadthausstrasse hätte man viel mehr offenen Blick, auch in den Stadtpark, und das würde das Gewerbe auch wirklich beleben, die Beizen, die dort sind. Und das Gewerbe, das jetzt nur von der Stadthausstrasse her zugänglich ist, bekommen kein Problem, wenn der motorisierte Individualverkehr ausgeschlossen wird (nicht das Taxi, das die Grossmutter zum Arzt bringt). Diese Gewerbe könnten sehr gut überlegen dort.

S. Gygax (GLP): Ich möchte auch nochmals kurz auf einige Voten zurückkommen. Ich dachte auch, dass bei all den Voten, die ich gehört habe, relativ viele Argumente gekommen sind, die für mich ein bisschen an den Haaren herbeigezogen sind, warum das nicht gehen sollte: Wegen der Grossmutter, die man zum Arzt bringen muss; Busse, bei denen man völlig hypothetisch gerechnet hat und irgendeine Zahl erhalten hat... Das sind für mich nicht wirklich handfeste Fakten, die echt dagegen sprechen würden. Ich dachte eigentlich, es käme noch ein bisschen mehr Power. Deshalb möchte ich wirklich nochmals beliebt machen, dass man das Vorstoss-Paket zusammen überweist und nicht eine Pirouette macht wie die FDP, die das plötzlich splittet und ganz gross erzählt, weshalb man auf die Idee kommt, das zu splitten und es doch eine gute Idee findet und sich doch nicht getraut und eben schlussendlich keine Nägel mit Köpfen macht. Wenn wir etwas machen wollen, dann müssen wir jetzt zu beidem Ja sagen und nach vorne schauen und das gestalten wollen. Deshalb möchte ich nochmals beliebt machen, dass man da wirklich Ja sagt für einen zentralen Ort in Winterthur, bei dem es nicht nur um das Verweilen geht, sondern wir gestalten auch die Stadt, im Herzen der Stadt, wir schaffen etwas, das für das Gewerbe gut ist – da bin ich überzeugt davon -, für den Tourismus, für die Museen, für die Bevölkerung. Man entschleunigt einen grossen, offenen Raum, den man gestalten kann. Packen wir diese Chance, machen wir das, miteinander.

D. Oswald (SVP): Lieber Christoph, ich führe das gerne noch aus, wenn Du mich nicht richtig verstanden hast. Ich habe nicht eine Entlastung gefordert, wenn bloss der wenige Individualverkehr weggeht. Ich sagte, wenn man das Flanieren und das Verweilen hinbringen möchte, dann muss man den Bus und alles von der Stadthausstrasse wegbringen. Und dann hat es einen Einfluss auf die Museumstrasse und die St.-Georgen-Strasse. Das war meine Ausführung, nicht wegen den paar wenigen privaten Autos, die dort einfach durchfahren, die nicht Ziel- und Quellverkehr sind. Wegen diesen muss man an der Museumstrasse und der St.-Georgen-Strasse nichts machen, das glaube ich auch. Aber dann könnt Ihr Eure Ziele, die Ihr mit schönen Bildern postuliert, nicht erreichen. Aber das ist jetzt ja wohl der 1. Schritt, schlussendlich ist langfristig sicher das Ziel, da wirklich autofrei zu machen. Es ist klar, dass Ihr das jetzt nicht zugebt, Ihr wollt es schön in verdaubaren Portionen den Leuten beibringen, so dass man immer sagen kann: Es ist ja nur ein kleines Schrittchen, es ist ja nur ein kleines Schrittchen... Das macht Ihr hervorragend. Wir sind dafür halt ehrlicher und sagen, was wir langfristig wollen.

St. Feer (FDP): Christoph Baumann, jetzt hast Du diese Visualisierung nochmals aufgelegt, jetzt muss ich doch noch etwas dazu sagen. Übrigens: Die GLP hat mir nach der letzten Ratssitzung versprochen, sie bringen eine Visualisierung. Leider haben wir diese bis jetzt nicht gesehen, sondern wir sehen etwas aus Zürich. Übrigens ein spannendes Bild, auch historisch gesehen: Es ist aus der 3. Stadterweiterung von Zürich, wo man die Kaserne neben die Arbeitersiedlungen gebaut hat. Die Arbeiter protestierten, weil die Soldaten relativ nah bei den Arbeitern sind und diese dann zurechtweisen können. Und was man eben auch gemacht hat: Man hat in Zürich breite Strassen gebaut. Wenn Du einmal nach Zürich gehst (ich gehe gerne mit Dir nach Zürich), dann siehst Du, es hat im Aussersihl und alles Richtung Westen sehr breite Strassen. Auf dieser Breite hat die Stadthausstrasse 2 x Platz. Da kann man etwas Grosszügiges machen, da kann man das Tram in der Mitte lassen. Das ist Zürich. Zürich ist anders. Das habe ich Euch Linken schon x Mal gesagt: Vergleicht Winterthur nicht immer mit Zürich. Reto Diener kommt permanent mit Zürich usw. Es ist eine andere Stadt, sie ist grosszügiger gebaut. Wenn Ihr diese Grosszügigkeit auf der Stadthausstrasse hinbringt, dann müsst Ihr beim Museum Platz wegnehmen. Ihr schafft es nicht, das ist ein falsches Bild. Es ist so, wie Dani Oswald es gesagt hat, wenn man diese Strasse verkehrsbefreien und für Fussgänger zugänglich machen will, wie man das beim Graben gemacht hat, dann gehört der Fussgänger auf die Strasse. Dafür haben wir aber viel zu viele Bewegungen auf der Stadthausstrasse. Und Ihr werdet auch die Velos nicht wegbringen, die jeden Tag zum Bahnhof fahren und wieder zurückkommen. Die sind dort – und sonst musst Du mir erklären, wo Du mit all diesem Verkehr (Busse, Taxis, Velos) hin. Wenn Ihr das gelöst habt, dann kann man ein solches Bild präsentieren – und sonst ist es einfach falsch.

Stadträtin Ch. Meier: Es ist eine wichtige Geschichte, deshalb möchte ich gerne die Sicht des Stadtrates noch einbringen. Es ist absolut unumstritten: Städtebaulich hat diese Stadthausstrasse ein riesiges Potential. Wir haben auf der einen Seite, wie wir es gehört haben, die grösste zusammenhängende Fussgängerzone der Schweiz, und auf der anderen Seite haben wir einen wunderschönen Stadtgarten, wir haben Museen. Diese beiden Elemente der Altstadt miteinander zu verbinden, das ist städtebauliches Potential. Wir haben nun aber zwei Vorstösse. Das eine ist die Motion und das andere ist das Postulat. Ich springe in meiner Argumentation ein bisschen hin und her. Die Motion verlangt eine Entwidmung oder die Prüfung einer Entwidmung der Stadthausstrasse. Dazu muss ich einfach sagen: Eine Entwidmung, das wäre die gänzliche Aufhebung der Funktion als Strasse, d.h. mit einer Entwidmung könnte kein Bus, kein Velo mehr dort durchfahren, es wäre keine Strasse mehr. Aus diesem Grund ist nichts in der Altstadt entwidmet. Die Marktgasse ist nicht entwidmet, die Steinberggasse ist nicht entwidmet, der Graben ist es nicht. Eine Entwidmung wäre eine radikale Lösung, die sehr sehr schwierig umzusetzen wäre. Die Alternative, die die Motion verlangt, wäre das Fahrverbot. Das wäre sicher rein rechtlich einfacher umzusetzen. Ich appelliere aber dafür, dass wir uns, im Sinne von Romana Heuberger, auf die Forderungen des Postulats konzentrieren. Und zwar deshalb, weil der Stadtrat gerne ein Betriebs- und Gestaltungskonzept für die Stadthausstrasse machen würde, genau im Wissen, was für ein Potential diese Stadthausstrasse hat. Wenn wir jetzt mit der Überweisung der Motion bereits die Lösungen vorweg nimmt, dann sind wir in diesem Gestaltungskonzept bereits sehr eingeschränkt. Deshalb wäre der Appell des Stadtrates, das Postulat zu überweisen – wir freuen uns sehr darauf, diese Arbeit anzugehen. Verzichten Sie aber auf die Überweisung der Motion.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über das Postulat ab und danach über die Motion. Wer das Postulat «Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse» überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Das ist eine sehr klare Mehrheit. Wer sie ablehnen möchte? – Genau. Dann kommen wir zur Motion.

Wer die Motion «Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse» überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Auch das ist eine klare Mehrheit. Da lassen wir die Gegenstimmen nicht mehr aufheben. In diesem Fall ist auch die Motion überwiesen.

27. Traktandum

GGR-Nr. 2018.8: Begründung der Motion G. Stritt (SP), K. Gander (AL/Grüne), B. Huizinga (EVP), K. Cometta (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter

Ratspräsidentin A. Steiner: Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter.

G. Stritt (SP): Die Kinderbetreuungsangebote im Vorschulalter haben an Attraktivität verloren. Das bestätigt auch der Stadtrat in seinen Antworten auf die Schriftlichen Anfragen 2016.77 und 2017.86. Die neue Verordnung und das neue Reglement über Kinderbetreuung im Vorschulalter ist per 1. Januar 2015 eingeführt worden. Es handelte sich dabei um eine Effort14+-Sparmassnahme, die verschiedene Zielsetzungen verfolgte. Neben Veränderungen im organisatorischen Bereich, die sich positiv auswirken, hatten Anpassungen der Verordnung v.a. auch eine Erhöhung der Elternbeiträge zur Folge. Seither erhalten viele Eltern weniger oder gar keine Subventionen mehr, davon betroffen sind v.a. Familien mit mittleren Einkommen. Es fällt auf, dass gerade in diesem Segment die Anzahl der Betreuungsverträge seit 2015 stark zurückgegangen ist. Obwohl seit 2017 die Anzahl der Betreuungsverträge erfreulicherweise wieder ein bisschen steigen, ist davon auszugehen, dass sich eine Anzahl von Eltern aus finanziellen Gründen keine professionelle Kinderbetreuung mehr leisten können. Nicht erfasst sind zudem die Anzahl Erziehungsberechtigten, die früher noch Subventionen erhalten haben und jetzt aufgrund der neu festgesetzten tieferen Einkommenslimiten nicht mehr davon profitieren können. Immerhin hat man per 30.09.2014 noch 76 Betreuungsverträge in der Einkommensklasse 75'000 – 86'000 abschliessen können. Auch ist ausgewiesen, dass die Anzahl Betreuungstage seit 1.1.2015 um ca. 16% zurückgegangen ist. Ein kurzer Blick zurück: Die neue Verordnung und das neue Reglement für Kinderbetreuung im Vorschulalter wurden da im Grossen Gemeinderat intensiv diskutiert. Dabei ist der Vorschlag, der der Stadtrat gemacht hatte, vom damaligen Grossen Gemeinderat verschlechtert worden. Es wurde entschieden, dass das maximal massgebende Einkommen, mit dem man subventionsberechtigt ist, nicht wie vom Stadtrat empfohlen bei 85'000 Fr. festgelegt werden soll, sondern auf 75'000 Fr. reduziert wird. Und so ist das jetzt in der geltenden Verordnung festgeschrieben.

Ich habe auch einen Blick geworfen auf die grösseren Städte des Kantons Zürich. Ich lege das auf, um es ein bisschen wirken zu lassen. Man kann feststellen, dass Winterthur wirklich sehr tiefe Maximalbeiträge kennt. Man kann die verschiedenen Richtlinien bei dieser Kinderbetreuung nicht miteinander vergleichen, weil sie noch andere Inhalte haben, aber es ist ohne Zweifel so, dass in den grösseren Städten des Kantons Zürich die Mittelstandfamilien bei Subventionen bessere Bedingungen haben. Wenn sich Mittelstandsfamilien eine qualitativ gute Kinderbetreuung nicht mehr leisten können und wollen, führt das dazu, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr gewährleistet ist. Für Eltern ist es nicht unbedingt interessant, wenn sie sowohl höhere Betreuungskosten bezahlen müssen und zusätzlich auch noch höhere Steuern. Und so kommt es immer wieder zu Situationen, dass gut qualifizierte, meistens Frauen, nicht erwerbstätig sind, weil es sich finanziell nicht lohnt. Und dann bleiben ihre beruflichen Ressourcen ungenützt. Ein Wiedereinstieg in die Arbeitswelt wird dann zu einem späteren Zeitpunkt erschwert, und das betrifft nicht nur Frauen mit einfacheren Ausbildungen, sondern auch Frauen mit guter Ausbildung. Und das ist aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht sicher nicht sinnvoll.

Eine weitere Folge dieser Verordnung ist, dass der Anteil der subventionierten Betreuungsplätze bei gewissen Institutionen bis zu 90% ausmacht. Das ist v.a. dort so, wo die tieferen

Vollkosten gelten bei diesen Institutionen. D.h. dass die soziale Durchmischung in diesen Kitas nicht mehr gegeben ist und es ist fraglich, ob die wichtigen Ziele, die die familienergänzenden Betreuungen im Vorschulalter auch noch haben (Frühförderung und soziale Integration), da überhaupt gewährleistet sind.

Aus all den erwähnten Gründen erachten wir es als notwendig, dass die seit 1.1.2015 geltende Verordnung überprüft und zugunsten der Mittelstandfamilien angepasst wird. Da denken wir v.a. auch, dass man beim Maximalansatz, bei dem man noch subventionsberechtigt ist, die Höhe anpasst.

Zusätzlich – das ist nicht Gegenstand der Motion und es liegt auch nicht in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates – sollte aber doch auch noch abgeklärt werden, ob der maximale städtische Beitrag an Betreuung in den Kitas, der im Reglement festgelegt wird (was in der Kompetenz des Stadtrates liegt), erhöht werden könnte. Denn dort ist es ja so, dass ein hoher Anteil der Kitas viel höhere Werte und Preise kennt, als das gedacht ist.

Das sind die Hauptpunkte, die die Motion umfasst. In dem Sinne danke ich für die Unterstützung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben einen Ablehnungsantrag, dieses Mal von Dani Oswald.

D. Oswald (SVP): Bei der Motion «Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter» lehnen wir die Überweisung ab. Und zwar aus folgenden Gründen: Einerseits ist es gut 3 Jahre her, dass wir die neue Verordnung in Kraft gesetzt haben, und da, in einem breit abgestützten Kompromiss, kam man schlussendlich zu diesem Schluss. Wir halten es wirklich nicht für sinnvoll, dass man 3.5 Jahre später das Ganze schon wieder über den Haufen wirft. Sehr wahrscheinlich in Hinblick darauf, dass man im Moment gute Resultate schreibt und man deshalb die Kostendisziplin bereits wieder über den Haufen wirft. Das wäre ein falsches Zeichen. Es ist oft so: Wenn genügend Geld da ist, trifft man oft Fehlentscheide und gibt zu viel Geld aus – und weniger, wenn wenig Geld da ist.

Und das führt auch gleich zum 2. Grund, weshalb das der falsche Ansatz ist. Jetzt ist es klar, irgendwo ist die Grenze, wo die Eltern abwägen, ob sie die Kinder selber betreuen oder ob sie sie fremdbetreuen lassen und arbeiten gehen – und wie das finanziell aussieht. Und die Grenze wird sich auch immer ein bisschen verschieben, wenn der Markt spielt. Aber offenbar haben wir da ein Problem, dass der Markt nämlich nicht spielt. Wir wissen mittlerweile, dass eher ein Überangebot an Plätzen gibt. Also müssten die Preise sinken. Und das ist der Fehlreiz bei dieser Motion. Wir müssen jetzt nicht die überhöhten Preise subventionieren für den Mittelstand, sondern wir müssen schauen, dass wir die Kosten hinunterbringen, dass man die Preise dieser Betreuungsplätze senken kann. Es kann doch nicht sein, dass wenn wir vom Mittelstand sprechen, wenn man mind. einen Bachelor oder einen Master in der Tasche hat, dass man dann finanziell auf den Staat angewiesen ist, um die Kinder zu erziehen. Egal, ob man das nun selber macht oder die Kinder in eine Krippe oder eine Institution gibt. Darum geht es gar nicht. Es kann nicht sein, dass wir bis ins mittlere Einkommenslevel hinauf subventionieren müssen. Ich habe es schon bei anderen Themen gesagt: Irgendwann sind wir überall gleich weit wie bei der Landwirtschaft. Kostet eine Unmenge Geld und nützt niemandem etwas, aber gar niemandem. Das ist genau das Falsche. Das kann wirklich nicht das Ziel sein. Da sind wir auf dem Weg der schleichenden Verstaatlichung, das darf man einfach nicht machen. Wenn schon, wenn wir die Attraktivität der Kinderbetreuung für die Mittelsstandsfamilien erhöhen wollen, wenn wir es unter dem Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» nehmen wollen, dann müssen wir schauen, dass wir die Kosten senken können. Und ich sage da auch an die eigene Wählerbasis gerichtet: Wenn wir für tiefe Steuern, für tiefe Gebühren sind, dann können wir andererseits auch nicht alle Leistungen vom Staat verlangen. Dann müssen wir auch selber dafür einstehen. Und da ist eigentlich ganz klar: Wenn die Arbeitgeber nicht bereit sind, für eine Arbeitskraft den Lohn zu zahlen, dass man mit einem Mittelstandseinkommen die Kinderbetreuung zahlen kann, dann stimmt irgendwo etwas nicht. Entweder verdient man zu wenig – oder die Kosten bei der Kinderbetreuung sind zu

hoch. Und dann müssen wir dort ansetzen, aber wir dürfen sicher nicht ein strukturelles Problem mit Subventionen überdecken. Und deshalb lehnen wir diese Motion ab.

K. Gander (Grüne/AL): Die hohen Kosten für die Kita-Plätze sind für viele Eltern eine Belastung. Nur kurz zu Dir, Dani: Wenn Du einmal einen Tag ausrechnest, was dann das noch ist pro Kind und pro Stunde, ist dann das doch für ein Fachpersonal, das die Kinder betreut, auch nicht mehr allzu viel Geld.

Wir wissen, dass die Kita-Gebühren einkommensabhängig sind, doch Eltern mit mittlerem Einkommen sind schnell mit Tagessätzen von weit über 100 Fr. pro Tag und Kind konfrontiert. Durchschnittlich müssen Eltern in der Schweiz ca. 1/3 ihres Einkommens für einen Kita-Platz ausgeben. Zu diesem Schluss kam eine Studie der Uni St. Gallen. Ich erinnere mich noch gut, dass, als alle meine drei Kinder noch klein waren, nach Abzug aller Kosten nicht mehr wirklich viel finanzieller Mehrwert vorhanden war. Ich finde finanzielle Mitbeteiligung von Elternseite in Ordnung, aber sie soll verkraftbar sein, denn eine Investition in die Kinder ist für jede Gesellschaft auch zukunftssträchtig. Deshalb fordern wir den Stadtrat dazu auf, Massnahmen vorzuschlagen, wie die Attraktivität der Kinderbetreuung bei den Kitas auch für den Mittelstand wieder verbessert werden könnte. Es soll auch aufgezeigt werden, wie sichergestellt wird, dass die soziale Durchmischung in der Kita gewährleistet ist und bleibt.

Wie Sie wissen, ist ein gutes Kita-Angebot nicht nur wichtig für die Gleichstellungs- und Familienpolitik, sondern zahlt sich ganz klar auch wirtschaftlich aus. Das haben wir schon hundert Mal diskutiert, es gibt Studien, die deutlich zeigen, dass der finanzielle Nutzen für die öffentliche Hand von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und auch eingesparten Sozialleistungen die Kosten der öffentlichen Hand für die Kitas bei weitem übersteigt. Und die Schweiz wendet lediglich 1.6% ihres Bruttoinlandprodukt für Familien auf.

Mit der Anpassung der Winterthurer Verordnung im Jahr 2015 und der damit verbundenen Senkung der Subventionen für Mittelstandsfamilien hat die Attraktivität der Kitas für Familien mit mittleren Einkommen und v.a. mit mehreren Kindern stark abgenommen. Die zusätzliche Arbeit rechnet sich nicht mehr, die Frauen bleiben zuhause oder suchen andere Lösungen, wie man die Kinder betreut. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass auch die soziale Durchmischung in den Kitas nicht mehr gegeben ist, was wiederum auch Folgen mit sich bringt. Sie sehen es, es macht Sinn, nochmals genau hinzuschauen und zu optimieren. Und in diesem Sinne danke ich für die Unterstützung.

B. Huizinga (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt diese Motion, v.a. mit Blick auf die Qualität der Kitas. Wir sehen es als eminent wichtig, eine gute Durchmischung der gesellschaftlichen Schichten in der vorschulischen Betreuung zu haben. Für ein Kind ist das oftmals die erste Möglichkeit, Lebenserfahrung ausserhalb der familiären Blase zu sammeln. Damit die zukünftigen Generationen gerüstet sind, mit den soziokulturellen Chancen und Herausforderungen umsichtig umzugehen, ist es notwendig, schon früh damit umzugehen lernen. In der Motion sehen wir eine Möglichkeit, ein entstandenes Ungleichgewicht wieder ins Lot zu bringen.

K. Cometta (GLP): Als man die Famex-Verordnung gemacht bzw. geändert hat, ging es ja auch darum, unsere Motion zu erfüllen, dass man Betreuungsgutscheine einführt, dass man also zur Subjektfinanzierung wechselt und so hat man sehr viel gewonnen. Die Wartelisten fielen endlich weg und es wurde Rechtsgleichheit geschaffen, indem diejenigen Anspruch auf Subventionen bekamen, die wirklich auch Anspruch haben, und nicht einfach in eine Warteliste gesteckt wurden. Gleichzeitig hat man die ganze Berechnung umgestellt auf eine lineare Anspruchsberechtigung, also die Abhängigkeit vom Einkommen nicht mehr mit diesen Schwellenwerten. Das führte dazu, dass man diese Schwelleneffekte nicht mehr hat und viele Fehlanreize fielen weg. Auch das sehr gut.

Aber, das wurde auch schon gesagt, das Ganze stand zusätzlich auch noch unter dem Stern des Spardrucks. Und so war das ein sehr komplexes Geschäft. Es passierten sehr viele Änderungen gleichzeitig, und dann ist es eigentlich nur normal, dass man nach einigen Jahren die Auswirkungen anschaut und dort auch Justierungen vornimmt nach den ersten Erfahrungen. Es ist wie logisch, dass wenn man so viele Dinge gleichzeitig ändert, bis in das letzte

Detail die Konsequenzen kennen kann, obwohl es natürlich Berechnungsmodelle gab. Aber wir stellen jetzt fest, dass nicht nur die Anzahl Betreuungstage gesunken sind, sondern auch die Anzahl Kita-Verträge sind gesunken, und das v.a. bei Familien mit einem Einkommen von mehr als 50'000 Fr. Es traf also wirklich voll den Mittelstand – je höher das Einkommen, umso mehr traf es. Mit anderen Worten: Wir haben neue Fehlanreize geschaffen.

Und deshalb ist es jetzt wirklich angezeigt, dass man die Famex-Verordnung nochmals anschaut und zugunsten des Mittelstandes ein paar Korrekturen vornimmt. Wir wollen diese Fehlanreize beseitigen, denn es ist für uns als liberale Partei ganz klar: Arbeit soll sich lohnen – und das tut es sich im Moment eben leider nicht (oder je nachdem nicht).

Vor einer Woche habe ich schon einmal ausgeführt, weshalb es wichtig ist, dass man sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzt. Da gibt es sehr viele gesellschaftspolitische Anliegen, es ist aber auch volkswirtschaftlich sinnvoll (Katharina Gander hat das schon sehr schön aufgeführt). Es geht auch darum, die Ausbildungskosten der Frauen zu amortisieren, es geht darum, Sozialversicherungen zu entlasten, Armutsrisiken zu eliminieren und so weiter und so fort. Das kann man im Protokoll von letzter Woche nachlesen. Der Nutzen ist also auch da auf dieser Seite. Wenn man von Kosten spricht: Man muss eben auch den Nutzen anschauen, nicht zuletzt auch den Standortfaktor Winterthur. Es ist zunehmend wichtig beim Standortmarketing, dass man auch eine familienfreundliche Umgebung vorweisen kann.

Dani, ich bin grundsätzlich damit einverstanden, dass man auch die Kostenseite anschauen und senken muss. Ich bin dort auch der Ansicht, dass man sicher schauen kann, dass die administrative Belastung sinkt, sowohl für die Kitas wie auch für die Eltern. Der internationale Vergleich zeigt aber, dass es nicht nur ein kostenseitiges Problem ist. Im internationalen Vergleich sind unter Berücksichtigung der höheren Löhne und der höheren Mieten die Schweizer Krippen nicht extrem viel teurer als im Ausland. Der Unterschied ist die staatliche Beteiligung. Auch das sagte Katharina schon: Die Schweiz ist extrem zurückhaltend, wenn es darum geht, die Familien und v.a. auch die Kinder als Investition in die Zukunft anzuschauen.

Ich finde, wir sollten da etwas tun.

C. Etter (FDP): Als liberale Fraktion antworten wir gerne unseren Kolleginnen und Kolleginnen. Wir unterstützen grundsätzlich das Anliegen einer Prüfung, aber wir haben drei grosse «Aber». Zum 1.: Die Neuverordnung ist sicher fairer als die alte. Es ist so, dass die Subventionen nur denjenigen zukommen sollen, die sie wirklich brauchen – und diesen dafür richtig. Natürlich sind Mittelstandsfamilien dadurch betroffen und Kitas sind für sie weniger attraktiv geworden. Aber was für uns wichtig ist: Arbeiten lohnt sich nach wie vor für die Frauen und die Frauen der Mittelstandsfamilien können sich diese Kita-Plätze immer noch leisten. Das 2. Aber ist, dass wenn man das subventionsberechtigtes Einkommen wieder leicht erhöht, man dann aber nur Arbeitszeit subventionieren sollte, und nicht wie im Moment 110% quasi gemeinsame Arbeitszeit, sondern ein Kind, das 3 Tage in der Kita ist, auch 160% der Arbeitszeit der Eltern mitbringen sollte in die Kita. Das ist unser 2. wichtiger Punkt.

Und das 3.: Man sollte auch bei den Kosten schauen und gleichzeitig bei der Regulierung ansetzen und dort genau hinschauen, und nicht nur bei der Finanzierung der Kitas und der Kita-Plätze. Denn dort könnte man unserer Meinung nach auch noch einiges herausholen.

Vor diesem Hintergrund haben wir eine Stimmfreigabe beschlossen. Das Grundanliegen ist gut, aber wir müssen einige Punkte mehr berücksichtigen als nur die, die aufgeführt wurden.

A. Geering (CVP): Es ist an und für sich sympathisch, dass auch die FDP jetzt eine Frau hat, die zum Thema «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» spricht. Trotzdem ist unsere Position in der CVP/EDU-Fraktion deutlicher und klarer. Wir sind gegen die Überweisung dieses Vorstosses.

In der Industrie der Kinderbetreuung ist es nicht die Aufgabe des Staates, einseitig ein Modell zu fördern. Es ist nicht notwendig, dass die Stadt die Kitas finanziert und alle anderen Formen von Fremd- und Eigenbetreuung nicht.

Es gibt Eltern, die die Kinder selber betreuen. Es gibt Eltern, die mit Tagesmüttern arbeiten. Es gibt Eltern, die mit Nannys arbeiten. Und es gibt Eltern, die Kitas nutzen. Und in diesem Kontext ist es richtig, dass die Eltern selber entscheiden sollen, unabhängig von finanziellen

Zwängen, welche Form der Betreuung sie wählen möchten. Und dass auch diejenigen, die andere Formen als Kitas nutzen, finanziell vom Staat gleich behandelt werden wie die, die Kitas nutzen. Wir wollen mündige Eltern, die selber entscheiden können, was für ihre Familie die richtige Form von Betreuung ist – und zwar unabhängig von finanziellen Anreizen oder Zwängen. Sie sollen selber bestimmen können, in welchem Mass sie ihre Kinder selber zuhause betreuen wollen oder in welchem Mass sie eine Fremdbetreuung wollen (eine Fremdbetreuung durch Kita, Tagesmutter oder Nanny).

Die einseitige Subvention der Kita-Plätze lehnen wir ab in einem höheren Mass. Eigentlich müsste man sich grundsätzlich einmal ein Systemwechsel mindestens überlegen, ob das möglich wäre, bei dem man nicht den Platz finanziert, sondern das Kind finanziert – unabhängig von der Betreuungsform. Es wäre dann nicht die Industrie, die gefördert wird, sondern die Familie oder eben das Kind, das mit dieser Finanzierung gefördert würde.

Verneinbarkeit von Beruf und Familie schliesslich, ich habe das hier drinnen auch schon gesagt, bedeutet für uns nicht zwingend, dass beide Eltern arbeiten und die Kinder möglichst fremdbetreut werden sollen. Sondern Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann auch bedeuten, dass die Kinderbetreuung zuhause passiert und der Beruf bzw. das Erwerbsleben zwischen den Eltern aufgeteilt wird. Aber dafür bräuchten wir mehr Akzeptanz von Teilzeitpenssen, auch für Männer und auch in allen Funktionen, und dafür ist man v.a. auch auf Initiative der Arbeitgeber angewiesen.

Die Überweisung der Motion lehnen wir ab.

M. Wäckerlin (PP/SVP): Es wurden einige Dinge gesagt, ein paar hervorragende Voten, aber auch einige etwas Fragwürdige, zu denen ich etwas sagen muss.

Gabi Stritt, im Grundsatz hast Du völlig recht. Natürlich ist das blöd, wenn die Leute mehr Beiträge und mehr Steuern bezahlen müssen. Aber was gewisse Leute hier drinnen noch nicht begriffen haben, ist dass der Staat nicht gratis ist. Wenn wir mehr Subventionen fordern, zieht das auch mehr Steuern nach, d.h. wenn Ihr wollt, dass die Leute weniger Steuern zahlen müsst, dann ist das wunderbar - dann können sie mit diesem Geld nämlich ihre Beiträge zahlen.

Das grosse Problem bei der Kinderbetreuung ist mittlerweile einigermaßen gelöst worden. Als wir ein Kind hatten, sah unsere Rechnung so aus: Teilzeitarbeit, Fr. 3'000 mehr Einkommen. Davon pro Monat Fr. 2'000 an die Kita, macht Fr. 1'000 (noch nicht netto!), denn versteuern durften wir die Fr. 3'000 und wir konnten praktisch nichts abziehen. Das hat sich mittlerweile wenigstens verbessert, das war der Punkt, wo man ansetzen musste. Mindestens sollte man nicht noch Steuern bezahlen müssen für das, was man an die Kita bezahlt.

Dann kommt der Punkt von Daniel, und er bringt das natürlich sehr schön auf den Punkt: Man muss die Kosten senken. Das Problem sind die Kosten. Ich habe letzte Woche eine Interpellation in Umlauf geschickt, die genau dieses Problem angeht und genau das Thema, das hier drinnen immer wieder aufkommt. Wir hatten einen völlig falschen Ansatz. Wir müssen schauen, dass der Staat den Kitas möglichst wenig Vorschriften macht, damit sie möglichst günstig ihre Plätze anbieten können. Und je mehr natürlich irgendwelche Verwandten, die Kinder betreuen, auch noch eine staatliche Bewilligung dafür haben müssen, umso teurer wird das ganze System.

Andreas Geering macht leider auch den gleichen Fehler. Im Grundsatz hat er recht, Gleichbehandlung wäre fair. Aber Gleichbehandlung heisst: Weder Geld für Kita noch Geld für sonst irgendetwas, sondern wer ein Kind hat, zahlt sein Kind gopffriedstutz nochmal selber – und sonst soll er sich überlegen, ob er ein Kind will und sich das leisten kann oder nicht. Irgendwo muss man doch eine Familienplanung haben und man muss es sich überlegen und man muss schauen, wie man danach durchkommt. Ein bisschen Eigenverantwortung und ein bisschen selber Nachdenken darf man auch von Eltern erwarten.

M. Gross (SVP): Es wurde schon vieles gesagt. Man bekommt so ein bisschen das Gefühl hier drinnen, für die meisten ist es eine Horrorvorstellung, wenn man Kinder selber betreuen muss. Das ist das Gefühl, das ist das Schlimmste. Und die Frauen, die zuhause sind (oder

die Männer, die zuhause sind) und den Kindern selber schauen, die haben auch keinen doppelten Lohn. Und dann höre ich da ökonomischen Nutzen, doppelter Lohn, Arbeit soll sich lohnen... Kann man einmal die Kinder fragen, was sie wollen? Ob sie unbedingt in die Kita wollen? Ich habe manchmal das Gefühl, den Autoschlüssel geben viele Leute weniger schnell ab als die Kinder.

Ich empfehle die Lektüre von «Schöne neue Welt» von Aldous Huxley. Wir sind in dieser Richtung unterwegs.

K. Gander (Grüne/AL): Ich möchte noch schnell etwas dazu sagen. Es ist also nicht immer ganz freiwillig. Es gibt da doch relativ viele Alleinerziehende, die nicht unbedingt die Wahl haben...

M. Gross (SVP): Aber die gehören nicht in die Kategorie Mittelstand.

K. Gander (Grüne/AL): Je nachdem kann das auch ein solches Einkommen sein. Aber es ist nicht immer ein Familienmodell da, wo das nur ein Wunschkonzert ist. Das ist einfach noch wichtig.

L. Jacot (SP): Sogar wenn es ein Wunschkonzert ist: Ich habe mir jetzt vom Staat mein ETH-Studium finanzieren lassen. Sobald ich ein Kind habe, sage ich, ich pfeife auf das Studium, ich pfeife auf die Steuergelder, die man in mich investiert hat, ich gehe nicht mehr arbeiten und zahle auch keine Steuern... Es ist gerade als Studienabgänger am Anfang nicht so einfach, einen Lohn zu erzielen, mit dem man die Kita einfach finanzieren kann. Diese Aussage ist wirklich ein bisschen frech. Und ausserdem: Es geht niemanden etwas an, ob sie freiwillig arbeiten gehen oder ob sie aus irgendwelchen Gründen arbeiten gehen müssen. Wir sind doch hoffentlich heute so weit, dass wir Frauen nicht mehr betteln müssen bei den Männern, dass wir arbeiten gehen dürfen.

Stadtrat J. Altwegg: Ich versuche mich kurz zu halten. Grundsätzlich überprüfen wir gerne Dinge, die wir vor 3 Jahren eingeführt haben, allenfalls justieren wir auch, wie Katrin Cometta das gesagt hat. Im Motionstext heisst es: «Der Stadtrat wird beauftragt, mögliche Massnahmen vorzuschlagen usw.» Das ist eigentlich ein typischer Postulatstext. Dann bringen wir Euch z.B. 3 Varianten, Ihr könnt darüber diskutieren, vielleicht braucht es dann noch eine Motion, wenn Ihr Euch für die Variante entschieden habt, damit man daran weiterarbeiten kann. Ich bin froh um das Votum von Gabi Stritt, dass das ein bisschen präzisiert hat. Das war eines meiner Dilemmas bei dieser Motion, nicht genau zu wissen, was Ihr wollt. Ich habe eine Statistik der Kitas aufgelegt, wie das zahlenmässig aussieht, für diejenigen, die gerne solche Kurven haben. Unten haben wir die verschiedenen Einkommensklassen, das sind diese Blöcke, es fängt an bei 0 – 20'000 Fr. (steuerbares Einkommen notabene) und geht dann weiter bis auf die 75'000 Fr., bei denen wir noch etwas bezahlen. Die drei verschiedenen Farben sind die Jahre 2016, 2017 und 2018 (2018 ist der Stand vom 12. April). Man sieht, über die drei Jahre hat sich nicht wahnsinnig viel verändert. Da wäre dann noch die Frage, wo genau ist der Mittelstand, das müsste dann auch diskutiert werden, da sind Unsicherheiten vorhanden. Wir sehen (diese Problematik fiel auch bei einigen Voten), dass man in der untersten Schicht am allermeisten hat. Von daher ist der Punkt, dass sehr viele Kinder aus dieser Einkommensklasse in den Kitas sind. Nach oben verteilt es sich dann relativ gut. Von daher, diese Bestimmtheit ist bis zu einem gewissen Grad jetzt besser. Man hätte auch verstehen können, dass man bei denen unten Geld wegnimmt, um oben mehr zu finanzieren, damit der Mittelstand drin ist. Oder wir lassen generell mehr fliessen, das ist dann das, was Dani Oswald meint, wodurch man mehr Budget braucht. Das wäre auch ein Punkt. Ich hätte das jetzt so verstanden, dass man die Limite von Fr. 75'000 anhebt auf einen für den Stadtrat sinnvollen Betrag, und würden auch entsprechend höher budgetieren für die Folgejahre, sobald die Motion dann allenfalls für erheblich erklärt wäre. Ich hoffe, dass das in dem Sinne ist der Personen, die die Motion unterstützen. Falls ich das falsch verstanden hätte, müsste man mir das noch sagen.

Zu den Kosten: Die Kitas sind private Trägerschaften, typischerweise Vereine, und diese machen ihre Preise nach Angebot und Nachfrage. Es geht zwischendurch auch einmal eine ein. Das ist in der Natur der Sache. Deshalb ist es auch gut, dass wir Subjektfinanzierung machen und nicht die Kitas selber in diesem Sinne unterstützen. Von daher, falls ich das falsch verstanden haben sollte von Seiten der MotionärInnen, bitte ich um Berichtigung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Persönliche Erklärung, Gaby Stritt bitte.

G. Stritt (SP): Ich möchte noch kurz Stellung nehmen zu dem, was Jürg Altwegg sagte. Ich denke, es ist wirklich so, dass wir wollen, dass die maximalen Einkommenslimiten angepasst werden, dass man dort schaut, was eine sinnvolle Höhe ist. Vielleicht auch noch ein bisschen im Vergleich mit anderen Städten. Ich denke, es geht wirklich auch um die Attraktivität der Stadt hinsichtlich Kinderbetreuung, dass man wirklich v.a. diesen Teil ins Auge fasst, dass man die oberen anschaut.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Motion «Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter» überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.
Das ist eine klare Mehrheit.

28. Traktandum

GGR-Nr. 2018.14: Begründung des Postulats M. Wäckerlin (GLP/PP) und R. Dierner (Grüne/AL) betr. Grundregeln zur Verwendung von öffentlichen Geldern an Organisationen

Ratspräsidentin A. Steiner: Postulat «Grundregeln zur Verwendung von öffentlichen Geldern an Organisationen». Marc Wäckerlin bitte.

M. Wäckerlin (PP): Das Postulat hat eine kleine Vorgeschichte. Es begann eigentlich damit, dass beim Landboten Mirko Plüss versuchte herauszufinden, wie die Stadt Geld ausgibt. Er bekam seiner Meinung nach ungenügende Antworten. Ich habe das mit ihm diskutiert und aufgrund dessen eine Schriftliche Anfrage geschrieben, um zu versuchen, da die weiteren Informationen zu erhalten, das war 2017.123. Darauf gab es eine Antwort, die teilweise auch sehr aufschlussreich war. Und das Postulat ist nun quasi die logische Konsequenz dieser Schriftlichen Anfrage. Meine Schriftliche Anfrage hat mir ein kleines Problem aufgezeigt, das man relativ einfach lösen könnte. Und zwar schrieb der Stadtrat bei der Antwort auf die Frage 6 («Gibt es eine Regelung zum Umgang der Stadt mit weltanschaulichen Vereinigungen bei Aufträgen, insbesondere solchen mit missionarischen Tätigkeiten [...]?»), es gäbe keine generelle Regelung, bei Leistungsvereinbarungen werde die weltanschauliche Neutralität aber häufig explizit eingefordert, z.B. bei der Fachstelle Quartierentwicklung und Integrationsförderung mit folgender Formulierung: «Das Vorhaben ist politisch und konfessionell neutral und – vorbehältlich abweichender Absprachen der Parteien – öffentlich zugänglich. Religiöse Rituale und missionarische Tätigkeiten im Verlauf der Durchführung sind untersagt.» Ich denke, eine solche Bedingung, die die Stadt stellt, wenn sie Geld herausgibt, ist sehr moderat und eigentlich auch vernünftig. Es wäre ja nicht unbedingt gerechtfertigt, wenn die Stadt Gelder sprechen würde für eine Organisation, die dann das nur ihrer Klientel zukommen lässt.

Deshalb dieses Postulat mit der Forderung, eine solche Formulierung sollte einfach generell aufgenommen werden. Also statt dass man es nur häufig macht, soll man doch bitte fairness halber gleiche Regeln für alle haben. D.h. man soll das bei allen machen.

Ich habe mir auch die Liste angeschaut der Organisationen, die unterstützt wurden. Da hat es viele Organisationen dabei, die gute Arbeit leisten, das möchte ich absolut nicht in Frage stel-

len. Ich denke, mind. 90% aller Organisationen hätten überhaupt kein Problem mit einer solchen Formulierung. Häufig genannt wird z.B. der Läbesruum. Ich denke, der hätte kein Problem. Er verlangt nicht von seinen Mitarbeitern, dass sie einer Kirche beitreten oder so. Von daher denke ich, dass genau die Organisationen, die den meisten hier drinnen wichtig sind, nicht betroffen sind.

Jetzt ist die Frage, ob wir denn überhaupt ein Problem haben. Ich würde meinen, wir haben eigentlich zwei Probleme. Wir im Gemeinderat haben eine gewisse Flughöhe, d.h. wir prüfen nicht die Organisationsanträge beim Stadtrat. So ein Postulat wäre auf unserer Flughöhe genau das Richtige.

Es gibt aber gewisse Organisationen, bei denen ich aus meiner Perspektive sagen würde, dass das eher fragwürdig ist. Ein Beispiel hatten wir, da gibt es ein Schulheim Zinzikon Gotthilf. Eine Schule, die Gotthilf heisst, ist doch ein bisschen fragwürdig. Ich habe im Internet die Schule gesucht und geschaut, wie sie sich präsentiert. Ich habe die Stellenangebote angeschaut. Ich lasse das einblenden – das fand ich dann schon ein bisschen zu viel. Da wird eine Lehrperson für die Mittel- und Oberstufe gesucht, und dann steht dort unten, Ihr seht es im 2. Abschnitt, die Bedingung an einen Lehrer, damit er dort arbeiten darf: «Sie sind eine engagierte Persönlichkeit und in Ihrem Leben spielt der im Alltag gelebte christliche Glauben eine wichtige Rolle.» Also, ich bin da der Meinung, eine Schule, die nur christliche, überzeugte Lehrer einstellt (wenn wenigstens stehen würde «in Ihrem Alltag spielt die offene Gesellschaft eine wichtige Rolle» oder die «tolerante, offene Gesellschaft» - dann könnte ich es verstehen) – aber der christliche Glaube? Das heisst, ein Atheist darf dort nicht arbeiten, ein weltöffener Moslem darf dort nicht arbeiten? Und so etwas unterstützt die Stadt. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Schule Mühe hätte, eine solche Vereinbarung zu unterzeichnen. Aber wenn sie bereit ist, das zu unterzeichnen, dann soll sie.

Deshalb meine ich, es ist ein relativ moderater Vorstoss. Und die 60%, die im Dezember dem Landboten sagten, sie seien für eine Trennung von Staat und Religion, die sollen doch jetzt bitte helfen, das zu überweisen. Die Alternative ist, dass man dann wirklich genauer hinschauen muss bei solchen Organisationen. Eine andere Organisation, die ich eher als kritisch einstufen würde, sind die Winti Rangers, die einen Spielplatz im Steig unterhalten. Dort denke ich, dass man auch einmal ein bisschen genauer hinschauen sollte (was ich so gelesen und gefunden habe im Internet). Andere Organisationen sehe ich gar nicht gross im Fokus. Es geht einfach darum, dass man eine Regelung, die man meistens macht, nun jetzt immer macht, dass man faire Bedingungen hat, die für alle gleich sind.

Und noch etwas: Es ist ein urliberales Thema, die Trennung von Staat und Religion, und es geht da nicht darum, der Wirtschaft Vorschriften zu machen. Der Staat muss die Vorschriften nicht bei der Wirtschaft machen. Der Staat muss dort klare Regeln machen, wo er Gelder verteilt. Und genau darum geht es. Ich wäre froh, wenn auch gerade diejenigen, die ein bisschen skeptisch sind und es sich überlegen, das nochmals genau anschauen und sich überlegen, dass es wirklich sehr moderat formuliert ist. Es ist eine kleine Änderung gegenüber der heutigen Praxis, die aber wesentlich ist. Vielen Dank.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Ablehnungsantrag, Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Wir stellen tatsächlich einen liberalen Ablehnungsantrag. Das mag nun ein Widerspruch sein, aber für uns bedeutet Liberalität, dass wir nicht regulieren, wenn wir kein Problem sehen. Und daran scheitern wir tatsächlich. Unseres Erachtens wurde aus einer Mücke ein Elefant gemacht, das ist unnötige Bürokratie und hat nichts mit der Trennung Kirche oder Staat zu tun. Das ist einfach über das Ziel hinausgeschossen.

Ja, der Stadtrat soll staatliche Aufgaben diskriminierungsfrei und politisch-weltanschaulich neutral erbringen, was aber unter Umständen auch bei Organisationen mit christlichem Hintergrund im Rahmen von humanitären, sozialen Projekten auch wichtig ist. Es ist ja bekannt, dass solche Organisationen stärker in dieser Richtung organisieren. Die Crux ist ja eigentlich nicht, etwas zu definieren in einer Richtlinie, sondern zu sagen, wann die weltanschaulich-politische Neutralität verletzt ist. Wenn man die Diskussion da und im Ausland verfolgt hat, mit Kreuzen in Schulzimmern, mit Kopftüchern von Lehrern in Schulzimmern, mit Kopftüchern

von Schülern in Schulzimmern – dann weiss man auch, dass diese Trennlinie nicht glasklar ist. Was für Dich stossend sein mag, ist für andere noch nicht so. Dass wir alle eine Grenze haben, wenn man missionarische Tätigkeiten finanziert, das ist auch klar.

Kurzum: Wir sehen das Problem nicht und brauchen deshalb auch keine Lösung für ein inexistentes Problem. Uns dünkt es, Du hast einen ganz konkreten Beitrag, der Dich gestört hat, und möchtest deshalb die Bürokratie, die Du sonst auch verteufelst, aufblasen und generelle Richtlinien erlassen. Wir finden das wirklich nicht das Richtige und trauen dem Stadtrat weiterhin zu, nach eigenem Ermessen zu verteilen.

Du hast Dein Anliegen nun auch publikumswirksam platziert. Wenn Du dann immer noch kritische Fragen hast, kannst Du Dich auch gerne melden.

R. Diener (Grüne/AL): Wenn man hinter den Grundanliegen steht - das ist meine Haltung, die sich nicht mit Deiner deckt – dann müsste man eben auch dafür sorgen, dass diese umgesetzt und eingehalten werden. Ich denke, ich bin kongruent mit meiner Haltung, die ich vorhin mit meiner Motion vorgelegt habe. Ich bin der Meinung, wenn wir Regelungsbedarf haben, dann müssen wir ihn einsetzen, um gewisse Verbesserungen zu erreichen. Das ist da durchaus auch so. Wir haben in der Bundesverfassung die Trennung von Kirche und Staat schon lange festgelegt. Wir haben zunehmend die Überzeugung in dieser Gesellschaft, dass es auch wichtig ist, dass man das mit dem persönlichen Glauben, den ein Einzelner hat, nicht verknüpft. Und dieses Beispiel zeigt, dass das es da sehr stark um die Persönlichkeit von einzelnen Menschen geht und das dann übertragen wird in die entsprechende Dienstleistung. Von daher gesehen ist es m.E. nicht falsch, sondern richtig, dass man da an dieser Stelle konsequent dafür sorgt, dass wenn der Staat, die öffentliche Hand, sich eine Dienstleistung geben lässt oder eine Dienstleistung einfordert von einer Institution, dass man dann auch ein bisschen hinschaut und mit dieser Institution diese Regelungen auch durchsetzt. Und es geht ja nicht darum, jemanden schlecht zu machen oder eine Leistung nicht wahrnehmen zu wollen, im Gegenteil.

Die christlichen Grundhaltungen sind selbstverständlich in dieser Gesellschaft überall drin, und diese tragen uns alle mit. Niemand von uns kann im Ernst und mit gutem Recht von sich sagen, er ist neutral. Wir haben alle unsere Grundhaltungen, wir haben alle unsere Werte, die wir mitnehmen. Und das ist selbstverständlich so und ist normal. Aber genau deshalb, weil das eben so ist, braucht es in der Öffentlichkeit, bei der Umsetzung von solchen Sachen, gewisse Regelungen. Und deshalb müssen wir dort auch dafür sorgen, dass die persönlichen Wertvorstellungen nicht unbedingt in eine solche Beeinflussung kommen, die wir einfach mit dem Stichwort «Mission» bezeichnet haben. Es ist vielleicht ein bisschen ein altes Wort, aber es zeigt einfach, dass mit dem eine Einflussnahme erfolgen soll. Und das ist nicht im Sinne der Regelung, die wir in dieser Gesellschaft haben.

Von daher finde ich es nicht konsequent, wenn wir sagen, wir stehen dahinter – und dann die Regelung doch nicht wollen. Eine Regelung braucht selbstverständlich eine gewisse Leistung dahinter, die eingefordert werden muss. Ihr nennt das Bürokratie, ich nenne das eine vernünftige Regelung in der Gesellschaft. Und noch einmal: Wir können nicht davon ausgehen, dass das immer automatisch funktioniert. Vielleicht funktioniert es in vielen Fällen – aber bei vielen eben auch nicht. Weshalb haben wir Regelungen im Strassenverkehr, weshalb haben wir Regelungen zum Bauen, weshalb haben wir Regelungen, bei denen miteinander ausgemacht hat, dass man sich an bestimmte Gesetze halten muss, dass man bestimmte Ausprägungen von Verhaltensmustern ein bisschen in die Finger nehmen muss und eben auch entsprechend Sanktionen hat, wenn man es nicht macht? Das brauchen wir da vielleicht auch. Ich plädiere deshalb, diese kleine Ergänzung da wirklich zu befördern und dieses Postulat zu unterstützen.

A. Geering (CVP/EDU): Marc hat jetzt mit diesem Stelleninserat doch noch gezeigt, um was es eigentlich geht. Ich komme noch auf dieses Stelleninserat zurück.

Aber eigentlich ist es ja ungewöhnlich und schon fast ein bisschen schwarzer Schnee, dass der libertäre Pirat Marc Wäckerlin eine zusätzliche Regulierung verlangt. In dem Sinn können

wir das ganz im üblichen Mainstream von Marc Wäckerlins Normalverhalten getrost ablehnen. Wir sehen da keinen weiteren Handlungsbedarf in dieser ganzen Sachfrage, weil ja der Stadtrat auf die Anfrage von Marc gut und schlüssig geantwortet hat. So hält der Stadtrat bei der Anfrage 2017.123 einleitend fest: «Der Stadtrat sieht daher keinerlei Problem in der Zusammenarbeit mit den Kirchen und kirchennahen Organisationen, solange die Dienstleistungen, die im Auftrag der Stadt erbracht oder von dieser bezogen werden, konfessionell neutral sind und solange die Kirchen und kirchennahen Organisationen die geltende Rechtsordnung beachten.»

Ich kann mich auch an ein Wahlkampf-Podium erinnern, bei dem Marc Wäckerlin und Nicolas Galladé die Klängen kreuzten. Wir sprechen ja selten über die, die nicht hier sind, ich mache es jetzt heute trotzdem. Es ging dort auch um das Thema der Unterstützung der Sozialarbeit von kirchennahen Organisationen. Marc sagte, das solle die Stadt nicht machen, und Nicolas Galladé, unser Sozialvorsteher, sagte, die Stadt könnte die gleichen Dienstleistungen nicht für den gleichen Preis erbringen. Wenn man die kirchennahen Organisationen nicht für solche Dienstleistungen nutzen würde, dann würden diese Dienstleistungen für die Stadt wesentlich teurer kommen.

Die CVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass die weltanschauliche und religiöse Neutralität nicht nur für kirchennahe Organisationen Geltung hat, sondern auch für Organisationen mit anderen weltanschaulichen Hintergründen. Dies bringt auch der Stadtrat in der Beantwortung der genannten Anfrage auf den Punkt: «Eine Anforderung an alle Organisationen, mit denen die Stadt zusammenarbeitet, ist selbstverständlich die Beachtung der geltenden Rechtsordnung. Religiöse Wertvorstellungen spielen dabei keine Rolle, solange sie nicht im klaren Widerspruch zur geltenden Rechtsordnung stehen.»

Jetzt komme ich nochmals auf dieses Inserat zurück. Ich meine, ich hätte da doch eine gewisse Sachkompetenz, um da mitzureden, aufgrund meiner 4jährigen Tätigkeit im nationalen Dachverband vom CEVI Schweiz, wo ich bis 2011 gearbeitet habe. Es ist ja so, dass man eigentlich in einem Stelleninserat nicht Glaubensinhalte fordern oder verlangen darf. Ausgenommen sind explizit im Arbeitsrecht kirchennahe, kirchliche und weltanschauliche Organisationen, die davon leben und das in ihrer DNA haben, dass sie genau diesen Punkt in ihrem Organisationszweck haben. Dann können sie das auch in einer Stellenausschreibung haben. So wird auch die Landeskirche, wenn sie Diakone (nicht nur Pfarrer, sondern auch Diakone) ausschreibt, auf die eine oder andere Art wissen wollen, wie sich diese Leute zur Kirche stellen. Es ist ja nicht so, dass die kirchlichen Sozialarbeiten, die von der Stadt bezogen werden bei den Landeskirchen, schlecht wären oder nicht bezahlt würden. Es ist auch nicht so, dass die Jugendorganisationen (CEVI, JUBLA und andere kirchennahe Organisationen) schlechte Arbeit machen und deshalb keine Fördergelder vom Bund erhalten. Nein, sie machen eine gute Arbeit. Auch dort geht es genau darum, solange nicht missioniert wird, erhält man dieses Geld.

Wenn wir als Stadt Winterthur aufgrund einer solchen Formulierung in einem Stelleninserat sagen, wir wollen das so nicht, dann würden wir strenger regulieren als das nationale Arbeitsrecht, wir würden strenger regulieren als z.B. das Amt vom Bund, das das Jugend&Sport-Geld vergibt, und wir würden strenger regulieren als der Kanton, der diese Organisationen auch unterstützt. So wie der Stadtrat es formuliert hat in seiner Antwort zu Deiner Anfrage, ist eigentlich alles gut aufgestellt und es gibt für uns keinen weiteren Regulierungsbedarf.

S. Müller (EVP): Ich finde persönlich diese Diskussion sehr spannend. Ich komme gleich noch darauf zurück, weshalb.

Als EVP-Fraktion werden wir dieses Postulat nicht überweisen. Wir sehen einfach keinen Handlungsbedarf bei der jetzigen Regelung. Denn schon jetzt werden mit diesen Organisationen Leistungsvereinbarungen gemacht und apropos Flughöhe: Ich glaube nicht, dass diese Leistungsvereinbarungen hier gemacht werden, dass wir diese formulieren müssen und deshalb bestens Bescheid wissen, was an der Basis läuft. Sondern das ist eben eine Quartierentwicklung, das ist eben z.B. OJA, das läuft über diese und diese wissen ganz genau Bescheid, was vor Ort läuft. Und diese können das gut einschätzen, welche speziellen, individuellen Regelungen es braucht in einer Leistungsvereinbarung. Und wenn wir jetzt da kommen

mit einer Grundregel über alles hinweg, dann werden wir dem nicht gerecht, was wir an der Basis tatsächlich finden. Soviel zum Thema Flughöhe.

Es wurde bereits angetönt, einfach noch kurz mit Zahlen: Nur bei der OJA (alle Angebote, die wir von OJA haben in der Stadt Winterthur) würde uns diese Arbeit, wenn wir die Unterstützung von Trägerkreisen, Privaten oder Kirchen (der allergrösste Teil sind Kirchen) herausnehmen würden, eine Million mehr kosten. So sind die Zahlen. Ich glaube nicht, dass wenn wir eine solche Formulierung nehmen mit «neutral», dass wir dann so weiterfahren können. Dann wird es einfach ein bisschen schwierig, das Ganze zu handhaben.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen, ich möchte noch kurz auf das «neutral» eingehen. Politisch und religiös neutral. Klar, ich bin ein Pfarrer von einer ach so gefährlichen Freikirche. Jetzt wird es natürlich heikel, jetzt spreche ich auch noch über Neutralität. Ich finde es einfach eine Illusion. Es ist niemand von uns hier drinnen neutral. Reto Diener, Du hast das schon gesagt, es ist niemand neutral. Ich plädiere dafür, dass wir nicht einvernehmend sind. Und das sage ich als Freikirchler. Ich bin absolut dagegen, dass missioniert wird in einer solchen Organisation, unter irgendeinem falschen Vorwand. Da bin ich dagegen. Ich bin für Transparenz oder auch für wirklich offen sagen: Das ist mein Profil, das ist mein Hintergrund, von da komme ich, das sind meine Überzeugungen. Diese sind nicht neutral – das ist so. Das ist viel näher an der Realität. Wenn wir nämlich sagen, wir sind nicht einvernehmend. Wenn schon Grundregeln, dann diese: Nicht einvernehmend. Aber nicht «neutral», neutral ist niemand.

Ich möchte zum Schluss ein Beispiel bringen. Es ist vielleicht heikel, ich weiss es nicht. Besonders bei Schwächeren ist es doch ganz wichtig, dass ich dort transparent bin und mein Gegenüber, das Hilfe braucht, die ich vielleicht bieten kann, weiss, an was es ist. Dann kann es selber entscheiden, ob es das möchte oder nicht möchte. Das heisst es auch im Vorstoss, dass man da darauf achten muss, gerade bei den Schwächsten. Das habe ich selber erlebt: Eine Frau, die sich engagieren möchte und eine Familie unterstützen und begleiten möchte, die sehr schlecht gestellt ist, finanziell und sehr grosse Baustellen hat. Diese Frau ist Veganerin und begann, diese Familie zu begleiten. Diese Frau ist nicht neutral, das wissen wir alle. Aber immer mehr probierte sie, ihren Lifestyle dieser Familie aufzudrängen, vegan zu leben, das ist das Gesunde, das ist die Lösung all Eurer Probleme. Und statt dieser Familie zu helfen, gab es noch viel mehr Probleme. Und das ist nicht neutral, damit löst man es nicht - aber wenn es nicht einvernehmend ist.

Mit einer solchen Grundregel würde ich sofort mitmachen. Und ich wäre das nächste Mal froh, wenn wir einen solchen Vorstoss zusammen formulieren könnten, ich glaube, da kämen wir auf eine gute Lösung. Aber so, in dieser Form, kann ich nicht mitmachen.

Und ich bin auch dankbar, dass das nicht nur meine Worte sind, sondern wirklich auch die der EVP-Fraktion.

R. Kappeler (SP): Die SP-Fraktion wird geteilt stimmen. Es wurde sehr vieles schon gesagt, ich fasse nur ganz kurz ein paar Schlagworte zusammen. Ich glaube, das Wichtigste sagte Marc Wäckerlin am Anfang selber: Haben wir überhaupt ein Problem? Jetzt kann man sagen, wir haben eines, weil wir keine generell abstrakte Regelung haben. Es gibt bei uns die eine Seite, die sagt, das müsse man lösen.

Die andere Seite sagt, man habe kein Problem. Der Stadtrat sagte in seiner Antwort, in den meisten Leistungsvereinbarungen hat er diese Begriffe drin und damit hat er, falls es ein Problem gäbe, dieses eigentlich erkannt und ist daran, das zu machen, ohne dass wir ihn da noch mit einem politischen Vorstoss quasi zur Bürokratie zwingen.

Eine 2. Frage: Sämi zeigte das vorher sehr schön mit seinem Abschlussbeispiel, warum nun gerade politisch und weltanschaulich neutral (wobei dann im Text immer religiös oder konfessionell steht). Es gäbe noch andere Kriterien, die uns wichtig wären. Wenn die Stadt mit dem Albanifest eine Leistungsvereinbarung macht, dann ist die religiöse Neutralität wahrscheinlich nicht das Wichtigste. Es ist ein bisschen willkürlich, dass man genau diese beiden da herausgreift. Wenn man die anderen Standards auch noch hineinnehmen möchte, dann kommt man vielleicht wirklich auf eine Überreglementierung, da gebe ich persönlich Urs Hofer recht, dass man da nicht generell abstrakt lösen muss.

Und der 3. Punkt, mit dem Beispiel der Auslandhilfe von Marc Wäckerlin. Er schreibt dann am Schluss schon, es müsse diskriminierungsfrei sein, aber in Wirklichkeit stört er sich ja eben an bestimmten Dingen, die in seinem Sinn auch nicht diskriminierungsfrei zu lösen wären. Und deshalb sind wir im Dilemma. Wie gesagt: Die einen finden, doch, der Stadtrat soll das noch ein bisschen allgemeiner machen, und die anderen finden, nein, kein Handlungsbedarf.

T. Brütsch (SVP): Die SVP-Fraktion teilt selbstverständlich die Meinung von Marc Wäckerlin, dass staatliches Handeln konfessionell neutral sein muss und dass sich auch kirchennahe Organisationen daran halten müssen, wenn sie Dienstleistungen im Auftrag der Stadt erbringen. Insofern muss auch Sämi Müller neutral sein, wenn er Leistungen im Auftrag der Stadt erbringt.

Das Problem, das Marc Wäckerlin gesichtet haben will, und den entsprechenden Vorstoss, den er noch als Mitglied der GLP-Fraktion eingereicht hat, sehen ich und ein Teil der SVP-Fraktion allerdings nicht. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Kirchen resp. kirchennahen Organisationen funktioniert soweit wir wissen reibungslos und wir nehmen den Stadtrat insofern auch beim Wort, wenn er bei früheren Stellungnahmen zu diesem Thema sagt, dass bei Leistungsvereinbarungen die weltanschauliche Neutralität auch explizit eingefordert werde, wenn das sachgerecht erscheine. Festzuhalten ist, dass das Postulat sich v.a. am Schulheim Gotthilf in Zizers zu stören scheint. Und sollte diese Organisation (oder eine andere) sich tatsächlich konfessionell nicht neutral verhalten oder sogar missionieren im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen für die Stadt, dann wäre dieser Einzelfall allenfalls mit einem Vorstoss aus dem Grossen Gemeinderat genauer zu untersuchen und die Zusammenarbeit gegebenenfalls einzustellen.

Mit der Schaffung einer separaten internen Richtlinie für ein Problem, das unseres Erachtens kein wirkliches ist, würde das Kind hingegen mit dem Bad ausgeschüttet. Und persönlich bin ich der Meinung, wir sollten uns lieber auf die Suche machen nach potentiell überflüssigen Regelungen und Regulierungen und diese abschaffen, statt weitere solche zu schaffen. Dieser Ansatz sollte eigentlich auch dem libertären Gedankengut vom geschätzten Kollegen Marc Wäckerlin entsprechen.

Da die SVP-Fraktion das grundsätzliche Anliegen hinter dem Vorstoss von Marc Wäckerlin wie eingangs erwähnt teilweise unterstützt und fraktionsintern durchaus auch Sympathien für seinen Vorstoss bestehen, haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

S. Gygax (GLP): Wie wir gehört haben, ist der Vorstoss noch eine Restanz auch für die GLP aus der letzten Legislatur. Wir von den Grünliberalen begrüßen natürlich, wenn die Stadt bei ihrer Aufgabenerfüllung die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen sucht. Gleichzeitig müssen Steuergelder immer sehr vorsichtig eingesetzt werden. Deshalb unterstützen wir die Erarbeitung von Grundregeln, die dann auch explizit für alle gelten. Diese sollen vorsehen, dass Steuergelder eben konfessionell und politisch neutral eingesetzt werden, da sind wir ganz anderer Meinung als Sämi Müller. Insbesondere sollen keine öffentlichen Mittel zu Missionszwecken eingesetzt werden und – was uns auch wichtig ist – Angebote von staatlich unterstützten Institutionen müssen für alle offen sein. Das ist der Kern des Postulats, so wie wir Grünliberalen ihn verstehen. Und wir möchten, dass diese Grundregeln verankert werden. Deshalb werden wir dieses Postulat auch überweisen.

Wir anerkennen aber auch die wertvollen Leistungen, die gerade auch christliche oder allgemein religiös motivierte Institutionen leisten. Insbesondere im Sozialbereich, das haben wir jetzt mehrfach auch schon gehört, entlastet ihr Engagement die Stadtkasse massgeblich. Deshalb sollen auch weiterhin solche Leistungsvereinbarungen möglich sein. Uns ist einfach wichtig, und wir möchten es nochmals gesagt haben, dass es da um Offenheit dieser Angebote geht. Wir sind sicher, dass der Stadtrat beim Verfassen des Berichtes, sofern das Postulat jetzt überwiesen wird, das nötige Augenmass bewahren wird.

Z. Dähler (CVP/EDU): Die EDU als Partei und auch ich sind für die Trennung von Kirche und Staat. Das ist für uns gleichbedeutend mit der Trennung von Staat und Kirche. Und der Ursprung dieses Postulats ist dort, dass der Staat die Kirche kontrollieren soll. Das ist für mich

diskreditierend und nicht liberal. Das war ursprünglich so, es wurde jetzt noch einiges daran gearbeitet.

Trotzdem Folgendes aus meiner Sicht. Ich versuche jetzt einfach, das Ganze ideologielos darzustellen. Eine Gruppe von Menschen, die sich für etwas zusammen interessieren. Sie kommen zusammen, beginnen sich zu treffen und auszutauschen, irgendwann gründen sie einen Verein. Dieser Verein wächst, weil diese Menschen es gut haben miteinander. Die Bedürfnisse der Vereinsmitglieder wachsen, sie mieten sich eine Lokalität, so dass sie flexibler sind mit ihren Räumen. Es wächst weiter, sie haben es immer noch gut miteinander, sogar sehr gut, der Verein hat Zulauf. Irgendwann sagt der Verein, wir kaufen uns eine Liegenschaft oder ein Stück Land, bauen etwas, damit die Bedürfnisse der Vereinsmitglieder mit diesem Gebäude abgedeckt werden können. Das Gebäude wird nicht gewinnorientiert genutzt. Aber das Gebäude steht wahrscheinlich, wie viele solche Gebäude, den grössten Teil der Zeit leer. Und der Verein kommt auf die Idee, die Räumlichkeiten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Man kann diese gegen Kostenmiete mieten und somit kann die Umgebung von einem solchen Dienstleistungsangebot profitieren.

Mit diesem Vorstoss, mit dem wir wollen, dass die Stadt ein solches Angebot nicht nutzt, weil der Verein oder die Vereinsmitglieder nicht offen sind, um ihre eigene Meinung zu ändern, das ist einmal blöd... Ja, ist einfach blöd.

Für mich ist es auch ganz klar: Wenn die Stadt eine Dienstleistung anbieten muss, z.B. eine Schule (wir hatten das Beispiel der Schule), dann ist es für mich ok, dass die Stadt vorgeschreibt, wie diese Schule funktionieren muss. Wenn aber die Stadt ein Bedürfnis hat und das Bedürfnis bereits schon abgedeckt ist (nicht ein Bedürfnis, das sie haben muss, sondern einfach eines, das sie hat) und dann der Stadt vorzuschreiben, sie müsse eine teurere andere Lösung suchen, um das Bedürfnis zu decken, anstatt das von freiwilligen Leuten in der Umgebung zu brauchen... Da sind wir wieder beim blöd.

M. Wackerlin (PP): Ich habe mir massenhaft Notizen gemacht, ich versuche nur auf die Wichtigsten einzugehen. Aber das, was ich am Anfang gesagt habe: Ich halte Euch zugute, dass Ihr Eure Voten schon vorher vorbereitet habt (und nicht, dass Ihr mir nicht zugehört habt) und dass Ihr Eure Voten nicht mehr korrigieren konntet.

Ich beginne mit Zeno. Zeno, es tut mir leid. Du hast Dich völlig verrannt. Von all dem, was Du gesagt hast, steht null und nichts in diesem Postulat. Der Staat soll nicht die Kirchen kontrollieren. Das würde mir nie einfallen. Das ist deren Privatsache, was sie machen. Da bin ich libertär genug, es soll jeder machen und denken und glauben, was er will. Es geht auch nicht um das Mieten von Räumlichkeiten, das war in der Schriftlichen Anfrage ein Punkt, das ist in diesem Vorstoss kein Thema. Also von all dem, was Du gesagt hast, bezieht sich leider nichts auf den Vorstoss.

Ein bisschen allgemein zusammengenommen, ist das, was für mich herausgekommen ist: Die Kirchen und ihre Dienstleistungen müssen sofort schliessen und es bricht alles zusammen. Das ist natürlich nicht so. Wie schon in der Schriftlichen Anfrage steht: Es wird ja meistens schon gemacht, d.h. die allermeisten Organisationen leben mit dem. Man müsste es nur noch ergänzen um diejenigen, die noch nicht damit leben, wo es aber vielleicht sinnvoll wäre. Die Lehrperson, das ist für mich nicht das absolute Kriterium, das ist mir einfach aufgefallen. Aus meiner Perspektive ist das nicht ok, aber ich entscheide nicht, was ok ist und was nicht ok ist. Wenn die Schule da bereit ist, diese Bedingung zu unterschreiben, dann ist es gegessen. Es ist ja wirklich eine ganz einfache Forderung. Man unterschreibt, dass man nicht missioniert, und dann ist es gut.

Und Sämi, ich glaube, Du müsstest das schon unterstützen, weisst Du. Es steht «diskriminierungsfrei, z.B. weltanschaulich und politisch», weil das einfach die typischen Beispiele sind. Und, Roland Kappeler, wenn wir gerade bei diesem Thema sind: Sonst müsstest Du mir halt sagen, was man beim Albanifest noch für Zusatzbedingungen stellen müsste, da fällt mir eigentlich nichts ein, ausser vielleicht, wenn irgendeiner gewisse Gruppierungen nicht in sein Zelt hineinlassen will – das wäre vielleicht etwas, worüber man einmal diskutieren müsste.

Ja, das sind so die wesentlichen Sachen. Und das liberal-libertäre heisst nicht, dass der Staat einfach Geld ausgeben kann ohne irgendwelche Richtlinien. Sondern eben genau der Staat muss Richtlinien haben, nicht die Wirtschaft.

Dem Staat muss man klar machen, nach welchen Bedingungen, und es muss fair sein und für alle gleich. Es ist nicht fair und für alle gleich, wenn gewisse diese Vereinbarung unterschreiben und andere nicht. Es wäre eine kleine Änderung, aber es würde an einem wesentlichen Punkt etwas Wesentliches bewirken, ohne dass man wegen dem die Bürokratie erhöhen müsste.

S. Müller (EVP): Ich möchte nur kurz noch etwas sagen und klarstellen: Wenn dort stehen würde «nicht missionieren», dann würde ich es unterschreiben. Aber es steht eben «politisch und konfessionell neutral». Jetzt sag mir einfach mal, wie eine Kirche politisch – das geht hofentlich noch – aber konfessionell neutral sein soll. Ist nicht möglich, ist nicht umsetzbar. Und das ist etwas von der Diversität, die man sonst auch immer sehr hoch lobt.

M. Wäckerlin (PP): Ein Satz: «Politisch und konfessionell neutral» habe ich 1:1 aus der Antwort des Stadtrates herauskopiert. Das steht jetzt in diesen Vereinbarungen drin. Man soll das nehmen, das man hat, und nicht etwas Neues erfinden.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben eigentlich diese Antworten schon einmal gegeben und ich sehe echt nicht ein, wo das Problem ist. Für mich ist der Kern dieses Antrages im letzten Nebensatz des Antrages «beispielsweise bei der Vergabe der Auslandhilfe.»

Und es ist eine Tatsache, bei den Projekten, die wir bekommen, da sind viele, auch kirchliche, Sozialprojekte dabei. Und wir schauen diese Sozialprojekte an. Und nur, weil der Pirat hinter jeder Kirche missionarische Tätigkeiten wittert, hat er diesen Vorstoss gemacht als Erstpostulant. Das muss ich ihm unterstellen.

Wir hatten Diskussionen um die Auslandhilfe, wir schauten diese Richtlinien nochmals an, auch mit den anderen Städten. Wir machen das ja zusammen mit St. Gallen, Frauenfeld und Schaffhausen. Man sah dort, dass wir unterschiedliche Richtlinien hatten. Das Votum von Dir hat immerhin dazu geführt, dass wir jetzt einheitlich über einen Leisten ziehen, wenn es um die Beurteilung geht. Aber wir wissen, was Deine Präferenz ist. Du sprichst nicht von christlichen Grundwerten, Du negierst sie. Das ist Deine Weltanschauung.

Dieser Vorstoss, der geht für mich in diese Richtung. Wir haben kein Problem. Sobald missionarische, wirklich missionarische Tätigkeiten auftauchen, dann intervenieren wir, denn das finden wir auch nicht gut.

Da, bei diesem Stelleninserat, habe ich entweder etwas verpasst oder ich begreife nicht, was der Bezug zu Winterthur ist. Ich sehe darin keine missionarische Tätigkeit.

Ich empfehle, dieses Postulat abzulehnen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer das Postulat ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Damit habt Ihr das Postulat mit 18:35 nicht überwiesen.

29. Traktandum

GGR-Nr. 2016.87: Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP/PP) und M. Wäckerlin (GLP/PP) betr. Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben gehofft, dass wir heute eine kürzere Sitzung haben. Es entwickelt sich sehr schlecht. Die Voten werden immer langsamer – oder immer länger. Wir machen noch Traktandum 29, mal schauen, ob wir es noch vor 22 Uhr hineinbringen.

Beantwortung der Interpellation betreffend Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG, eingereicht von den Gemeinderäten Michael Zeugin und Marc Wäckerlin. Für Michael Zeugin spricht Silvia Gygax.

S. Gygax (GLP): Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Die Förderung von Startups und Jungunternehmen erachten wir Grünliberalen als eine sehr wichtige Aufgabe, um den Wirtschaftsstandort Winterthur in eine prosperierende Zukunft zu führen. Denn unter den heutigen Startups könnten die grossen Arbeitgeber von morgen sein. Und diese möchten wir wirklich gerne in Winterthur haben und nicht an irgendeinem anderen Ort. Wir sind deshalb froh, dass es eine Institution wie den Technopark gibt, und das sogar in einer Form von einer Public-Private-Partnership.

Das Konzept des Technoparks, nämlich die Akteure aus der Wirtschaft, aus der Wissenschaft und aus der Technologie räumlich zusammenzubringen, ist bestechend. Wo wir aber unsere Fragezeichen haben, das ist z.B. bei der Zusammensetzung der Mieter. Im Mai dieses Jahres wurde nämlich bekannt, dass der Technopark Büroflächen für Jungunternehmen ausserhalb des Technoparks suchen muss. Das kann ja einerseits erfreulich tönen, weil offensichtlich Startups ansiedeln wollen und sich für den Technopark interessieren. Es ist andererseits aber auch ein Problem, weil die räumliche Zusammenführung von Wissenschaft, Wirtschaft und Technologie eben im eigentlichen Sinn nicht mehr gewährt werden kann.

Die anderen Mieter (RAV, ZHAW) haben 2016 – das ist der Stand der Antwort dieser Interpellation – 48.6% der Büroflächen gemietet. Und das werden sie auch noch ein paar Jahre lang machen können. Das RAV hat ein Mietverhältnis, dass es bis 2030 jeweils um 5 Jahre verlängern kann. Dass man damals, 2010, das RAV als Ankermieter brauchte, um den Technopark so erweitern zu können, wie er jetzt ist, das können wir verstehen. Es ist jetzt aber langsam an der Zeit, dass man die eigentlichen Ziele des Technoparks, nämlich die Förderung der Startups, wieder verstärkt verfolgt und eine gute Durchmischung der Mieter bekommt.

Das zweite Problem sehen wir bei der Dividende. Der Technopark wird als eigenständiges Unternehmen in der Form einer AG geführt. Winterthur ist mit einem Aktienkapital von 4.5 Mio., das sind rund 38%, beteiligt. Seit 2010, so steht es in dieser Antwort, kann der Technopark dank guter Auslastung Dividenden in der Höhe von 2% des nominellen Aktienwertes ausschütten. Das sind jährlich 90'000 Fr. für die Stadt Winterthur. Wir Grünliberalen sind aber der Ansicht, dass es beim Technopark nicht darum gehen sollte, einen hohen Gewinn zu erzielen und die Dividende an die Aktionäre auszuschütten. Das Ziel des Technoparks ist wie gesagt die Förderung von Startups und Jungunternehmen. Der Technopark ist keine Immobilienfirma, die Büroräumlichkeiten vermietet und Dividenden ausschütten sollte. Das ist nicht Sinn dieser Sache.

Und für uns ist das auch kein Nachweis von Erfolg. Erfolg bedeutet für uns, viele Jungunternehmer auf ihrem Weg zu begleiten und ihnen die nötige Unterstützung und Hilfestellungen anbieten zu können. Deshalb ist es für uns Grünliberale sogar denkbar, dass der Technopark keine Dividende ausschüttet, sondern damit z.B. Programme zur Startup-Förderung finanzieren würde.

Wir glauben fest an den Technopark. Es wäre sehr schade, wenn man dieses Potential nicht voll ausschöpfen würde und man sich damit begnügen würde, einfach Dividenden ausbezahlt zu bekommen. Technopark kann mehr leisten und wir glauben daran, dass mit der neuen Strategie die nötigen Weichen auch schon gestellt wurden.

Die Interpellationsantwort aus dem Jahr 2016 aber nehmen wir so, wie sie ist, negativ zur Kenntnis, im Wissen, dass sich seither doch wieder Einiges bewegt hat.

M. Wäckerlin (PP): Ich habe das seinerzeit mit Michael zusammen miteingereicht. Der Technopark ist eine gute Sache. Aber auch Gutes sollte messbar sein. Der Stadtrat sollte besser darauf achten, was mit den Firmen geschieht, die den Technopark verlassen: Verlassen sie Winterthur, oder bleiben die Arbeitsplätze an anderer Stelle in der Stadt Winterthur bestehen? Man könnte z.B. eine freiwillige jährliche Rückmeldung an den Technopark vereinbaren, über die Weiterentwicklung von Firmen, die ausgezogen sind.

Die Frage 4 wurde meiner Meinung nach nicht korrekt beantwortet worden. Da wären wir an einer Entwicklung über die Jahre interessiert gewesen. Das Ziel war es ja eigentlich, dass der Anteil von ZHAW und RAV zu Gunsten von Jungunternehmen und Spin-Offs mit der Zeit zurückgeht. Das Ziel der Frage wäre gewesen, dies zu prüfen.

Wenn in der Primar- und Sekundarschule Selbstständigkeit und Kreativität fehlt, so hat die Stadt da grundsätzlich Handlungsmöglichkeiten, um das zu verbessern. Das zeigt auch, dass der Technopark nicht im luftleeren Raum steht, und für wirtschaftlichen Erfolg der Stadt vieles besser aufeinander abgestimmt werden sollte, von den Schulen bis zu den Steuern.

Generell fehlt offenbar eine Vision des Stadtrats, wie man den Technopark noch effizienter in der Förderung von Jungunternehmen machen könnte. Man nimmt den Status Quo und untersucht ihn auch nicht eingehend auf seine Wirksamkeit.

Die im letzten Abschnitt genannten Massnahmen und Verbesserungsansätze begrüssen wir. Fazit: Es ist gut, dass wir den Technopark haben, aber es gibt Verbesserungspotential auf verschiedenen Ebenen. Aus diesem Grund nehme ich die Antwort negativ zur Kenntnis. Der Stadtrat scheint zu wenig Wert auf Zielerreichung und Erfolgskontrolle zu legen. Es braucht eine verbesserte Erfolgskontrolle und es sollte eine Verschiebung des Raumangebotes hin zu mehr Flächen für Jungunternehmen stattfinden. Und das sollte man in Zahlen ausweisen können. Da erwarte ich eine Verbesserung.

L. Banholzer (EVP): Die EVP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die Interpellanten haben in ihrer Einleitung eine gewisse Skepsis antönen lassen, ob der Technopark seinen ursprünglichen Zielen gerecht wird und insbesondere, ob die Startup-Förderung wirklich den angemessenen Platz dort drin hat.

Für uns ist das eigentlich keine Diskussion. Trotz grossen Ankermietern wie dem RAV, das man eigentlich nicht unbedingt in einem Technopark erwartet und einem Institut wie der ZHAW, zeigt für uns der Stadtrat doch glaubhaft auf, dass es genügend Platz und Möglichkeiten gibt, um die Ziele eines solchen Innovationszentrums zu erreichen. Die Antworten zeigen auch auf, wie viele Instrumente und Aspekte es gibt zur Förderung von Startups und weiteren Unternehmen im Bereich des Technoparks.

Das Fazit für uns aus Sicht der Stadt Winterthur ist erfreulich und die finanzielle Beteiligung macht also auch durchaus Sinn. Wir nehmen deshalb die Antwort in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL ist zufrieden mit der Interpellationsantwort des Stadtrates. Wir erfahren aus der Antwort einige Dinge über den Technopark und danken auch für die aufgeworfenen Fragen. Wie gesagt, wir wissen jetzt, wie hoch das Aktienkapital ist, was für einen Anteil wir haben, wie hoch die Dividende ist; aber auch, dass Jungunternehmer im 1. Jahr einen Mietzinsrabatt von 30%, im 2. Jahr 20% und im 3. Jahr 10% erhalten. Wie gesagt, wir sind zufrieden, allerdings bleibt mir das Ziel der Initianten relativ unklar resp. ich habe es erst jetzt eigentlich begriffen durch die Erläuterungen von Silvia Gyga.

Was man einfach berücksichtigen muss: Wenn man einen Anteil von 38.4% hat, kann man halt nicht alleine entscheiden. Das, was die GLP eigentlich möchte, müsste eigentlich heissen, dass wir einen 2. Technopark machen, der zu 100% im Eigentum der Stadt ist.

Z. Dähler (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion danken dem Stadtrat für seine Antwort und nehmen sie positiv zur Kenntnis. Vieles wurde schon gesagt. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, aber es gibt einen Punkt, den ich schon vor Jahren moniert habe im Rahmen einer Diplomarbeit, die ich über den Technopark geschrieben habe. Das ist das, was Marc auch schon gesagt hat: Man weiss heute nicht – oder man wusste es lange nicht, ich nehme an, es wird mittlerweile verbessert angegangen – was mit den Firmen passiert, die aus dem Technopark weggehen. Mein Stand ist 2009, das ist auch schon ein Weilchen her, aber alle Firmen, die im Jahr 2009 «erwachsen» wurden und aus dem Technopark weggingen, gibt es heute nicht mehr bzw. gab es damals schon nicht mehr. Doch, damals gab es noch eine, nämlich die United Mobile AG. Das ist eigentlich keine so gute Sache, denn diese hatten zu

besten Zeiten 120 Arbeitsplätze, aber sie sind aus dem Technopark weg und haben die Region Winterthur verlassen. Sie wurden dann aus den USA gekauft, die Arbeitsplätze gingen nach Indien. Aber es wäre schon, auch aus meiner Sicht, wichtig zu wissen, was es uns bringt. Und v.a. möchte ich dem Stadtrat und dem Technopark und dem «House of Winterthur» nahelegen, dass die Zusammenarbeit miteinander verbessert wird, damit die Firmen, die aus dem Technopark hinausgehen, in Winterthur bleiben.

D. Oswald (SVP): Auch wir von der SVP danken dem Stadtrat für die Antwort und nehmen sie positiv zur Kenntnis. Klar kann man sich überlegen, ob ein Mieter wie das RAV im Technopark am richtigen Ort ist, aber das Zentrale ist, dass das Modell ja gut funktioniert, so dass man Jungunternehmern auch wirklich die Möglichkeit geben kann, sich an einem Ort niederzulassen und ihre Geschäftstätigkeit zu beginnen.

Auf was ich ganz speziell hinweisen möchte, steht auf p. 5 der Interpellationsantwort, wo es um die Jungunternehmer geht: «So ist das Interesse für unternehmerisches Engagement unter den Jugendlichen (18-24 Jahren) in der Schweiz am Zweittiefsten (am Zweittiefsten, meine Damen und Herren!) im Vergleich mit allen anderen hoch industrialisierten Ländern, und die Risikoaversion aller Altersklassen deutlich höher als der Durchschnitt.»

Und das kommt von der unsäglichen Förderung. Wir behindern die Leute richtig in der Eigenverantwortung, wir hindern den unternehmerischen Gedanken damit. Ich zitiere meinen Landsmann, den freisinnigen Ständerat Ruedi Noser, der am 30.05.2018 auf der Cash-Homepage interviewt wurde, wo er als Unternehmer sagt (er gründete 1984 ein Eigentümerunternehmen), er fühle sich als aussterbende Spezies. Er wird gefragt, wieso es heute anders sei. «Ich war kürzlich an einer Startup-Messe in Finnland. Da sitzen 20-jährige Leute und versuchen, ihre Geschäftsideen an Investoren zu verkaufen. Ich hingegen suchte seit jeher Kunden, nicht Investoren. Das ist eine Umkehr des ganzen Mechanismus.» Ich möchte Ruedi Nosers Aussage in dem Sinne noch ergänzen: Sie suchen Investoren und suchen noch überall Förderung, die Jungen. Und das ist falsch. Da fördern wir nicht gesundes Unternehmertum. Wirklich fördern heisst, Förderungen zurückzunehmen, Subventionen zurückzunehmen. Und das passt nicht nur zu diesem Geschäft, sondern das passt auch noch zu anderen Geschäften vom heutigen Abend.

Abschliessend: Wenn wir wirklich Bedingungen schaffen wollen, dass wir Unternehmen hier haben, dass sich das Unternehmertum entwickeln kann, dann müssen wir gute Rahmenbedingungen schaffen und für diese sorgen, d.h. tiefe Steuern, tiefe Abgaben, aber wenig bis keine unnötigen Vorschriften. Dort liegt viel mehr drin. Und dann haben wir zudem noch einen Zusatznutzen: Wir machen es nicht nur für die Startups, sondern wir machen es für alle Unternehmen, die am Standort Winterthur und der weiteren Umgebung tätig sind. Das ist der zentrale Punkt. Alle unsere gut gemeinten Vorschläge zur Förderung seitens des Staates sind schlussendlich sehr teuer und bringen niemandem etwas. Am wenigsten bringen sie dem, für das man es ursprünglich gedacht hat.

In dem Sinn habe ich mir erlaubt, dass ich da etwas weiter aushole. Zurück zur Interpellation: Wir sind zufrieden mit dieser Interpellationsantwort und nehmen sie im positiven Sinn zur Kenntnis.

M. Sorgo (SP): Auch die SP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Interpellation zustimmend zur Kenntnis. Inhaltlich schliessen wir uns mehrheitlich der EVP und der Grünen Partei an. Natürlich auch der GLP, gerade in der Aussage, dass bei den Angeboten des Technoparks nicht der Gewinn im Vordergrund stehen sollte, dass es dort nicht darum geht, möglichst viel Dividende abschöpfen zu können, sondern dass man den Gewinn, den man dort macht, sinnvoll wieder investieren kann in die Förderung von Startups oder anderen Unternehmen, die gegründet werden.

Der Kulturpessimismus von Dani Oswald bezüglich der Risikofreudigkeit von Jungen teile ich persönlich nicht so. Ich denke, da gibt es andere Gründe, weshalb die Förderung von Jungunternehmern sicher wichtig ist. Weiter ist auch das Thema mit diesen Ankermietern. Ich denke, da muss man schauen, um welche es geht. Bei der ZHAW macht es sicher Sinn, dass sie im Technopark angesiedelt sind, gerade auch für den Austausch mit diesen Startups, für

die Positionierung von Spin-Offs. Ob das RAV dort Sinn macht oder nicht, darüber kann man diskutieren. Sie sind jetzt aber dort, das ist auch kantonal vermietet, da kann die Stadt nicht wahnsinnig viel daran ändern, aber der Interpellant ist ja auch noch im Kantonsrat und könnte den Auftrag ja dort auch noch stellen.

In dem Sinn danken wir für die Antwort.

U. Hofer (FDP): Auch wir danken dem Stadtrat für die aufschlussreiche und – leider bei weitem nicht mehr ganz tagesaktuelle – Beantwortung der Interpellation. Seit dem 1. April 2017, also auch schon seit mehr als einem Jahr, wissen wir, dass es 200m² Coworking-Space gibt, in der Workeria.

Und dazu muss man schon noch sagen: Es sind eigentlich berechnete Fragen, aber dahinter versteckt sich doch eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Konzept vom Technopark, das konnten wir dem Votum von Silvia deutlich entnehmen. Was ich GLP-typisch finde, es kommen keine konkreten Inputs, was man besser machen könnte, sondern sehr viele Zahlen. Und auch wieder ganz typisch, man will in einem 2. Vorstoss, das hat Marc angedeutet in der neuen Fraktion, die Zahlen festschreiben und das Problem ist gelöst.

Wir von der FDP-Fraktion stimmen da mit dem Stadtrat überein, dass der Erfolg von Startups von ganz vielen Faktoren abhängt, und dass nur ein Teil davon vom Stadtrat und der Stadt Winterthur gesteuert werden können. Der Technopark ist deshalb ein wichtiges Puzzlestück, aber bei weitem nicht das Einzige. Erfolg bedeutet Arbeitsplätze in Winterthur, und wenn wir einen Beitrag dazu leisten können und noch eine Dividende von 2% erhalten können, halten wir das für positiv.

Ich durfte zahlreiche Jungunternehmer in Winterthur beruflich begleiten und ich kann nur bekräftigen, was der Stadtrat ausführt. Z.B. sind die Mietkosten in der Regel das geringste Problem eines Startups, deshalb ist auch die Fläche nicht wirklich das grösste Problem. Es gibt günstige Möglichkeiten auch im Salzhaus, beim Bahnhofplatz etc., wo sehr günstig gemietet werden kann. Das Problem sind aber die Rahmenbedingungen. Und bei den Rahmenbedingungen sind wir Politiker gefordert. Wenn man einfach auf dem Investorenwert besteuert wird als Startup, dann tut das einfach verdammt weh, und da müssen wir etwas machen. Es geht um die Anforderungen an Buchhaltung, an Rechnungslegung usw. Also, liebe GLP, wenn Ihr etwas machen wollt, macht bitte weniger Gesetze – nicht mehr.

Ein Experte von uns hat kostenlos beraten, hat auch einen Beitrag geleistet. Ich möchte alle auffordern: Wenn Ihr etwas kritisieren wollt, macht bitte mit, schaut Euch das an, helft, wo Ihr helfen könnt, das hilft uns allen. Und bitte weniger Vorstösse und abstrakte Theorien diesbezüglich.

Wir nehmen das wohlwollend zur Kenntnis, besten Dank.

S. Gygax (GLP): Ich möchte gerne noch ein paar Punkte aufnehmen. Es wurde 2 x gesagt, dass wir als Stadt nicht einen so grossen Hebel haben auf die Strategie des Technoparks mit 38% Aktienkapital. Ich möchte einfach nochmals in Erinnerung rufen: Die Stadt ist im Verwaltungsrat des Technoparks, mit unserem Präsidenten Mike Künzle, vertreten. Wir haben sehr wohl einen Einsitz dort und können dort strategisch mitreden. Und deshalb ist es auch legitim, dass wir hier darüber sprechen und unserem Vertreter sagen, wie wir das gerne hätten. Und da sind durchaus sehr verschiedene Meinungen auch angebracht.

Und ein 2. Punkt ist: Wir wurden angegriffen, wir würden keine Inputs bringen. Ich glaube, der ganze Vorstoss ist ein Input. Es sind ganz viele Inputs, und konkret haben wir jetzt auch gesagt, dass wir uns z.B. vorstellen könnten, die Dividende nicht selber auszahlen zu lassen sondern anders zu investieren. Ich glaube, da sind doch einige Dinge von uns her gekommen.

Und von mehr Gesetzen habe ich in meinem Votum gar nichts gehört und im Vorstoss auch nichts gelesen. Davon möchte ich mich distanzieren. Ich finde es wichtig, dass wir solche Debatten führen, denn da haben wir einen direkten Draht und das ist der richtige Weg, auf dem das weitergeleitet werden soll. Ich hoffe, dass das eine oder andere auch aufgenommen werden kann.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wünscht der Stadtrat, der einzige, der noch ausgeharrt hat, das Wort?

Stadtpräsident M. Künzle: Ja, der harrt aus.

Ich danke für alle diese Voten und ich bin gleicher Meinung wie Silvia: Es ist wichtig, dass man über den Technopark auch spricht und dass man eine Vorstellung hat, wie denn der Technopark funktionieren soll, auch wenn wir «nur» 38% haben.

Die Interpellation konnte ich sehr gut gebrauchen, herzlichen Dank, denn wir sind im Verwaltungsrat des Technoparks ungefähr gerade dann in die strategischen Diskussionen eingestiegen. Wir haben auch gesehen, dass es gewisse Punkte gibt, und die sind fast deckungsgleich mit diesen Dingen, die jetzt auch angesprochen worden sind, dass wir an dieser Strategie etwas justieren und verändern und verschärfen müssen. Und das haben wir gemacht. Wenn ich das Beispiel nehme von den Unternehmungen, die man besser im Griff haben muss, auch wenn sie den Technopark einmal verlassen: Das haben wir in dieser Strategie aufgenommen. Wir möchten ein Instrument einführen, mit dem wir diese Firmen, die den Technopark verlassen, auch darüber hinaus beobachten können. Leider sind die letzten beiden Beispiele solche von Firmen, die nach Zürich gegangen sind. Sie hatten da in Winterthur Erfolg und wanderten nach Zürich ab. Diese Startups suchen dann halt noch eher den grösseren Platz Zürich als hier in Winterthur. Und dort müssen wir einhaken können, dass wir diesen einen Platz bieten können hier in Winterthur, dass wir diese an die Hand nehmen können. Wir haben einen Ansiedlungsmanager, wir können diese Unterstützung bieten. Aber das braucht Informationen und man muss bei diesen Firmen an Informationen herankommen. Wir haben auch die Bedeutung der Startups hervorgehoben. Es ist uns ganz wichtig, dass wir für die Startups etwas bieten können.

Es ist seit kurzem so, dass die Startups ihr Glück auch ein bisschen selber in die Hand genommen haben mit dem Entrepreneur-Club, der für die Startups dasteht, in dem sich junge, dynamische, innovative Kräfte gefunden haben, die etwas bewegen wollen in dieser Startup-Szene. Diese tun den Startups, die es im Technopark schon gibt, sehr gut. Das hat nun auch eine Welle ausgelöst und wir werden sicher auch noch darüber diskutieren, ob wir den Entrepreneur-Club nicht noch enger an den Technopark anbinden können, damit wir diese Welle aufnehmen können, die sie da ausgelöst haben.

Wir wissen, dass wir diese Ankermieter im Technopark haben. Diese haben Verträge, die noch am Laufen sind. Für das Kostenmodell ist es wichtig, dass wir diese haben. Aber wir haben ein anderes Phänomen festgestellt: Wir haben Firmen, die weit über die Jugendjahre hinaus bei uns im Technopark sind, die also einfach bleiben. Diesen gefällt es im Technopark. Da wollen wir wirklich eine grössere Frequenz hineinbringen, dass nach einer gewissen Anzahl Jahren Firmen dann wirklich nahegelegt wird, sie sollen jetzt auch weiterziehen. Aber wir wollen sie dabei auch begleiten, damit sie nicht in eine andere Stadt ziehen.

Es gibt noch viele weitere Punkte. Wir haben bei dieser Strategie sehr viele Punkte aufnehmen können, die da schon angereizt worden sind.

Was mich eher ein bisschen verwundert, ist die Forderung, dass die Dividende nicht ausbezahlt werden soll. Der Technopark ist entstanden, weil wir Partner hatten, die mitgeholfen haben. Das war ja nicht nur die Stadt Winterthur, das waren auch noch diverse Andere. Und diese wären ohne Dividende nicht gekommen. Wir als Stadt können noch sagen, vielleicht setzen wir diese 90'000 Fr. an einem anderen Ort noch ein, aber den Privaten sagen, sie müssten auf die Dividende verzichten, das funktioniert nicht, dann haben wir beim nächsten Projekt keine Trägerschaft mehr. Das muss man einfach im Hinterkopf haben, wie das funktioniert, und da sind wir darauf angewiesen, dass diese auch etwas sehen.

Kurz zusammenfasst: Wir konnten viele Dinge dank dieser Interpellation aufnehmen. Der Technopark ist ein wichtiges Instrument, auch für uns, wir haben auch bei der Strategieentwicklung das «House of Winterthur» miteinbezogen, das wertvolle Inputs liefern konnte. Ich denke, auf den Technopark dürfen wir stolz sein, er läuft gut. Und er wird noch besser laufen mit der neuen Strategie.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre diese Interpellation erledigt.

Unsere Motionen und Postulate sind abgearbeitet. Es war nicht früher als erwartet, aber immerhin, wir sind nun durchgekommen.
Ich wünsche allen eine schöne Sommerpause, damit wir nach den Sommerferien wieder voll Elan einsteigen können.
Besten Dank.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)